

Leipziger Volkszeitung

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenzeitung Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2,40 Mr., für 1 Monat 80 Pf. (Bestellgeld vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18988

Inserats kosten die 7 gespaltene Zeitseite oder deren Raum 25 Pf., bei Platzvorrichtung 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— Mr. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— Mr. — Statt der Annahme von Inseraten für die fällige Rückerstattung freih 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung, Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Um Reichstage hielt der Reichskanzler eine Stegreifrede gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen und die Leipziger Volkszeitung im besonderen.

Die Strafkammer in Frankfurt a. M. verurteilte den Genossen Mittelsh als verantwortlichen Redakteur der Volksstimme wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis.

Die gestern in Brüssel abgehaltene große Manifestation der Streitenden ist ohne Zwischenfall verlaufen.

Luise und ihr Ritter.

Leipzig, 17. April.

Eigentlich ist die Ueberschrift falsch! Sie mühte heißen: Der liebe Gott und sein Beschützer. Allein der Herr Reichskanzler — denn von ihm ist die Rede — hat sich mit richtigem Instinkt gesagt, daß es leichter ist, den lieben Gott zu verteidigen, als die Königin Luise. Deshalb hat er in der gestrigen Reichstagsitzung, als er gegen die Leipziger Volkszeitung zu Felde zog, die Luise, die er meinte, in der Versenkung verschwinden lassen, und dafür den lieben Gott, den er nicht meinte, um so kräftiger in den Vordergrund geschoben.

Nach dem ausführlichen Pressebericht sagte der Reichskanzler in seiner Abwehr der Gradnauerschen Angriffe unter anderm:

Ich habe vor kurzer Zeit aus der Leipziger Volkszeitung einen Artikel bekommen, in dem Einrichtungen des christlichen Glaubens in einer Weise dargelegt sind, daß ich den Staatssekretär des Reichsjustizamtes gebeten habe, zu prüfen, ob nicht die Voraussetzungen der strafrechtlichen Verfolgung gegeben sind.

Auf unsere persönliche Erkundigung, welchen Artikel der Leipziger Volkszeitung Herr Bethmann-Hollweg gemeint habe, wurde uns zur Antwort, ganz genau könne man das nicht sofort feststellen, es handle sich um den Artikel, der einige Zeit vor Ostern erschienen war und der sich besonders mit der Königin Luise befaßt habe. Das genügte uns vollkommen. Es handelte sich um den Leitartikel: Luise, der Engel vom 10. März, der bei unseren Lesern so starken Beifall gefunden hatte, daß man anregte, diesen Artikel als besonderes Flugblatt zu verbreiten. Um so grimmiger freilich fauchte die bürgerliche Presse, und besonders die Deutsche Tageszeitung schrie schon damals:

Deshalb möchten wir in aller Form die bestimmte Erwartung aussprechen, daß die zuständigen Gerichte sich der Angelegenheit annehmen werden.

Das ist nun schon über einen Monat her. Herr Oberstaatsanwalt Böhme, der uns noch von 1908 her recht gut kennt, hat augenscheinlich ein Haar in der Suppe gefunden, die ihm der dicke Dertel so eisig servierte. Gegen den Artikel war nichts zu machen, er enthielt unansehbare historische Tatsachen, und noch ist es nicht verboten, selbst in Sachsen nicht, geschichtliche Tatsachen auszusprechen. Über siehe: Herr Dertel, der frühere Leipziger Schulmeister, steht heute vor uns als praecceptor Germaniae, als Schulmeister Deutschlands, und zu seinen Füßen sitzt des Reiches Kanzler. Er plappert gläubig Herrn Dertels Weisheit nach und fordert den Staatssekretär für das Reichsjustizamt, Herrn Lisco, auf, Strafantrag gegen die Leipziger Volkszeitung zu stellen. Herr Lisco kann das nun auch nicht, er kann in die Justizpflege der Einzelstaaten nicht eingreifen, und muß sich daher begnügen, den Ruppenstoß, den ihm der Reichskanzler gegeben, und den der seinerseits von Herrn Dertel erhalten, an den sächsischen Justizminister weiter zu geben, der ihn wieder an den Leipziger Oberstaatsanwalt Böhme weitergibt. Und hier werden wir ja erleben, ob sich dies mal die Gerechtigkeitsmaschine in Gang setzen wird. Sagt doch schon der alte Kuppler Marinelli in Lessings Emilia Galotti: was man nicht aus erster Hand bekommen kann, bekommt man häufig aus zweiter und deshalb nicht schlechter. Herr Dertel kann also noch hoffen, um so mehr, als sein Schüler Bethmann es vorgog, ihm nicht wörtlich nachzuplappern, sondern der Sache eine andre Wendung zu geben. Nicht wegen Beleidigung der Königin Luise oder der Familie Hohenzollern, oder wegen Gefühlsverletzung der Hurrafamilie oder wegen Gefährdung des Patriotentumms von 1913 oder anderer nebelhafter Verbrechen soll Anklage gegen uns erhoben werden, sondern wegen Verächtlichmachung der Einrichtungen des christlichen Glaubens".

Nun enthält der Artikel nicht ein einziges Wort, das sich mit den „Einrichtungen des christlichen Glaubens“ beschäftigt, weder direkt noch indirekt, es sei denn, daß der Herr Reichskanzler in der Königin Luise eine Einrichtung des christlichen Glaubens erblickt, an der zu rütteln und zu schütteln einem Christenmenschen nicht ansteht. Ist das aber nicht der Fall, so beweist die Neuherfung des Herrn Reichskanzlers nur, daß er in der Verlegenheit der Situation etwas gesagt hat, was er nicht verantworten kann. Und sie beweist noch ein Zweites: wie sehr unsre herrschenden Klassen das Licht der geschichtlichen Tatsachen fürchten. Systematisch wird das Volk verdummt, durch Schule und Zeitung. Es wird dazu dressiert, in den Fürsten eine Art Uebermenschen zu sehen, von deren Räubern und Spuden die Geschicke der Nationen und Länder abhängen. Und besonders die in ihrer Art unvergleichlichen Leistungen, die das Volk vor hundert Jahren fertiggebracht hat, und zwar gegen den Willen seiner

Fürsten, sollen nunmehr so dargestellt werden, als ob sie lediglich auf Geheiß oder mit hoher obrigkeitlicher Appellation ausgeführt worden sind. Da ist es Pflicht der Arbeiterpresse, diesem grundverlogenen Gottesgnadenschindel, wie Bismarck sagte, die Maske vom Gesicht zu reißen und dem betrogenen arbeitenden Volke zu sagen, was es mit diesen famosen deutschen Fürsten auf sich hatte, die jetzt auf einmal als Retter des Vaterlandes aufgedonnert werden sollen. Und gerade im Hinblick auf seine Taten vor hundert Jahren und die schmachbedeckte Haltung seiner Fürsten kann das deutsche Volk von sich wie Prometheus bei Goethe sagen:

Hast du nicht alles selbst vollendet,
Hellig glühend Herz!
Und glühst, jung und gut,
Betrogen

Mitungsdrang den Schlafenden da droben!

Diesem Dienst der politischen und geschichtlichen Aufklärung wird sich die Leipziger Volkszeitung ganz besonders widmen und in den kommenden Wochen und Monaten wird sie diesen Aufklärungsdienst in historischen Beilagen und Artikeln leisten; denn nirgendwo, wie just in Leipzig wird der patriotische Schindel so in Blüte treten, freilich auch nirgendwo läßt sich die Haltung der famosen „Befreier“ von Gottes Gnaden so gründlich und anschaulich illustrieren, wie gerade hier.

Wenn uns dabei des Reiches Kanzler auf seine Art zur Seite stehen will — nur zu! Wenn er durch Haupt- und Staatsaktionen die allgemeine Aufmerksamkeit auf unsre beispielhaften Arbeiten lenken will, wenn er der Welt zeigt, wie politische Prozesse zustande kommen — oder auch nicht zustande kommen! — wenn er im Interesse der Leipziger Volkszeitung sich blamieren will, so können wir nur mit gerührtem Herzen davon Kenntnis nehmen und ihm zuzurufen: Erzählen, brauchen sich wirklich nicht so bemühen, unsre Artikel werden auch so gelesen!

Seit gestern nachmittag wartete Herrn Bethmann-Hollweg auf den Moment, wo die Beratung des Staats seines Amtes beginnt. Er mußte aber auch heute noch über zwei Stunden sich gedulden, da die Debatte über das Auswärtige Amt weitergesponnen wurde. Herr v. Jagow gab zu Beginn der Sitzung eine Erklärung über die von der deutschen Regierung unternommenen Schritte wegen der Vorgänge in Nancy. Im Verlaufe der Beratung blamierte der Wirkliche Geheime Legationsrat Schmidt die Regierung. Der Abgeordnete v. Liebert hatte schwere Misshandlungen zweier Schiffssungen zu Sprache gebracht, und eine wirksame Tätigkeit der deutschen Konsuln in solchen Fällen gefordert. Was der Wirkliche Geheime Legationsrat zur Entschuldigung der Regierung vorbrachte, hatte zur Folge, daß das ganze Haus

Feuilleton.

Momm Lebensknecht.

Ein Roman von Ottmar Eukling.

87 | Magazin verboten.

Die Freude, mit der Momm sich regte, verklärte ihm Cordula. Er stand in dieser ersten Zeit alles in ihr, was er von seiner Gefährtin erhofft hatte. Die Fenster im Bürgermeisterhaus leuchteten von den Gläsern, die von innen herausdrangen. Das Gleiche in ihren Meinungen und Wünschen pflegten sie, und das Ungleiche, — nun, mit Schonamkeit kam man über manches hinweg. Cordula hatte sich den Glauben ihrer Jugend bewahrt. Sie wußte, daß Gott sie auf jedem Wege geleitete, sie zweifelte nie, daß Gottes Wille über ihrem eignen waltete, und daß nur ein tieferes Gebet die Macht hatte, dem eignen Willen, wofür er mit dem Willen Gottes übereinstimmte, geheimnisvoller, lebhaftfüllende Kraft einzuhauen. Ein frommer Schein lag über ihr, wenn sie im Dome mit gefalteten Händen das Auge zum Kreuzgitter aufschlug. Aus jedem Gottesdienst erhob sie sich gefüllt, bereit zum Wahren und Guten.

Momm gab der Kirche, was der Kirche zulässt. Er besuchte die Predigt, um seinen Bürgern das Muster eines religiösen Beamten zu sein, im übrigen aber war er zweit mit irdischen Angelegenheiten beschäftigt, als daß ihm Zeit zum Nachdenken über die himmlischen geblieben wäre. Doch nie kam ein Wort über seine Lippen, das Cordula verletzte. So wurden sie, ohne daß eins das andre zu belehren versuchte, miteinander fertig in allen Sachen, die den lieben Gott betrafen.

Schwerer, ja sogar nicht möglich war es Momm nun allerdings, dieselbe Duldung in den Dingen des äußeren Lebens zu bewahren. Da brachte er es doch fertig, bloß zu sagen: du glaubst, es sei so, und ich achte deinen Glauben, wie du den meinigen.

Rings im Lande herrschte Unruhe und Aufruhr. Die einen rechneten Dänemark bis zur Eider und forderten, daß

Südjütland, wie sie das schleswigsche Land nannten, aus der Verbindung mit Holstein gelöst und aufs engste mit Dänemark verknüpft werde. 1842 war es, daß ein nordschleswigscher Abgeordneter, der wohl der deutschen Sprache mächtig war, im Stände zu Schleswig antrat, Dänisch zu reden. Im Jahre darauf feierte man auf der Höhe von Skamlingsbank ein Verbrüderungsfest zwischen Dänen und Schleswigern, und nun suchte die andre Partei, das ihre zu tun, um diesen Bestrebungen entgegenzutreten. Durch die Volksfeste, durch die Sängerselbst ging ein patriotischer deutsch-nationaler Hauch. Die blau-weiß-rote Tricolore wurde aufgezogen, und man sang das Schleswig-Holstein-Lied. In Schleswig und in Tønder kamen die Stände dringlicher als vordem mit der Bitte um eine gemeinsame schleswig-holsteinische Ständeversammlung ein.

König Christian VIII. hatte für diese Regungen in seinen Provinzen wenig Sinn und meinte, er könne sie mit Polizei niederhalten. Der Zorn drang aber überall hin, selbst nach Borodsbj. Iwar war man dort zunächst ängstlich, offen zur einen oder zur andern Partei zu schwören, aber der große Stammstamm im Domkrug teilte sich doch in zwei kleinere Tische, und ein paar Städtchen des Gutes sogen auch ins Bürgermeisterhaus. Vater Thoms war strammer Schleswig-Holsteiner, blau-weiß-rot an Leib und Seele. Die dänische Monarchie wollte er anerkennen, aber nur, wenn die Herzogtümer ungeteilt und freie Staaten blieben. Von Hah gegen die Dänen hatte er nie was gehaßt. Er sprach Deutsch oder Dänisch, je wie sein Gast es am besten verstand. Von Momm hatte er gewußt, daß er dänisch gesonnen war, und das hatte ihn nicht im geringsten gegen den jungen Menschen eingenommen.

Für Cordula war die Denkweise ihres Vaters immer das Natürliche gewesen. Sie war eine Schleswig-Holsteinerin, aber den Dänen sollte kein Recht verkürzt werden. Friedliche Scheidung. Bis vor ein paar Jahren dachte sie so, — bis zu ihrer Heirat. Da begannen die Parteien, sich immer schroffer zu spalten. Schon ahnte man, daß des Schwertes Schneide die Entscheidung bringen müsse. Der Kampf der Meinungen wurde erbittert. Freunde grüßten, Verwandte kannten einander nicht mehr.

Einen dänisch gesinnten Schwiegerson zu haben, das war jetzt nicht ganz angenehm für Klaus Thoms. Seine Freunde fingen an, ihm Vorhaltungen zu machen: „Die einzige Tochter, und denn an einen Hannemann!“

Momm kannte kein Schwanen. In allem, was die Kommune betraf, nichts von Politik, — die Befehle der Regierung aber führte er streng durch. Und diese Regierung war nun eben dänisch, und Borodsbj lag nördlich der Eider und gehörte zu Südjütland.

Momm war auf Skamlingsbank dabei — er hielt sogar eine Rede auf Dänisch, — und von da an kannte Thoms nicht mehr zu ihm, um sich ein Frühstück vorsehen zu lassen und Sofasessel zu wiegen.

Cordula zweifelte erst, zu wem sie halten sollte. Momm zeigte ihr, wo ihre Pflicht lag. Ihren Gott konnte er ihr lassen, aber dies nachvollziehliche Gesetz, die halbverschwiegene Besuche auf Astehöved, — das paßte sich nicht für seine Frau, — das paßte ihm nicht bei seiner Frau!

„Ich rechne es deinem Vater hoch an, daß er sich jetzt zurückhält. Wenn man in der Politik verschiedene Ansichten hat, bleibt man in dieser Zeit am besten auseinander.“

„Ich vermisse Vater oft.“

„Das mußt du tragen. Astehöved Lust ist jetzt nicht gut für dich. Bleibst du hier in deinem Bereich, so lebst du dich am ehesten in meine Ideen ein.“

„Das soll ich also?“

„Versteht sich das etwa nicht von selbst?“

„Wenn ichs nur kann, Momm.“

„Man kann immer seine Pflicht tun. Es ist für mich notwendig, daß wir uns in dieser Sache ganz einig sind. Draußen hab ich Unsfrieden genug durchzumachen. Nicht wahr? Du bringst mir gern das Opfer?“

Er hatte seinen Arm um sie gelegt. Freundschaft strahlte aus seinen Augen. Sie aber neigte den Kopf zur Seite. Hier war ein Zwiespalt zwischen ihnen, über den sie nicht mit einem Kuß hinwegkam. Bestimmt wandte er sich von ihr.

Darüber trauerte Cordula. Aber sie kannte es nicht niederzwingen: außer der Pflicht, die Momm ihr wies, erkannte sie eine andre, noch viel ernstere, — neben ihrem

Ihn auslachte. Ein solches Maß von Ungeschicklichkeit konnte man selbst einem deutschen Legationsrat nicht zutrauen. Und solche Geister sind in der auswärtigen Politik tätig. Der Herr Legationsrat ließerte einen anschaulichen Beweis für die Dringlichkeit einer Reform unseres diplomatischen Dienstes.

Die Beratung des Staats des Reichsanzlers leitete Gräfinn Gräfinn mit einer recht guten Rede ein, die eine lebendige Schilderung des innerpolitischen Glends in Deutschland enthielt. Als unser Genosse die brutale Behandlung des französischen Genossen Compère-Morel in Braunschweig als eine Schande für Deutschland bezeichnete, rief ihn Herr Paasche zur Ordnung. In wirtschaftlicher Weise behandelte Gräfinn die Schmach und Brutalität des preußischen Wahlrechts und zeigte ferner, daß auch der Reichstag noch weit davon entfernt ist, den Volkswillen getreu widerzuspiegeln, dank der skandalösen Wahlkreisgeometrie. Herrn v. Bethmann wurde die von ihm gegen den Reichstag geübte Abstinenz — wenn man so sagen darf — unter die Nase gerieben. Sodann beprach Gräfinn die Kaiserrede im Landwehrkaserne und die Ansätze von Adelmann mit dem Vächter Sohne, die charakteristisch dafür ist, wie falsch der Kaiser informiert wird, woraus auch so manche jener Reden zu erklären sind, die in den weitesten Volkskreisen lebhaften Unwillen hervorgerufen haben. Während dieser Partie der Gräfinnschen Rede griff Vizepräsident Dove mehrfach ein, offenbar ausgemüht durch die fragenden Blicke des Unterstaatssekretärs Wahnwesche. Die Rede unsres Genossen zwang den Kanzler zu antworten. Von einem Kuhhandel zwischen der Regierung und dem Zentrum, das für die Tiefenreihen Soldaten bewilligt wird, ist dem Kanzler nichts bekannt — und wenn auch, so würde er von diesem schönen politischen Geschäftchen doch nichts verraten. Der Fall Compère-Morel gab dem Kanzler Anlaß, seine Solidarität mit dem mächtigen preußischen Polizeiminister zu befrüchten und den „starten Mann“ zu mimmen, der keine frende Einmischung duldet. Wie beschämend kleinlich die Rolle des Kanzlers dabei war, scheint ihm gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Über Kleinigkeiten ist Herr v. Bethmann stets „groß“ gewesen. Die Erwähnung des Falles Sohne und der Kaiserrede bei den Landwehrkaserne schien ihm willkommen zu sein, weil sie ihm Gelegenheit gab, den Kaiser zu verteidigen und das ist für deutsche Staatsmänner, deren Existenz ja vom Kaiser abhängt, in der Regel vorteilhaft. So nebenbei konnte der Kanzler auch gegen die Sozialdemokratie ein wenig vom Leder ziehen. Die Reaktionäre sind ihm schon längere Zeit gram, weil er so wenig gegen den „Umsurz“ redet. Also holte Herr v. Bethmann das Versäumte nach. Dabei erfuhr man auch, daß er den Staatssekretär des Reichsjustizamtes damit beauftragt hatte, einen Artikel der Leipziger Volkszeitung darauf zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, Anklage zu erheben. Angeblich soll der christliche Glauben in unzulässiger Weise charakterisiert worden sein. Über das Ergebnis dieser Prüfung sagte der Kanzler jedoch nichts. Die Leipziger Volkszeitung erfreut sich, wie Figura zeigt, der besonderen Aufmerksamkeit des Herrn Kanzlers, wovon wir mit Vergnügen Notiz nehmen. Dass der Kaiser dem deutschen Volke mit seiner Rede vor den Landwehrkaserne aus der Seele gesprochen habe, kann auch nur Herr v. Bethmann in seiner Weltfremdheit glauben. Im übrigen: uns Sozialdemokraten haben die Kaiserreden noch stets Nutzen gebracht. Im weiteren Verlaufe der Debatte sprach noch Genosse Hüttemann neben einigen bürgerlichen Rednern. Der sozialdemokratische Antrag, der für die Wahlen zum Reichstag das Proportionalwahlrecht forderte, führte bei der Abstimmung zum Hammelsprung. 90 Männer stimmten mit Ja, 88 mit Nein; das Haus war also beschlußfähig. Morgen wird die Abstimmung wiederholt werden; außerdem steht neben Wahlprüfungen der Militäretat auf der Tagesordnung.

Manne frei bestehen zu bleiben! Du sollst, du mußt, — das waren die Worte, die sie bisher immer vernommen hatte, wenn von der Frau die Rede war, die Worte, womit auch sie in die Ehe gegangen war. Jetzt stellten sich diesen Begriffen neue entgegen, aus ihr selbst heraus: ich kann nicht, ich darf nicht!

Momm mußte sich, obwohl ihm seine Frau äußerlich gehörte und nicht mehr nach Asteböved ging, zu seiner Enttäuschung darin finden, daß Cordula die Überzeugung von dem, was das Recht und das Beste der Eiderländer war, nicht mit ihm teilte. Nun, so sollte sie ihm wenigstens die Erlösung nach den Tageslasten bringen und ihm gewähren, was das Weib nur Hodes zu spenden hat!

Aber auch da keine Erfüllung.

Cordula drückte sich nie einen Kranz von Rosen in entfesselte Locken. Sie küßte Momm, aber sie küßte ihn als ihren lieben Mann, Freund, Kameraden; klar und ruhig schaute sie ihn an, auch in der Färblichkeit. Fast noch schwerer als die erste Enttäuschung lag es auf Momm Lebensknacke Brust, daß er auch hier nicht Herr wurde. Neben ihm lebte ein Geschöpf, das war im Grunde stärker als er; seine Wünsche konnten es nicht umhüllen. Alle die Jahre vorher, die Cordula nicht bei ihm gewesen war, hatten ihr schon die unüberbare Form aufgeprägt. Und wurde sie auch hin und wieder scheinbar weich, wollte sie auch dann und wann nichts andres, als ihm gefallen: es stand gar nicht in ihrem Belieben, diesen Willen wahr zu machen. Sie schritt gelassen dahin in ihrer vollen, schönen Gesundheit. Momm Lebenstricht aber lehnte nach allem andern, nur nicht nach Gelassenheit. Es sollte wieder so sein wie damals, als er über die Mauer kletterte. Eine Geliebte brauchte er, — nicht immer bloß eine Frau, und war sie auch die beste von der Welt.

Aus diesen Enttäuschungen rettete sich der sehnüchige Mann schließlich zu einer Hoffnung: wenn erst das Kind kam! Er atmete auf. Im Kinde sollte ihm alles Gute zuteil werden. Der Gedanke summte ihn froh. Hier sah er etwas, worin er ganz eins war mit Cordula! Er bedachte nur nicht, daß er in Wahrheit mit der Hoffnung auf das Kind schon Cordulas Sein fahren ließ, daß er sich in Wahrheit zu einem Wesen setzte außerhalb Cordulas, so eng es auch mit ihr verbunden war. Außerhalb Cordulas . . .

(Worterbung folgt.)

Vom belgischen Generalstreik.

Weiteres Anschwellen des Streiks.

Brüssel, 16. April.

Der Streik hat heute überall weitere Ausdehnung erfahren. In Brüssel sind heute 25 000 Streikende mehr. Die Gas- und Elektricitätsbeamten halten heute abend eine Generalveranstaltung ab. Am Freitag findet in Brüssel eine allgemeine Demonstration der Streikenden statt. In Gent haben die Streikenden heute um 22 000 zugenommen, in Antwerpen um 1200. Am Donnerstag veranstalteten die Antwerpener Hafenarbeiter eine Demonstration. In Louvain und Namur hat der Streik an Umfang bedeutend zugenommen. Im Revier Lüttich streiken heute 6000 Arbeiter mehr, in Brüssel und Laeken haben heute alle Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Brüsseler Hafen liegt ganz still, ebenso wird am Hafen von Gent nirgends mehr gearbeitet, es laufen dort keine Schiffe mehr ein. In Alost sind die Arbeiter von drei weiteren Fabriken in den Streik eingetreten, ebenso in Grammont die Arbeiter aller Zündholz- und Zigarettenfabriken. In Charleroi und im Borinage ist die Arbeitsruhe absolut bis auf zwei Hochöfen. Alle Bergwerke, Glasbläserien, Modellfabriken und Stahlgiheren in der Provinz Hennegau liegen still. Der Regierungsbericht gibt für das Centre-Revier 46 550 Streikende an und 4950 Arbeitende, der Regierungsbericht für Charleroi meldet für gestern 88 750 Streikende; das ergibt einschließlich der Nachschicht 80 000 Streikende. Für das Lütticher Revier gibt der Bericht für gestern 69 083 Streikende an. Die Zusammenstellung der Regierungsberichte für Montag ergibt 202 000 Streikende. Dieser Bericht ist noch sehr lückenhaft und umfaßt eine große Anzahl Streikender aus verschiedenen Berufen nicht. Donnerstag finden die ersten Verschickungen von Kindern statt und zwar von Antwerpen und Verviers aus.

In der Sitzung der Deputiertenkammer, die heute nachmittag stattfand, machte die Haltung der Regierung und der Rechten den Eindruck der Verwirrung und Überraschung. Für Donnerstag ist eine Fraktionsbildung der Rechten einberufen. Es ist heute nicht möglich, die genaue Angabe der Streikenden für heute zu machen; jedoch ist die Zahl von 400 000 um ein Bedeutendes überschritten und eine weitere Ausdehnung noch überall zu erwarten, mit Ausnahme der Reviere von Charleroi und Borinage, wo die Arbeitsruhe bereits absolut ist. Zwischenfälle sind heute nirgends vorgetragen, abgesehen von einer Verhaftung in Alost, wegen Bedrohung eines Streikbrechers.

Der Streik in Brüssel.

Brüssel, 15. April. Der Aufenthalt in Brüssel ist in den ersten Tagen des Generalstreiks für den Korrespondenten geboten, weil man hier durch die beim nationalen Streikkomitee eintretenden Nachrichten aus der Provinz am schnellsten und vollständigsten über den Umfang und die wichtigsten Vorcommissen des Kampfes informiert wird. Die Schattenseite der Medaille ist jedoch, daß man in dieser Stadt, die von allen Großstädten Europas vielleicht den geringsten Prozentsatz von Industriearbeitern aufweist, von der Bewegung verhältnismäßig wenig sieht. Nicht in dieser Provinzstadt vor excellence, wo sehr viel konsumiert wird, sehr wenig produziert wird, sondern in den riesigen Industriebezirken der wallonischen Provinzen Hennegau und Lüttich, in den Fabrikstädten wie Gent und Verviers, im Antwerpener Hafen wird die große Schlacht geliefert. Eine unmittelbare Anschauung der Situation zu gewinnen, muß man diese Städte besuchen. Morgen werde ich denn auch eine mehrjährige Tour durch die Hauptgebiete des Kampfes antreten. Ich wollte jedoch Brüssel nicht verlassen, ohne mir zunächst das anzusehen, was hier vom Streik zu sehen ist. Eine Rundfahrt im Auto durch die Arbeitervororte Groß-Brüssel, die ich heute zusammen mit dem Lokalredakteur des Peuple unternahm, bot mir dazu Gelegenheit.

Der Brüsseler Spiegel, der den Räubergeschichten, die die Herikale Presse vom Beginn des Streiks an über seinen furchtbaren, gewalttätigen Charakter systematisch verbreite, Glauben geschenkt und sich wie für eine Belagerung verantwortet und bewaffnet hatte, war ganz erstaunt, als er am Montag konstatierte, daß er zur gewohnten Stunde seinen Morgenblatt mit frischen Brüchen genießen und mit der Straßenbahn nach seinem Geschäft fahren konnte. Das mag ihn — im Verein mit der Zeitschrift der Herikale Presse, die mit der ihr eigenständlichen Universitätszeitung von einem „misplazierten Generalstreik“ redet — zu dem entgegengesetzten, aber nicht weniger irrgänzen Glauben verleitet haben, es sei eigentlich viel lärm um nichts gewesen, weil er vom Streik nichts oder mindestens viel weniger sah, als er erwartet hatte.

Und doch hätte er, um den Streik mit eigenen Augen zu sehen, nicht einmal bis zum Borinage oder nach Lüttich zu fahren brauchen, schon ein halbtägiger Spaziergang durch ein Brüsseler Arbeiterviertel hätte ihn belehrt, daß es keine leere Drohung war, als die Arbeiterspartei den Streik aller Industriearbeiter vorbereitete, und daß die Brüsseler Industriearbeiter ebenso der Parole des Streikkomitees gefolgt sind, wie die wallonischen Bergarbeiter oder die Genter Weber.

Es gibt in Groß-Brüssel überhaupt nur zwei oder drei größere Fabriken, und zwar solche, die ausschließlich ungeliebte Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, wo noch gearbeitet wird. In allen übrigen — meist Maschinenfabriken, Druckereien und Automobilfabriken wird gestreikt. Nur hier und da wurde am heutigen Dienstag noch mit einem ganz geringen Teil des Personals weitergearbeitet, die meisten bestreikten Betriebe sind überhaupt geschlossen worden. Und wenn man im Zentrum der Stadt so wenig streikende Arbeiter bemerkt, so einfach deswegen, weil sie der Parole des Streikkomitees gefolgt sind, die innere Stadt möglichst zu meiden, damit den Gendarmen und Polizisten, die dort die Hauptgebäude „verteidigen“, keine Gelegenheit zu „Aktionen“ gegeben wird. Die Leute sind entweder zu Hause — wer ein Görchen hat, ist dort mit dem Spaten oder der Sichel beschäftigt; manch anderer benutzt die Gelegenheit, hier eine Tür frisch anzustreichen, dort sich in der für Leute schwierigen Kunst des Tapetenlebens zu üben — oder sie benutzen das schöne Frühlingswetter, das auf die schwere Schneesturm vom Sonntag gefolgt ist, zu einem Spaziergang in die Umgebung. Die einzige Unterbrechung war bis jetzt der Besuch des Streikkontrollolals und in einigen Berufen auch ein paar Stunden Streikpostenstehen. Mit den Veranstaltungen des Bildungsausschusses, Vorlesungen, Konzerte, Ausflüge, Spiele usw. wird oft am morgigen Mittwoch angehangen, wenn jedermann seine Streikkarte haben wird.

Jeder Streikende bekommt seine Kontrollkarte und soll diese in dazu besonders bestimmten Lokalen täglich abtempeln lassen. Solche Lokale gibt es in Groß-Brüssel 141, die meist in Brüsseler Unternehmen eingerichtet sind. Bei dieser Gelegenheit ist darauf geachtet worden, daß in keinerlei Form Trinkzwang ausgelöst wird. Die Streikenden können sich von 8 Uhr bis mittags zur Kontrolle anmelden, und zwar in dem Lokal, in dem sie ihre Karte ausgestellt erhalten haben. Die Verteilung der Lokale ist nicht nach Berufen, sondern nach Stadtbezirken vorgenommen worden. Die von den Kontrolloreien ausgestellten Formulare werden nachmittags den verschiedenen Gewerkschaftssekretariaten übermittelt,

In den meisten Kontrolloläden, die ich heute besuchte, sah eine Anzahl Streikender herum, ohne etwas zu trinken. Hier werden Zeitungen gelesen, dort wird Skat gespielt, etwas weiter spielt ein mehr oder weniger musikalisch talentierter Streikender seinen Geist auf dem Klavier oder vor, die von den andern im Chor mitgesungen werden.

In den fünf Villen, die das Brüsseler Volkshaus in den Vororten hat, ist dieselbe strenge Streikordnung durchgeführt, wie im Hauptlokal: am Eingang wartet die zweisprachige Justiz: „Vocal prior — Privatival“ diejenigen, die dort nichts zu suchen haben, daß sie nur dann hereingelassen werden, wenn sie den vor der Tür postierten Ordnern ihre Streikkarte oder ihre Parteimitgliedskarte vorzeigen können. Punkt 8 Uhr abends wird gefärbt, drei Minuten später sind alle Besucher draußen, auf dem Heimweg. In dem Volkshaus von Brüssel-Stadt, dem schönen Arbeiterviertel der Rue Joseph Stevens, ist der Zell des Gebäudes, in dem die Sekretariate der Organisationen untergebracht sind, auch den Streikenden und Parteimitgliedern geöffnet; hier werden nur die Genossen zugelassen, die eine besondere rote, mit ihrem Worte verschene Legitimationskarte mit sich führen, die nur denen ausgestellt wird, die mit irgendwelcher besonderer Funktion beauftragt worden sind. Auf diese Weise wird der Andrang der Neugierigen und der — Unbefugten sehr wirksam zurückgehalten. Nur das Café, die Eschalle und die Bibliothek sind den Streikenden allgemein zugänglich. Im Café werden nur alkoholfreie Getränke verkauft — auch für die bestehet hier kein Trinkzwang — und mittags kann man für zehn Centimes einen riesigen Teller Suppe mit Brot bekommen.

Noch billiger ist die Suppe, die man in den kommunistischen Küchen bekommt, die in 25 Lokalen der Arbeiterviertel eingerichtet worden sind. Hier wird nämlich jeder mit seiner Kontrollkarte verschiedene Streikende unentgeltlich bedient, und wer sich Suppe für seinen Haushalt holt oder holen läßt, bezahlt dafür 10 Centimes pro Liter. Diese Küchen sind meist in großen Schuppen untergebracht. Ich besuchte sogar eine im Vorort Aubrecht, für die ein reicher, aber arbeiterfreundlicher Villenbesitzer ein großes Nebengebäude in seinem Park zur Verfügung gestellt hat, mit dem Gelde für eine tägliche Portion Fleisch als tägliche Zugabe. In großen Kesseln — ähnlich denen, die beim Militär gebraucht werden — wird dort von Streikenden und ihren Frauen die Suppe gekocht. Um 1/2 Uhr stehen meist schon Liebhaber da, die warten, bis das Kochen beendet ist, und vor 1/2 Uhr sind die Kessel schon ziemlich leer . . . Kein Wunder, denn ich habe selten so schmackhafte Suppe gegessen, wie die, die ich in den verschiedenen Küchen, die ich heute gegen die Mittagszeit besuchte, zu kosten bekam.

Die Meldungen der bürgerlichen Telegraphendienste bestätigen das Anwachsen des Streiks:

Brüssel, 10. April. Im Gebiet von Lüttich wird heute eine weitere Zunahme der Zahl der Streikenden konstatiert. Auch in Huy nimmt die Bewegung zu. In Antwerpen wird die Zahl der Streikenden heute auf 15—17 000 geschätzt. Im Hafen aber wird gearbeitet. Auch einige Schiffe gehen ab. In La Louviere verkehren seit vorigem Tag die Straßenbahnen, jedoch nur bis 8 Uhr abends. Die Bahnhöfe und Brücken im Zentrum des Industriegebiets werden von Truppen und Gendarmerie bewacht.

Brüssel, 16. April. Nach den vorliegenden Nachrichten ist auch der gestrige Abend im ganzen Lande ruhig verlaufen. Für heute sind in einigen Orten Kundgebungen angekündigt.

Brüssel, 16. April. Im allgemeinen kann man sagen, daß der Generalstreik heute noch etwas zugewonnen hat. Die Angaben über die Gesamtzahl der Streikenden werden von den verschiedenen Organen abweichend angegeben. Während die Regierungsbücher, an deren Spalte 20. Jahrhundert (Sicile), behaupten, daß nur ungefähr 300 000 Mann im Aufstand sind und daß der Generalstreik weiter keine Ausdehnung angenommen habe, schreiben die sozialistischen Blätter, daß die Zahl der Streikenden heute zunommen habe und daß bis jetzt sich über 400 000 Mann im Aufstand befinden.

Der sozialistische Abgeordnete Vandervissen erklärte dem Vertreter der Presse-Zentrale, daß die Beteiligung an dem Generalstreik die Erwartungen weit übertroffen habe.

Brüssel, 16. April. Die heutige Biederöffnung der Kammer vollzog sich ohne Aufforderungen. Der Liberale Vorstand brachte einen Antrag ein, den er in längerer Rede begründete, die Regierung möge das Volk zu einem Referendum über das Wahlrecht auffordern. Auftretend der schweren inneren Krise, die das Land durchmache, dachte man vor einem derartigen Schritte nicht zurück. Bei der dann folgenden Beratung der Militärvorlage erklärten sich die Sozialisten De Sterre und Vandervissen außerstande, sich vorläufig mit dieser Frage zu beschäftigen, solange die dringendste Frage des Wahlrechts nicht gelöst sei. Der Ministerpräsident De Broqueville gab in unverbindlichen Ausschreibungen seine Geneigtheit zu erkennen, die Frage der städtischen und Provinzial-Wahlen in einer Revision zu unterziehen. Doch waren seine Worte so allgemein gehalten, daß sie auf keiner Seite des Hauses besonderen Beifall fanden. Von den Sozialisten wurden sie mit lebhaften Klischen und stürmischen Unterbrechungen begleitet. Wegen der vorgedachten Stunde unterbrach der Ministerpräsident seine Rede, die er morgen zu Ende führen wird. Die Meute hat für morgen eine Interpellation über die Wahlrechtsfrage in Aussicht genommen.

Gewerkschaftsbewegung.

Hungernde Militärstoff-Hausweben.

Die große Militärvorlage mit ihrer 1300 Millionen-Marx-Ausgabe lenkt notwendig die Blicke auch auf die Lage derer, die im Dienste großer Unternehmungen die notwendigen Bettelungs- und sonstigen textilen Stoffe für Heer und Marine herstellen. Rechnen doch jene Unternehmer heute schon mit dem Einsetzen einer sehr guten Konjunktur. Ist schon die Lage der Arbeiter, die in den ausschließlich oder fast ausschließlich für den Militärstoffsatz arbeitenden Betrieben beschäftigt werden, viel schlechter als die Lage der Arbeiter in den andern Fabriken, so ist die Lebenslage der für den Staat arbeitenden Hausweben geradezu entsetzlich. Am krassen tritt das zutage bei den Handwerfern Schlesiens. Die Weberlöhne Schlesiens sind bekannt. Die Jahrhunderte lange Geschichte der schlesischen Weberbewölkung ist eine Geschichte hungernder und verhungerner Menschen. Viele Tausende sind seit der Beendigung des dreißigjährigen Krieges aus Mangel an Nahrung gestorben. Grundherren, Kaufleute und Fürsten waren die gemeinsamen Schinder. Auch die viel geprägte Periode des „alten Fritz“ machte keine Ausnahme. Der durch die endlosen Kriege hervorgerufene Steuerdruck lastete furchtbar auf der blutarmen Bevölkerung. Mit den Kriegen selbst wurde das Land verwüstet und die einzige Habe des Webers, sein Webstuhl, von wilden Horden zerstört. Geld für einen neuen besaß er nicht. Garnhändler und Kaufleute aber wurden reicher und reicher. In wilder Hölle nach dem Adelstitel schwangen sie sich empor zu „Rittern“. Die Hungeraufstände der Weber von 1783 und 1844 änderten nichts in ihrer Lage; mit Zuchthaus und Spießrutenlaufbüchern büßten sie ihre „Frenz“. Schrecklichste und schreckhafteste Strafen“ hielt die öffentliche Gewalt für notwendig. Wenn sie mit blutigem Bude nach Hause geschickt werden und den Jüngsten den Lohn ihrer Taten

eigen werden, wobei ihnen künftig die Lust zur Rebellion vergehen", so meinte wenigstens der Minister.

Mit der Einführung des mechanischen Webstuhls setzt die rücksichtige Bewegung der Handweber ein. Von 57 536 Handwebstühlen im Jahre 1849 sind 6720 im Jahre 1912 in den Kreisen Görlitz, Neurode, Habelschwiedt, Reichenbach, Schwedt, Strehlen übriggeblieben. Davon waren 2800 von Männern bedient. Junge Leute werden immer seltener. Von den männlichen Handwebern waren 25 (9,6 Proz.) bis 20 Jahre, 97 (3,73 Proz.) über 20 bis 30 Jahre, 287 (11,04 Proz.) über 30 bis 40 Jahre, 456 (17,54 Proz.) über 40 bis 50 Jahre, 691 (28,57 Proz.) über 50 bis 60 Jahre, 640 (24,61 Proz.) über 60 bis 70 Jahre, 404 (15,54 Proz.) über 70 Jahre. Außerordentlich stark hat sich der Rückgang der Handweber in den letzten Jahren vollzogen. Noch 1906 gab es 20 000 Handwebstühle, 1899 wurde noch der vierte Teil des Jahreswerts der schlesischen Weberei von Handwebern hergestellt. Der schnelle Rückgang der Handweber in den letzten Jahren lebhafte Klagen der Unternehmer und ihrer Organisationen aus, drücken doch die Löhne der Handweber den Lohn der Fabrikarbeiter.

Es gibt aber auch heute noch Orte, auch außerhalb des Gebirges gelegen, die vollständig von Handwebern besetzt sind. Ein solcher Ort ist Katscher, mit der Schwestergemeinde Langenau. Er liegt am äußersten Zipfel von Oberschlesien zwischen Ratibor und Troppau und hat 4000 Einwohner; beide Orte zählen zusammen 8000. Bis 1908 waren dort noch rund 3500 Handweber beschäftigt. Heute dürfte die Zahl auf 1000 zurückgegangen sein. In jedem Haus klappert der Webstuhl. Junge und alte Leute verdienen damit ihr "Brot". Sie weben Handtücher, Bettbezüge, Zeltstoffe für das Militär. Die Aufträge werden vom Fisius an große Unternehmer ausgegeben und von diesen durch Mittelpersonen an die Weber verteilt. Die Lage jener Leute ist nun entsetzlich. Vor kurzem wurden dort die Löhne festgestellt. Vier Lohnbuch verdiente ein Weber mit Anfertigen von Handtüchern in vier Wochen 10 M., ein junger Weber in zehn Tagen 7,50 M.; ein Bettbezüge webender, gewandter Mann verdiente in vierzehn Tagen 9 M.; ein Zeltstoffe webender pro Woche 7 bis 9 M. Zeltstoffe zu weben, ist eine schwierige Arbeit. Der Weber hat dabei die Lade schwer belastet, um die gehörige Anzahl Schuh hineinschlagen zu können; das Bearbeiten der Lade erfordert infolgedessen viel Kraft. Ein weiterer Weber zeigte einen Verdienst in den letzten vier Wochen von 4,40 M., 7,65 M., 6,20 M. und 5,70 M. So bei allen Weibern. Ein weiteres Auszählen von Einzelheiten ist überflüssig. Aehnlich sind die Lohnverhältnisse der Handweber des Gebirges. Dabei sind Lohnabzüge angebrochen, falls die Ketten nicht in der nötigen Spannung erhalten, die Gewebe ein rauhes, un schönes Aussehen haben und nicht die gehörige Länge aufweisen.

Entsprechend den niedrigen Löhnen ist die Lebenshaltung der Leute unbeschreiblich niedrig. Viele Wohnungen sehen reinlich und sauber aus, wie überhaupt Handwerkerwohnungen meistens sehr sauber gehalten werden. In vielen Wohnungen fehlt jedoch auch das geringste Mobiliar. Wohnungen mit Lehmfußböden sind vorhanden. Im Jahre 1844 nährten sich die Weiber von krepierenden Pferden und stinkender Weberküche. Buttermilch oder Kartoffeln kamen nur zu Festtagsspeisen auf den Tisch. Ob die für den "Vater Staat" arbeitenden Weber von Katscher, Langenau und des schlesischen Gebirges mit ihren Hungerlöhnen es heute bis zur Buttermilch bringen, ist stark zu bezweifeln. Zweifellos hungert in Katscher und im Gebirge das Volk und zweifellos sterben dort, auch wenn es ärztlich nicht bestimmt ist, heute noch Menschen aus Mangel an Nahrung. Und diese Leute arbeiten für den Staat! —

Das Schinden der Weber ist also auch heute noch in Schlesien zu Hause. Der Staat hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß diese für ihn arbeitenden Handweber mindestens so bezahlt werden, daß sie vor dem Hungertode geschützt sind. Der Staat, der so reichlich für seine abgehenden Offiziere sorgen kann, der Milliarden den Agrarern zuschaut, muß Mittel und Wege finden, damit die wenigen Tausend Handweber, die die Stoffe für seine Soldaten und Beamten anfertigen, ein einigermaßen auskömmliches Einkommen haben. Alle Staatslieferungen, die heute in die Handwerkerdistrikte abgehen, kommen den großen Fabrikanten zugute. Die Notlage der Weber wird ausgenutzt zu blinder Geduldsförderung. Die Weber erhalten nur ein Trinkgeld. Möge die Reichsregierung endlich ihre soziale Pflicht erfüllen.

Leipzig und Umgebung.

Zur Lohnbewegung der Leipziger Fensterputzer ist zu berichten, daß gestern nachmittags Verhandlungen mit denjenigen Firmeninhabern stattfanden, die der Unternehmervereinigung nicht angehören. Bei diesen Verhandlungen wurde ein Tarifvertrag vereinbart, der die im Jahre 1906 vereinbarte Arbeitszeit wieder festlegt, nur mit der Aenderung, daß sie im Winterhalbjahr nicht im Kontor der Firma, sondern an der betreffenden Arbeitsstelle des Bürgers enden soll. Die Lohnsätze ist die geblieben, die mit den Mitgliedern der Unternehmervereinigung schon vereinbart wurde, so daß an dem Zusammkommen dieses Vertrages alle Unternehmer, soweit diese Interesse hatten, mit gearbeitet haben. Diese Tarifverträge wurden heute morgen allen Inhabern der Fensterreinigungsanstalten übermittelt mit dem Ersuchen, sie unterschriftlich anzuerkennen und in ihren Betrieben einzuführen. Von den Unternehmen, die diesen Vertrag bis Sonnabend, den 10. d. M., vormittags 10 Uhr, nicht eingesandt haben, nimmt die Verbandsleitung an, daß sie es ablehnen, in das Vertragsverhältnis einzutreten. Hier wird sich nun zeigen, welche Firmeninhaber mitarbeiten wollen, geordnete Verhältnisse im Leipziger Fensterreinigungsverband zu schaffen. Es wird sich aber auch weiter zeigen, welche Firmen es sind, die, gesetzet von kurzfristigem Eigennutz, den Frieden im Gewerbe brechen wollen. Die Gehilfen nehmen am Sonnabend, den 10. d. M., abends 1/2 Uhr, in einer Versammlung, die im Restaurant zum Apfelbaum in der Burgstraße stattfindet, Stellung zu dieser Angelegenheit.

Die Leitung des Transportarbeiterverbandes Sektion der Fensterputzer.

Die Tarifbewegung der Hilfsarbeiter in den Stuck- und Habilizengeschäften ist nach dreitägiger Arbeitsruhe mit Erfolg beendet. Gilt die Hilfsarbeiter in den Stuckgeschäften ist zum erstenmal ein Tarif abgeschlossen worden, durch den die Arbeits- und Lohnverhältnisse nun auch für diese Arbeiter geregelt sind.

Es ist für beide Gruppen die adäquate Arbeitszeit festgelegt, sowie eine Lohnerhöhung von 5 und 8 Pf. die Stunde.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Leipzig.

Achtung, Mater! In Zeisnig sind, nachdem alle Versuche zu einer friedlichen Lösung der bestehenden Differenzen gescheitert waren, die Maler- und Anstreicherarbeiter in den Ausschank getreten. Da die auf die bestehenden Löhne von 25 bis 45 Pf. geforderte Lohnauflösung nur 5 Pf. beträgt, ist die völlige Ablehnung jeglicher Verhandlungen durch die Unternehmer durchaus unverständlich. Die Kollegen werden aufgefordert, Zeisnig bis auf weiteres zu meiden.

Deutsches Reich.

Wiederum Soldaten als Streikbrecher.

Am Sonntag stellten im Matschellerrestaurant zu Charlottenburg vier Altenhilfsarbeiter die Arbeit ein, weil die Lohn ungünstig und minderwertig und der Zahn — 45 M. monatlich bei 18 Stunden täglicher Arbeitszeit — zu gering ist. Doch der Wirt der stellvertretende Obermeister der Berliner Gastwirteinnung, wußte sich Mat. Er wandte sich, wie der Vorwärts meldet, an das Kommando des Elisabethregiments, von dem er auch bereitwillig drei Mann als Altenarbeiter geliefert bekam.

Zu der Streikbrecherlieferung in Stolp nun diese hier in Charlottenburg. Es scheint Methode dahinterzustehen, gewissermaßen Exerzitien der Soldaten zu größeren Taten auf diesem Gebiete. Die Arbeiterschaft wird sich darauf einrichten müssen, bei kommenden Ausständen nicht nur bewaffnete Soldaten gegen sich zu haben, sondern auch Söhne des Volkes, gepreßt in den sogenannten Stock des Königs, als ebenso geprägte Streikbrecher. Damit das Heer sich immer offenkundiger als ein Instrument des Klassenstaates gegen den "inneren Feind" erweist, den dieser ebenfalls noch erhalten und das Menschenmaterial liefern muß.

Zum Konflikt im Baugewerbe.

Dem Vorschlag der Unparteiischen, nach Abschluß der örtlichen Verhandlungen fortzufahren, haben die Parteien zugestimmt. Die Verhandlungen werden voraussichtlich am 22. d. M. im Reichstag beginnen.

Steinarbeiterausperrung. In dem steinernen Basaltsteinbruch in Kerzendorf bei Lauban wurden auf Veranlassung des Bruchmeisters 68 Steinbrucharbeiter ausgesperrt. Der Grund zu der Ausperrung ist die Organisationszugehörigkeit der Leute zum Steinarbeiterverbande. Alle Versuche des Verbandsvertreters, Genossen Staudinger, die Angelegenheit im guien beizulegen, scheiterten an der Halsstarrigkeit des Unternehmers, der sich mit den Maßregeln seines Bruchmeisters vollständig einverstanden erklärt. Zugang ist streng zu vermeiden.

Europa.

Auf nach — Deutschland!

Aus New York wird gemeldet, daß die International Harvester Company, die größte Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen der gesamten Welt, die in Amerika das Geschäft vollständig monopolisiert hat, ihre Fabriken in Europa abzubrechen beabsichtigt und ihre Fabrikation völlig nach Deutschland zu verlegen. Bei der Gesellschaft sind seit langer Zeit die Arbeiter und die Firma weitestgehend mit den Ausländern zu verhandeln. Sie hat nun in Neug. am Rhein große Grundstücke erworben, auf denen sie ausgedehnte Fabrikationsanlagen für ihre Absatzgebiete in Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland errichtet. Außerdem ist eine Filiale der Ausfuhrfabrik Altenberg befindet, und das Glasereigeschäftshaus E. Ahlemann in Flammen. Alle drei Geschäftshäuser brannten bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden ist sehr groß und nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Die Waren hatten einen Wert von etwa 70 000 Mark; der durch den Brand verursachte Gesamtschaden dürfte die Höhe von 250 000 Mark erreichen.

Blutiger Zusammenstoß in der Fabrik. Zwischen Meistern und Arbeitern einer Baumwollfabrik in Wartha kam es wegen der Lohnberechnung zu einem blutigen Zusammenstoß. Zwei Personen wurden dabei erschossen und vier verwundet. Die Polizei nahm viele Verhaftungen vor.

Nova Schneestürme.

Aus Beuthen meldet der Drach: In ganz Oberschlesien herrschte während der Nacht zum Mittwoch heftiger Schneefall. Die Schneedecke erreichte überall die Höhe von 25 Centimetern.

Weiter wird aus Belgrad berichtet: Ein furchtbare Schneesturm wählt seit 24 Stunden in ganz Serbien, besonders in Belgrad. Der angerichtete Schaden ist groß. Die elektrischen Leitungen sind zerstört. Die Stadt ist ohne Telefon und ohne Licht. Besonders die Obstbäume haben unter dem Unwetter furchtbar gelitten. Der in den Obstgärten entstandene Schaden ist recht erheblich. Eine hohe Schneedecke bedeckt beinahe das ganze Land.

Weiter wird berichtet: Durch die leichten Schneestürme sind Tausende von Singvögeln, die gelegentlich ihres Wanderruges auf hoher See vom Schneesturm überrascht wurden, getötet worden. An der pommerischen Küste werden jetzt die Vogelleichen aufgefunden, die in der Nähe von Kolberg a. B. in großer Menge den Strand bedecken. Überhunderte von Krammetsängeln, Lerchen, Rotkehlchen, Buchfinken, Drosseln, Dachstelzen, Stieglitz, Bluthänflingen u. a. werden hier tot an das Land getrieben. Mitte im Norden brütenden Vögel gibt es in Pommern zwei bekannte Zugstrassen. Die eine führt an der Ostseeküste entlang nach Finnland, die andre geht über Süden nach Schweden. Bei dem letzten Nordweststurm haben sich anscheinend ganze Vogelherde auf den Weg nach ihrer schwedischen Heimat gemacht, sind auf der See in dem rasenden Sturm ermordet und diesem schließlich zum Opfer gefallen.

Beckerende Schadensfeuer.

In der Nacht zum Mittwoch ist in Geestemünde die Geestemünder Herings- und Hosenfischerei A. G. niedergebrannt. Der Brand entstand vermutlich durch Selbstentzündung neuer Rehe. Eine später eingegangene Meldung besagt: Bei dem Großfeuer ist das Hauptbetriebsgebäude am Fischereihafen eingeschärt worden. Der Schaden beträgt ungefähr 600 000 Mark.

In der Fabrik der Deutschen Teer- und Betonwerke, die neben der Englischen Gedenstadt in Mariendorf bei Berlin, entstand am Mittwoch früh ein gefährlicher Brand, zu dessen Lösung die Feuerwehren von Mariendorf und vieler benachbarter Orte herbeiliefen. Das Fabrikgebäude ist zum größten Teil ausbrannte.

In der Steinstraße zu Havelberg sind am Dienstag drei Geschäfte brennen vollständig niedergebrannt. Das im Laden der Firma Laute entstandene Feuer griff mit großer Schnelligkeit um sich. Bald stand auch das Nachbargrundstück, in dem sich eine Filiale der Ausfuhrfabrik Altenberg befindet, und das Glasereigeschäftshaus E. Ahlemann in Flammen. Alle drei Geschäftshäuser brannten bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden ist sehr groß und nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Die Waren hatten einen Wert von etwa 70 000 Mark; der durch den Brand verursachte Gesamtschaden dürfte die Höhe von 250 000 Mark erreichen.

Blutiger Zusammenstoß in der Fabrik.

Zwischen Meistern und Arbeitern einer Baumwollfabrik in Wartha kam es wegen der Lohnberechnung zu einem blutigen Zusammenstoß. Zwei Personen wurden dabei erschossen und vier verwundet. Die Polizei nahm viele Verhaftungen vor.

Von der Schröder-Straß-Expedition.

Christiansburg, 16. April. Die Zeitung Tidus Tegu meldet aus Green Harbour auf Spitzbergen vom 15. d. M. telegraphisch: Rotwold und die Brüder Julius und August Jensen sind gestern hier angelommen. Jensen ist mit Kapitän Starzub nordwärts weitergegangen. Rotwold erzählte, daß er nach der Verabschiedung von Altschur am 19. Dezember mit Everhard und Stenersen nach Norden abgegangen sei. Everhard habe sich bei Bangsund verirrt und sei trotz aller Nachforschungen und Abfeuerung von Gewehrschüssen nicht wiederzufinden. Nach zwölftägigem ununterbrochenem Marsch bei strenger Kälte hätten sie beide, stark erschöpft, eine Höhle in Monfelsay erreicht, welche ohne Dach, Ofen und Fenster gewesen sei. Hier hätten sie drei Stunden auf Everhard gewartet. Da sie nur etwas Feuerholz hatten und schlecht gekleidet waren und das Wetter unzuverlässig war, hätten sie nicht weiter als bis Treurenbergbüch gehegen dürfen. Die beiden Deutschen Dr. Detmers und Dr. Woerter seien zum Leinenmal am 2. Oktober südlich von Steensemöll auf dem Marsch südwärts mit Schlitten und Hund geschenkt worden. Rotwold und die Brüder Jensen gebrauchten 11 Tage, darunter sechs Marschtag, um von dem Schiffe in Treurenbergbüch nach Abenavay zu gelangen.

Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Brüssel, 17. April. (Privattelegramm) Nach der am Mittwoch aufgenommenen Streikstatistik streikten in Brüssel 22 804 Arbeiter, darunter 8000 Metallarbeiter, 1800 Holzarbeiter, 1500 Schuhmacher, 1000 Arbeiter der Nahrungsmittelbranche, 1000 Bauarbeiter, 850 Schriftsteller. Die Eisenbahnverwaltung gibt an, daß der Güterwagenverkehr im Antwerpener Hafen, der in normalen Zeiten 1200 Wagen täglich beträgt, der in vorheriger Woche aber schon auf 800 Wagen gesunken war, jetzt auf 200 Wagen heruntergegangen ist.

Der Regierungsbericht verzeichnet für Mittwoch im Bezirk Charleroi 80 240 Streikende, das ist gegen Dienstag eine Zunahme von 6000.

Im Henneberg werden 170 400 Streikende gezählt. In verschiedenen Industrien tritt bereits Mangel an Kohlen ein; mehrere Fabriken in Brüssel, Alost und andern Orten mühten deswegen schlafen.

Sofia, 17. April. Die Agence Bulgare meldet: Zu den Nachrichen über den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Bulgarien und der Türkei sind wir ermächtigt, zu erklären, daß es sich nicht um eine schriftlich abgeschlossenen Waffenstillstand handelt, sondern um eine für einige Tage mindlich vereinbarte Waffenruhe, die beiden Teilen ermöglichen soll, ihre Toten zu beerdigen.

Die Meldung von einem 10tägigen Waffenstillstand war also verschleppt.

Paris, 17. April. Aus Nancy wird gemeldet: Die zwei städtischen Schuleute, die auf dem Nancyer Bahnhof den Dienst versahen, als die Deutschen den Zug nach Metz belegten, schritten erst ein, als die Manifestanten in das Abteil der Deutschen eindrangen. Da die Schuleute es unterlassen hatten, ihrem Vorgezogenen den Zug zu melden, rückte der Centralkommissar von Nancy an den Bürgermeister das Ersticken, die beiden Schuleute zu bestrafen.

Paris, 18. April. Aus Nancy wird gemeldet: Einige der am meisten kompromittierten Leute seien bekannt; da jedoch bei den Nancyer Verbündeten keinerlei Strafanzeige erstattet wurde, hätten diese bisher keinen Grund, irgendwie vorzugehen?

Paris, 18. April. Zu der Melbung von dem angeblichen Zwischenfall in einem Theater in Grésnois wird von dem französischen Minister des Innern erklärt, daß sich in dem erwähnten Theater nichts vergleichend zugetragen habe.

Nizza, 17. April. Die hiesigen Hafenarbeiter sind in den Ausstand getreten und fordern eine Erhöhung des Tagelohns um eine Krone. Der Arbeitgeberverband beschloß, die Arbeiter, falls sie bis morgen nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit seien, übermorgen auszusperren.

Berantwortlich für den reaktionellen Teil:

Hermann Liebmann in Leipzig.

Berantwortlich für den Liberalen Teil:

Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 20 Seiten.

Konsumentverein Leipzig-Plagwitz und Umgegend = C. G. m. h. S.

Wir bringen unseren verehrten Mitgliedern von Plagwitz-Lindenau hiermit zur Kenntnis, daß wir Sonnabend, den 19. April, in unserem eigenen Grundstück (neben dem neuen Warenhause) in

Leipzig-Lindenau, Josephstraße Nr. 44 eine neue Fleischverkaufsstelle

eröffnen. Am gleichen Tage wird die Verkaufsstelle für Kolonialwaren von Josephstraße 49 nach dem **eigenen Grundstück Josephstraße Nr. 44**

verlegt. Die Mitglieder haben nunmehr Gelegenheit, den gesamten Bedarf in Fleisch-, Kolonial-, Manufaktur-, Schnitt- und Schuhwaren sowie alle Wirtschaftsgegenstände

in einer Zentrale decken

zu können. Wir bitten unsere werten Mitglieder, den modern eingerichteten Verkaufsstätten einen Besuch abzustatten zu wollen und geben uns der Überzeugung hin, daß jeder Besucher von diesem genossenschaftlichen Unternehmen recht befriedigt sein wird



Der Warenmarken-Umtausch

nimmt immer einen großen Teil der Zeit des Verkaufspersonals in Anspruch. Um am Schlusse des Geschäftsjahres eine glatte Abwicklung des Warenverkaufs ermöglichen zu können, ersuchen wir unsere werten Mitglieder, mit dem Umtausche der Warenmarken schon jetzt zu beginnen. Wünschenswert ist es, die Fleischwarenmarken zu je 20-Mk.-Marken abzuzählen



Das Kohlengeschäft

hat sich wider Erwartungen ganz enorm entwickelt. Im Vorjahr mussten die Mitglieder monatelang auf Lieferung warten. Um in diesem Jahre alle Aufträge prompt erledigen zu können, bitten wir die Kohlenbestellungen bereits jetzt aufzugeben

Die Kohlenrechnungen können auf die Dividenden-Guthaben verrechnet werden

Der Vorstand

Politische Übersicht.

Majestätsbeleidigung.

Die Frankfurter Strafammer hatte am Mittwoch eine Aufgabe übernommen, die unter Umständen recht dankbar sein kann; die Aufgabe nämlich, den Widersinn des Majestätsbeleidigungsparagraphen zu demonstrieren. Bekanntlich ist nach den in Deutschland geltenden staatsrechtlichen Bestimmungen die Person des Monarchen unverletzlich, die Strafgesetze gelten für ihn nicht. Das hat zur Folge, daß der Monarch Handlungen begehen und Aussetzungen tun darf, die nach dem geltenden Recht strafbar sind, für die er aber nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Umgekehrt steht aber die Person des Monarchen unter einem erhöhten strafrechtlichen Schutz, und eine gegen sie gerichtete Handlung oder angeblich beleidigende Aussetzung wird nicht nur ohne besonderen Antrag des Verleichten „im öffentlichen Interesse“ strafrechtlich verfolgt, sondern auch erheblich schwerer bestraft als unter normalen Umständen. Das ist ein Widersinn, der dem öffentlichen Rechtsbewußtsein ins Gesicht schlägt und den man in konstitutionellen Staaten dadurch zu mildern sucht, daß man der antimonarchischen Kritik den denkbar weitesten Spielraum läßt. Im borussischen Deutschland sind zwar in den letzten Jahren die Majestätsbeleidigungsprozesse ebenfalls zurückgegangen, doch ist ihre Zahl noch immer sehr groß, obwohl gerade hier die oberste Spize des Reichs das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten mitzureden und mitzutun, mehr als sonst irgendwo in Anspruch nimmt.

Der Fall des „hinausgeschmissenen Pächters“ ist ein Schulbeispiel für die Konsequenzen, die sich aus diesem Zustand ergeben. Die öffentlich getane beleidigende Wendung ist bis heute noch nicht zurückgenommen, denn die Verleihung des Ordens vierter Güte an den Pächter Sohst kann wohl nicht gut in diesem Sinne verstanden werden. Dafür hat die Frankfurter Strafammer am Mittwoch den Genossen Wittrich als verantwortlichen Nebenberater der Volksstimme zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil unser Parteivorstand sich mit der Rebe Wilhelms II. im Landwirtschaftsrat kritisch beschäftigt hatte. Von Rechts wegen!

Der Fall Sohst-Wittrich hat aber auch noch eine andre Seite. Der Artikel, in dem sich die angeblich strafbare Stelle befand, hatte offenbar weder bei den Leuten der Volksstimme, noch auch bei einer Behörde — auch bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft nicht — Aufstoß erregt. Da kam die große Entrüstungssomodie auf der Bühne der parade im Zirkus Busch. Mit einem kräftigen „Pfui“ und mit dem diesen Kreisen sehr vertrauten „Schweinehund“ wurde die Bekanntgabe der Notiz in der Versammlung begleitet. Konservative Organe rissen nach dem Staatsanwalt und den Gerichten und drohten mit Aenderung der Gesetze, wenn die Gerichte in diesem Falle versagen sollten. Bald darauf ging dem Genossen Wittrich die Anklageschrift der Frankfurter Staatsanwaltschaft zu. Womit erneut der Beweis erbracht ist, daß auch im Wallen der Madame Justitia manchmal merkwürdige — Zufälle mitspielen!

Das Urteil in seinen merkwürdigen Gedankengängen zu kritisieren, können wir uns schenken. Es wird auch dem harmlosen Untertanengemüt schwer fallen, zu begreifen, daß es eine Beleidigung sein soll, wenn jemandem attestiert wird, er habe das Zeug dazu, um sich als nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu erweisen. Wir begnügen uns, statt weiterer Betrachtungen den uns zugegangenen Prozeßbericht wiederzugeben:

Vorstand der Strafammer in der Verhandlung gegen Wittrich war Landgerichtsdirektor Heldmann, der erst vor Kurzem von Hanau nach Frankfurt a. M. versetzt worden ist. Er hat den Ruf eines Richters, der gegen Angehörige der Presse sehr hart vorgeht. Als Schöpferichter in einem kleinen Landstädtchen bei Frankfurt a. M. verurteilte er einen Redakteur der kleinen Presse in Frankfurt a. M. wegen Beleidigung eines Privatmannes zu drei Monaten Gefängnis, welches Urteil die Strafammer dann auf eine Geldstrafe ermäßigte. Genosse Jancker von der Frankfurter Volksstimme erhält unter dem Vorstoß Heldmanns einmal drei Monate, nachdem die Vorinstanz nur auf eine Geldstrafe erkannt hatte. Die Verteidigung des Genossen Wittrich führt Genosse Wolfgang Heine.

Zum amtierenden Staatsanwalt hatten sich auch der Erste Staatsanwalt am Landgericht und der Oberstaatsanwalt vom Oberlandesgericht gefestigt; die Justiz hatte also ihren großen Tag. Die Staatsanwaltschaft schaute aber die Daffenheit und ihr Vertreter beantragte, die Daffenheit für die ganze Dauer der Verhandlung wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung auszuschließen. Es bestieß die Möglichkeit, daß auf fröhliche Reden Wilhelms II. zurückgegriffen werde, die beweisen sollen, daß Wilhelm II. früher mit der Möglichkeit eines Bürgerkriegs gerechnet habe, und daß über die persönlichen Eigenschaften des Kaisers, über seine Wirken und seine Erfolge gesprochen werde. Da der Kaiser augenblicklich vor den Toren Frankfurts welle, sei es doppelt geboten, keine Erregung in die Massen zu tragen (1). Der Verteidiger widerprach dem Staatsanwalt. Die Daffenheit sei nicht nur zum Schutz des Angeklagten von der Gefangene vorgeschrieben, sondern auch im Interesse der Justiz. Diese sollte sich durch die Daffenheit das Vertrauen erwerben, dessen sie bedürfe. Auch sonst liege kein Grund vor, vom Prinzip der Daffenheit abzuweichen. Es werde in der Verhandlung nichts vorgebrachten, was nicht allgemein bekannt sei. Für die öffentliche Ordnung könne unter keinen Umständen eine Gefahr entstehen. Nach langer Beratung verklärte der Verteidiger, daß die Daffenheit ausgeschlossen werde. Ein Antrag des Verteidigers, wenigstens den Vertretern der Presse das Verbleiben im Saale zu gestatten, wurde ebenfalls abgelehnt, nachdem der Staatsanwalt erklärt hatte, daß gerade die Presse durch den Ausschluß getroffen werden soll.

Der Staatsanwalt hatte am Schlus der Verhandlung sechs Monate Gefängnis beantragt, das Gericht erkannte auf vier Monate. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Artikel begleime zwar mit Aussführungen, die noch nicht beleidigend seien, wenn sie auch die Achtung vermissen lassen, daß das Staatsoberhaupt beanspruchen könne. Beleidigend sei der Schluss, in dem gesagt wurde, daß der Kaiser, wenn ihm ein Verunsicherung, wie seinem portugiesischen Kollegen passiere, als Landwirt Nützliches leisten könnte. Es sei etwas anderes, wenn ein Monarch nach einem missglückten Attentat von einem Veräußerung spreche, als wenn das ein Drücker unter Hinweis auf den Monarchen tue. Hierin liege ein Spott, der im vorliegenden Falle durch den Vergleich mit dem jugendlichen König von Portugal, der von seinem Volke in gleicher zuhause verachtet werden sei noch vergleichbar werde. Dieser Vergleich und die Bewertung, daß sich der Kaiser nach einem solchen Unfall als nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft erweisen könne, sei ehrverleidig, denn aus ihr folge, daß der Kaiser jetzt kein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft sei. Die Absturz der Beleidigung ergebe sich aus dem Inhalt, die Völklichkeit aus

der Form des Artikels, die beabsichtigt habe, den Kaiser dem Spott der Zeitungsleser preiszugeben. Für Zulässigkeit mildernder Umstände sei kein Anlaß geboten und auf Fehlungshaft zu erkennen, sei nicht angebracht. Über das Mindestmaß von zwei Monaten sei das Gericht wegen der Beleidigung hinausgegangen. Dem Antrage des Staatsanwalts auf sechs Monate Gefängnis habe es jedoch nicht folgen können, weil dem Angeklagten zugute zu halten sei, daß die Rechte des Kaisers das politische Gebiet gestreift und zur Kritik Andersdenkender Anlaß gegeben habe. Die Kritik des Angeklagten sei aber über das zulässige Maß weit hinausgegangen.

Deutsches Reich.

Garantien für das „Recht auf Arbeit“.

Die Schloßbarone sind bereit, da es schon nicht anders geht und die Heeresvermehrung außerdem einen guten Nebenbach verheiße, zu dem sogenannten Wehrbeitrag beizusteuern. Nur eine kleine Gegenleistung fordern sie: es muß endlich Schluß mit der Sozialpolitik gemacht werden! In der vom Bund der Industriellen auf seiner jüngsten Berliner Tagung angenommenen Resolution zur Rüstungsvorlage drückte man das mit den Worten aus, es sei von der Regierung zu fordern, daß der Industrie Zeit gelassen wird, sich in die außergewöhnlichen Lasten der neuen Versicherungsgesetze einzuleben, ehe irgendwelche neuen Anforderungen in dieser Richtung an sie gestellt werden. Noch deutlicher aber wird nach dieser Richtung die Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung, das Organ der großen Zechenmagnaten und Grubenbesitzer im Lothringer Industrievierier. Sie versichert, „trotz berechtigter grundfachlicher Bedenken gegen den Wehrbeitrag, der von einem aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgegangenen Parlament zu beschließen ist“, wollten sich die Schloßbarone doch „von großen vaterländischen Gesichtspunkten“ leiten lassen. Dafür müsse ihnen aber Vater Staat entgegenkommen:

Es ist geradezu widersinnig, auf der einen Seite von dem deutschen Unternehmer, der allerdings für sich selbst nie eine gesetzliche Mindestarbeitszeit fand und dessen ratsloser, unausgesetzter Tätigkeit wir in erster Linie unsere glänzende wirtschaftliche Entwicklung und damit unsere Großindustrie verdanken, außergewöhnliche Opfer zu verlangen und ihn gleichzeitig in übertriebener Humanitätsdusei und in geradezu krankhaft gewordenem, angeblich „sozialpolitischem“ Empfinden durch Einschränkung der Arbeitszeit seines Personals und durch Er schwerungen aller Art in der Fortführung seines Betriebes lahmvalegen. . . . Wie der deutsche Reichstag bei seinem fortgesetzten Sympathisieren mit gesetzlichen Einschränkungen der Arbeitszeit und mit übertriebenen sozialpolitischen Bestrebungen — es braucht nur an den französischen, belgischen, die Petitionen betr. Schaffung eines östlichen Arbeiterschutzes, soweit sie eine Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Überstunden, Verbot der Nacharbeit für Jugendliche, Verbörfung der Betriebskontrolle usw. dem Reichstagler zur Verstärkung zu überweisen, erinnert zu werden — es mit seinem Verantwortlichkeitsgefühl vereinigen zu können glaubt, nunmehr auch der deutschen Extraterritorialität, der er doch auf der anderen Seite des Lebenslaufs zu unterbinden trachtet, die Hauptlasten der Wehrvorlage aufzublären, ist seine Sache. Die deutsche Industrie kann aber angesichts der schweren Opfer, die sie fortgesetzt und auch jetzt wieder zu bringen hat, erwarten und verlangen, daß die Reichsregierung derartigen fortgesetzten Angriffen auf eine weitere gesetzliche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens mehr rücksichtlose Kraft und Entschlossenheit entgegenstellt.

Einem Volke, das freudig und gern herartige Lasten auf sich nimmt, und das sich stolz für die Notwendigkeit unserer Rüstungen einsetzt, darf wenigstens nicht — wenn anders es nicht auszugehen soll — in frankhafter Schwärmigkeit das Recht auf Arbeit, gleichgültig wo, wann und wie lange es diese ausüben will, vernichtet und geschmälerd werden.

Das Verbot der Nacharbeit für Jugendliche im Alter von 14—16 Jahren oder eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit der Erwachsenen in der so gesundheitsgefährlichen Hüttenindustrie — die 1911 allein in den Regierungsbezirken Arnsberg-Düsseldorf-Trier 16 1/4 Millionen behördlich festgestellte Überstunden aufwies! — verstößt also gegen das so zarte „sozialpolitische Empfinden“ der Herren Schwerindustriellen! Die Sozialpolitik überhaupt ist diesen brutalen aller Ausbeuter ein Erzeugnis „übertriebener Humanitätsdusei“ und verstößt gegen das „Recht auf Arbeit“ der Angestellten und Arbeiter! In der Tat: daß diese Sippe an „frankhafter Schwärmigkeit“ im Geltendmachen ihrer Ausbeutungsinteressen litte, wird man beim besten Willen nicht behaupten können. Im Gegenteil: es verrät eine ganz außergewöhnliche Portion Freiheit, um ausgerechnet die Einbringung der Militärvorlage, die für die Kapitalistensklasse hundertfache Millionenprofite, für die Volksmassen aber nur neue riesige Opfer an Gut und Blut bedeutet, zu bemühen, um die Stilllegung der Sozialpolitik zu fordern.

Die Kompensation.

Die deutsche bzw. die braunschweigische Polizei hat sich mit Erfolg bemüht, für die Misshandlung der deutschen Sonntagsausflügler in Nancy eine Kompensation zu schaffen. Der Genosse Compère-Morel ist zwar zu Braunschweig weder beschimpft, noch geschlagen, noch angepönt worden, aber er ist ja auch nicht von einer Horde gebildeten Pöbels angefallen, sondern von der hohen Obrigkeit Braunschweigs in zivilisierter Weise ausgewiesen worden. Wie es dabei zugegangen ist, welche schmähliche Behandlung unserm Genossen und seinem Begleiter widerfuhr, das hat der lehrte, der Genosse Steiner, in einem Bericht an den Braunschweiger Volksfreund geschildert, dem wir die folgenden bezeichneten Stellen entnehmen:

Punkt 7 Uhr 28 fuhrten wir am Bahnhof in Braunschweig ein, wo wir den und freundlich entgegengetretenen Händen der Genossen Antrik und Genzen durch zwei Polizeibeamte entzogen wurden, die uns ein rundes Messingding vorzeigten, auf dem ein Pferd geprägt war. Dieses Pferd und die beiden Herren, der eine mit einer schiefen Habichtsnase, der andre von vierfreundlicher Unterfesteit, repräsentierten die herzogliche Polizeidirektion. Also verschaffte uns der eröffnete der beiden Herren, was wir um so eher glaubten, als er dabei mit einem dicken Kofferstock, wie weit und Friedrich II., und mit energischer Korpalsstimme seine auch sonst unverkennbare Herkunft dokumentierte.

Da die Polizei natürlich überall in Braunschweig zu Hause ist, befindet sich auf dem Bahnhof zum Empfang der Fremden ein Postamt. Da wurden wir hineingetrieben. Hier beluden die beiden Herren von einem pickelbehaupteten Uniformierten „Skuß“.

Nachdem die schiefen Habichtsnase, der energisch geschwungene Kofferstock und die Korpalsstimme vergleichbar alle Hebel ihrer Freundschaft in Bewegung gesetzt hatten, um sich dem freundlich

lächelnden Vertreter des französischen Parlaments auf braunschweigische Art verständlich zu machen, erbarmte ich mich schließlich der herzoglichen Polizei und übernahm die Führung der polizeidiplomatischen Verhandlungen. Es wurde der Ausweltungsabschied übergeben, und es hielt: „Sie müssen sofort weiterfahren! Sofort!“

Ich versuchte den beiden Repräsentanten der herzoglichen Polizeidirektion verständlich zu machen, daß wir beide durchaus nicht die Absicht hätten, uns dem Kloß zu widersehen, daß Compère-Morel nicht ganz wohl sei, vormittags das Bett gehütet hätte, den ganzen Tag noch nichts genossen hätte. Er möchte also eine Kleinigkeit zu einer leiblichen Stärkung einnehmen und dann mit dem nächsten Zugjunge nach Paris weiterfahren.

Aber die Vertreter der herzoglichen Polizei waren auf der Höhe ihrer Kulturmission. Wir wollten etwas essen! Da kamen wir schön an . . . Wir selbst, der ich weder Franzose noch ausgewiesen bin, wurde sogar untersagt, die Braunschweiger Genossen zu benachrichtigen. Man ließ mir die Wahl, entweder sofort mit Compère-Morel abzudampfen oder verhöret zu werden. Warum? Mit welchem Recht?

Vor der Bierunterseite, hinten die schiefe Habichtsnase mit dem Rücken, also ging es im Schnellschritt wieder dem Juge zu. Doch leider, leider! Als wir den Bahnhof betrat, dampfte majestätisch der Zug ab. Die beiden Herren — vielmehr nur die schiefen Habichtsnase — wollten uns in den bereits fahrenden Zug hineinbringen, was wir jedoch energisch ablehnten, worauf die Rose merklich länger wurde.

Seufzend wurden wir wieder in den Bartsaal eskortiert, wo die Vertreter der herzoglichen Polizei grobmütig gestatteten, daß wir etwas aßen. Währenddessen verschwand der eine der beiden Herren, um bald darauf mit dem mit Seniorstimme in den Saal gesommerten Bevölkerung zu erscheinen: „Sie müssen sofort mit dem nächsten Zug abreisen.“

Das war ein Bummelzug, aber was tut das einer herzoglichen Polizeidirektion. Hinaus mit dem Franzosen! Als ich Kleine machte, unsre Freunde telefonisch von unserer Abreise zu verständigen, bediente mir die schiefe Habichtsnase, daß das in Braunschweig einem deutschen Reichsangehörigen verboten sei, widrigsfalls er verhaftet würde!

Da ich Genossen Compère-Morel unmöglich allein in einem gutverlassenen Bummelzug abreisen lassen konnte, blieb mir schließlich nichts weiter übrig, als zusammen mit ihm den „gastfreundlichen“ Boden Braunschweigs zu verlassen.

Die Schilderung genügt. Braunschweigs Polizei darf ihrem Ruhmeskranz ein neues Blatt hinzufügen.

Trost für Steuergäuner.

In den sogenannten Deckungsvorlagen befindet sich tatsächlich eine Bestimmung, die einen Generalpardon für frühere Steuergäunerien bedeutet. Diese zarte Rücksichtnahme der Reichsregierung auf die Blößen unserer Staatsverhaltenden hat aber nicht zu verhindern vermocht, daß trotzdem in den letzten Wochen große Kapitalmengen nach dem Ausland abgeflossen sind. Man fürchtet sich eben nicht bloß vor der Verantwortung für frühere Steuerhinterziehung, sondern vor dem Steuerzahlen überhaupt, und zieht es deshalb vor, da die Kapitalien im Inlande anscheinend nicht genügend vor dem Steuerezektor sicher sind, sie außer Bande zu tragen. Das schlägt aber ist für die deutsche Wirtschaft von Nachteil, da auf diese Weise der inländische Geldmarkt von Kapitalien entblößt wird, die notwendig gebraucht werden können. Die Post sieht sich deshalb jetzt zu folgender Verhügungsnotiz veranlaßt:

In der Presse wird darauf hingewiesen, daß noch keine Klarheit darüber geschaßt ist, ob die Privatbanken nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfs über den Wehrbeitrag zur Auskunftsteilung an die Veranlagungsbehörden verpflichtet sind. Auch die Handelskammer zu Freiburg hat in einer an den Reichskanzler gerichteten Eingabe auf die Gefahren hingewiesen, die durch eine derartige Auskunftsteilung entstehen könnten. Wie wir hören, sind diese Bestrafungen unbegründet. Bei der Vermögenserklärung, die aus Anlaß der Erhebung des ehemaligen Wehrbeitrages in den Bundesstaaten vorgenommen werden soll, kommt eine derartige Auskunftsteilung der Privatbanken an die Veranlagungsbehörden nicht in Frage. Die Bestimmungen des Gesetzes sehen eine derartige Auskunftsbestimmung nicht vor, und es ist ausgeschlossen, daß etwa Ausführungsbestimmungen des Bundes eine derartige Vorschrift enthalten würden. Ein solches Verfahren kann nicht durch Ausführungsbestimmungen geregelt werden, sondern bedürft einer gesetzlichen Festlegung, die aber nicht vorgesehen ist. Bankwelt und Kundschaft haben demnach in dieser Sicht keinerlei Anlaß zu Beschwerden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß etwa im Reichstag eine Reaktion besteht, in dieser Hinsicht verhängende Bestimmungen über die Vermögenserklärung zu erlassen, die etwa nach dem Muster der für Preußen gültigen Vorschriften für Auskunfts- und Ergänzungsteuer erfolgen soll.

Uff! — werden die „opferwilligen“ Kapitalbesitzer sagen. Was nicht einem all das schöne Geld, wenn man auch noch Steuern davon zahlen soll!

Ramerab Kloeden.

Der ehemalige Ehrenvorsitzende des Bundes deutscher Militäranwälter v. Kloeden benannte verächtlich, obwohl er selbst 1200 Mark aus der Bundeskasse bezog, seine Kollegen bei ihren vorgelegten Behörden, daß sie sich für ihre nebenamtliche Tätigkeit im Bundesvorstand bezahlen ließen, ohne die Zustimmung ihrer Vorgesetzten hierzu zu haben. Jetzt veröffentlicht die Frankfurter Zeitung das Beweisstück für eine zweite ähnliche Denunziation, das also lautet:

Berlin, 16. 2. 1913.

Seiner Exzellenz dem Herrn Reichskanzler.
Euer Exzellenz erlaube ich mir zu unterstellen, daß meiner Ansicht nach in dem Umstand, daß in den Beamtenorganisationen vielfach die Vereins-, Verbands- und Bundesvorstände von ihren Korporationen bezahlt werden, eine Gefahr für das Reich und die Bundesstaaten liegt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese in ihren Nebenstellen oft recht gut bezahlten Beamten nur zu leicht geneigt sind, aus egoistischen Motiven die Unzufriedenheit unter den Beamten immer weiter zu schürzen, auch dann, wenn eine Befriedigung der Beamtenwünsche stattfindet. Aus dieser Erwörgung heraus sah ich mich veranlaßt, an sämtliche Behörden, denen die Mitglieder des Vorstandes vom Bundes Deutscher Militäranwälter angehören, das anliegende Schreiben vom 8. 12. 12 mit Anlage zu richten und anzufragen, ob die betreffenden Beamten die Genehmigung ihrer Behörde zum Bezug der für das Nebenamt ausgewiesenen Zulagen hätten. Dies wurde von sämtlichen in Betracht kommenden Behörden verneint. Eine Behörde verbot in dankenswerter Weise sofort ihrem betreffenden Beamten, das Nebenamt weiterzuführen. Die Entschlüsse der übrigen Behörden sind mir unbekannt geblieben, doch würde sich eine analoge Maßnahme für alle empfohlen haben, wiewohl ich nicht vertreten will, daß die Hauptabteilung, die ich vertraulich zu nennen bereit bin, in Pension gehen und sich mit hochdotterter Zulage aus der Bundeskasse (zweitens beläuft sich bei jährlicher Einnahme von über 200 000 M. in die Millionen) im Bund anstellen lassen würden, wie der erste Vorsteher, der

5000 M. jährlich vom Bunde bezieht neben einer Pension von 4000 M., also einer jährlichen Einnahme von in Summa 9000 M.

Wahrhaft peinlich verläuft es, wenn diese Rente bei dem alljährlich im Juni stattfindenden Bundesstag an S. M. den Kaiser, die Bundesfürsten, den Herren Reichskanzler, den Herrn Kriegsminister und andre hochgestellte Persönlichkeiten Ergebenheitsabzeichen richten, die in liebenswürdigster Weiseantwortet zu werden pflegen, während sie zumeist kein Wort der Erwideration verdienten. Denn es herrscht in diesen Zeiten nicht überall der Geist, der bei dem alten Soldaten vorausgesetzt werden sollte, und den ich zum Verdruss der immer mehr nach uns rückenden führenden Elementen des Bundesvorstandes im Bunde wach zu erhalten bestrebt bin. Dies hat bereits zu unliebsamen Kontroversen selbst in der Öffentlichkeit geführt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

von A. Koenen,

Generalmajor a. D. W. d. R.

Chancenvorsteher des Bundes Deutscher Militäranwälter.

Es ist doch ein Prachtstück, dieser Kamerad v. Koenen. Darum hält offenbar auch das Zentrum noch immer im Landtagswahlkreis des Rheingaus seine schützende Hand über ihn.

Militärischer Strafvollzug.

Vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier hatte sich dieser Tage ein Angeklagter vom 88. Infanterieregiment wegen Fahnenflucht zu verantworten. Die Verhandlung entrollte ein geradezu unglaubliches Bild des Strafvollzugs im Festungsgefangnis zu Köln. Der Angeklagte, ein baumlang, kräftig gebauter Mensch, machte einen geradezu erbarmungswürdigen Anblick. Das Gesicht war ganz sohl und mit unverkennbarer Entstehlichkeit hatten schwere Leiden in ihm ihre Spuren zurückgelassen. Die Anklageschrift gab allerdings gleich die Auflösung hierzu. Der Angeklagte, der als Unschärfer eingestellt war, hatte sich eines Diebstahls schuldig gemacht und hierfür 2 Monate Gefängnis bekommen. Er hat diese Strafe im Festungsgefangnis zu Köln verbüßt und während dieser zwei Monate hat man über den Unglücklichen nicht weniger als 24 Tage strengen Arrest verhängt, darunter allein an einem Tage vier solcher Strafen. Und die Folge dieser barbarischen Strafen? Kaum war der Soldat wieder von der Festung zurück, da versuchte er wieder zu desertieren, und als er nach der Ursache gefragt wurde, da beschränkte er sich auf die kurze aber inhaltschwere Antwort: Ich will lieber ins Juchthaus als noch weiter dienen! Diesen Gesellen konnte ihm diesmal das Gericht nicht erweisen, immerhin erhielt er, obwohl er die Garnison noch nicht verlassen hatte, sondern noch vor der Abreise abgeföhrt wurde, 11 Monate Gefängnis. Mit welchen Gefühlen mag der Unglückliche wohl ins Festungsgefangnis zurückkehren und wie traurig wird sich wohl das Los dort für ihn gestalten? Es ist doch schön, Soldat zu sein!

Noch eine ungültige Reichstagswahl? Die Wahlprüfungscommission des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit der Wahl des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Kölsch, der im 7. badischen Kreise Kehl-Osberg gewählt wurde. Die Bevölkerungen haben in mehreren Fällen die Protestpunkte bestätigt. Dadurch ist Kölsch's Wahl noch mehr erschüttert worden; es mußte ihm noch eine ganze Anzahl Stimmen abgezogen werden. Voraussichtlich wird die Wahl für ungültig erklärt werden.

Zur preußischen Landtagswahl wurden in nachstehenden Wahlkreisen folgende Genossen ausgestellt: Frankfurt a. M. (Stadtteil) Dr. W. Quarc und Heinrich Hüttmann - Frankfurt a. M.; Hanau-Stadt und -Land: Parteisekretär Robert Ohmann - Frankfurt a. M.; Gelnhausen-Schlüchtern: Parteisekretär W. Schnabrich - Hanau. - Die Bevölkerung Frankfurts ist seit der letzten Wahl, insbesondere durch Eingemeindung um fast 100 000 gewachsen; sie beträgt jetzt rund 450 000; trotzdem hat die Stadt nur zwei Vertreter im Landtag.

Zum mecklenburgischen Wahlen spielt. Der mecklenburgische „Ritter“ v. Malchow hat ein Geheimzirkular an seine Klassengenossen gerichtet, worin er sie auffordert, sehr zahlreich in den nächsten Tagen zusammenstrebenden außerordentlichen mecklenburgischen Landtag zu erscheinen. Er macht seine Klassengenossen aufmerksam, daß, falls diesmal wieder der Regierungsvorfall abgedeckt wird, der Großherzog ganz bestimmt eine Verfassung erläutern würde. Und deshalb soll der Wechselbalg auf jeden Fall durchgedrückt werden.

Alle politische Nachrichten. Die Beratung der Behörde über folgende Wahlen im Budgetausschuss des Reichstags begonnen werden.

Sächsische Angelegenheiten.

Irrgeführt Wählter.

Am 13. November 1912 war in Grünhain Stadtverordnetenwahl angezeigt. Dazu hatten im Oktober die städtischen Kollegien den Beschuß gefaßt, daß nur die Bürger wählen dürften, die alle vor dem Wahltermin fällig geweisenen Staats- und Gemeindeabgaben entrichtet hätten. Dieser Beschuß wurde amtlich bekannt gemacht, außerdem sämtlichen Bürgern, die mit den letzten Steuerraten im Rückstand waren, vom Bürgermeister ein Schriftstück ausgestellt des Inhalts, daß die Bürger, die mit dem zweiten Termin der Staatssteuer und dem vierten Termin der Stadtauflagen im Rückstand sind, am 13. November nicht wählen dürfen. Dieser Beschuß wurde aber in der nächsten Sitzung der städtischen Vertreter wieder aufgehoben, ohne daß er amtlich bekannt gemacht worden wäre. Es wurde als richtig gegeben, daß etwa zwei Drittel aller Wahlberechtigten mit dem im September und Oktober 1912 fällig geweisenen Steuern noch im Rückstand waren. Der Stadtgemeinderat hat daher am 8. November 1912 beschlossen, die Zahlungsrückstand für die noch rückständigen städtischen Abgaben sowie Staatsentnahmen für das laufende Jahr bis zum 20. November 1912 zu verlängern, damit alle Steuererstbenannten des Jahres 1912 an der Stadtverordnetenwahl teilnehmen könnten. Eine besondere Benachrichtigung hielt der Stadtgemeinderat für die Beteiligten nicht für notwendig. Gegen diese Wahl nun ist Einspruch erhoben worden und bei den Rechtern der Oberbehörde gab der Bürgermeister an, daß er eine Benachrichtigung nicht für notwendig gehalten habe, weil vor der Wahl in einem Flugblatt des Bürgervereins (1) der festgebrachte Satz gestanden habe: „Jeder kann wählen, auch wenn er die Steuern noch nicht bezahlt hat.“ Es wurde nun festgestellt, daß 21 Bürger wegen des ausgeführten Steuererstreibens von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg hat nun die angefochtene Wahl aufgehoben. Sie stützt sich auf § 44g der revidierten Städteordnung in Verbindung mit § 1 der Städteordnung für mittlere und kleinere Städte und meint, daß nach dem klaren Wortlaut dieser Bestimmung an der Stadtverordnetenwahl am 13. November alle die Bürger nicht teilnehmen durften, die an diesem Tage noch Steuerrückstände aus der Zeit vor dem 13. November 1910 hatten. Der der Bestimmung in § 44g der revidierten

Städteordnung durch das Oberverwaltungsgericht in einem Urteil gegebenen andern Auslegung kann die Amtshauptmannschaft nicht beipflichten. In dem hier der angezogenen Gesetzesbestimmung beigelegten Sinne war von den stimmberechtigten Bürgern am Wahltage keiner Steuererstant. Durch das Steuererstschreiben des Bürgermeisters hätten tatsächlich eine Anzahl Wähler von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht, obwohl sie nicht Steuererstant waren. Daß der Beschuß, die Steuern zu gestunden, tatsächlich allen Wählern, die das Steuererstschreiben erhalten hatten, bekannt geworden sei, könne nicht angenommen werden. Auch kann der vom Bürgerverein ausgehende Wahlaufruf das amtliche Schreiben nicht entkräften. Es müsse also mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß durch das Steuererstschreiben eine Irreführung eines Teiles der Wähler erfolgt sei, die auch durch den späteren Stadtgemeinderatsbeschuß nicht wieder beseitigt gewesen ist, so daß mit hin das Wahlergebnis möglicherweise in einer dem Grundsatze der freien Wahl widersprechender Art beeinflußt worden wäre. Nach alledem ist die Wahl als ungültig aufzuheben.

Ein ungültiges Milchregulativ.

Der Chemnitzer Milchregulativ vom 7. März 1910 schreibt in § 2 vor, daß Kümmel im Stadtgebiet nur als Vollmilch mit einem Mindestfettgehalt von 2,8 Prozent zum Verkauf gebracht werden darf. Nicht gesagt wird in dem Regulativ, was mit Vollmilch mit weniger als 2,8 Prozent werden soll. Als Magermilch darf nur durch Abrahmung veränderte Milch verkauft werden. Der Guildebestler Richter in Oberleitzen hatte an einen Milchhändler Vollmilch geliefert, die einen geringeren Fettgehalt als 2,8 Prozent aufwies. Er ist deshalb wegen Zuwerbung gegen das Milchregulativ in erster und zweiter Instanz verurteilt worden. Der Angeklagte hatte den geringeren Fettgehalt auf das nasse Butter und das schlechte Futter zurückgeführt. Nach dem Gutachten des Sachverständigen ist der Fettgehalt aber weniger vom Futter, als vielmehr von der Kasse abhängig, auch lasse sich bei einer Mischung der verschiedenen Milchsorten leicht der erforderliche Fettgehalt erzielen. Der Angeklagte stellte sich aber auf den Standpunkt, daß die Mischung nicht seine, sondern des Händlers Sache sei. Das Landgericht ließ es dahingestellt, wer die Milch zu mischen habe, ob der Produzent oder der Händler, jedenfalls sei der Angeklagte verpflichtet gewesen, für den erforderlichen Fettgehalt zu sorgen. Auf die vom Angeklagten eingelegte Revision hob das Oberlandesgericht das angefochtene Urteil auf und sprach den Angeklagten kostenfrei. Die Verurteilung löste sich nicht aufrechterhalten, weil § 2 des Regulativs der Rechts Gültigkeit entbehre. Dort werde die Milch, die 2,8 Prozent Fettgehalt nicht erreiche, vom Verkehr überhaupt ausgeschlossen. Eine solche Bestimmung sei gegenübers der Gewerbeordnung aber nicht zulässig, außerdem werde dem Produzenten anheimgegeben, diese Vollmilch als Magermilch in Verkehr zu bringen, was sie aber tatsächlich nicht sei, auch nicht im Sinne des Regulativs. Eine unrichtige Deklaration könne aber dem Produzenten nicht angezogen werden. Danach entbehre das Regulativ der Rechts Gültigkeit. Die Rechtsprechung des Oberlandesgerichts befindet sich auch in Übereinstimmung mit der Judikatur des preußischen Kammergerichts.

Ein Opfer der Fürsorgeerziehung.

Der 18 Jahre alte Arbeiter Richter aus Burghausen, der in seiner Jugend schon wiederholt und erheblich bestraft ist, wurde nach Verübung der leichten Strafe in Fürsorgeerziehung gegeben. Da er sehr streng gehalten worden, und dieser Umstand führte den jungen Mann wieder auf den Weg des Verbrechens. Wegen dreier Diebstähle hatte er sich zu verantworten. In zwei Fällen hatte er von Gräbern die zum Schutz der Denkmäler dienenden Sintflöten gestohlen. Er war geständig. Der Vorlesende bezeichnete es als eine große Gemeinheit, Gräber zu beschädigen. Wie kamen Sie denn dazu? fragte er den Angeklagten. Der Angeklagte bemerkte, er sei zu einem Werkmeister in Fürsorgeerziehung gegeben worden, Lohn habe er nicht erhalten, auch keinen Planig Taschengeld; seinen Eltern sei es verboten, ihm etwas zu geben und ihm habe man verboten, die Eltern zu besuchen (1). Die Mutter habe ihm nur das Essen gebracht. Wenn er gefangen habe, sei ihm gesagt worden, daß er aushalten müsse, sonst läme er in die Anstalt und daß er es dann noch viel schlechter. Hierauf bemerkte der Vorlesende: „Das wäre ja nicht richtig, wenn das so gemacht werden ist. Ein junger Mann muß doch auch etwas Geld in die Hände bekommen, sonst fällt er der Versuchung anheim. Ich kann es gar nicht glauben, daß ein Werkmeister so handeln könnte. Ich kann die Angaben jetzt nicht kontrollieren. Sie bringen das wohl bloß vor, um Ihre Straftaten in milderndem Lichte erscheinen zu lassen.“ Der Angeklagte beteuerte, daß man ihn so behandelt, wie er es geschildert habe. Der Amtsbeamter verwies auf das Gefäß und die Vorstrafen, sowie auf die Gemeinde der Gestaltung des Angeklagten, die aus der Verarbeitung der Gräber spricht, und beantragte strenge Bestrafung. Nach kurzer Beratung wurde das Urteil gegeben, daß den jungen Mann wiederum auf vier Monate dem Gefängnis überantwortet. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Angeklagte habe gewußt, daß er wieder bestraft werden würde. In seinen Gunten sei berücksichtigt worden, daß er unwiderlegt ohne Geld gelassen und dadurch in Verlhung geraten sei, durch Straftaten sich Geldmittel zu beschaffen. Straßbärend aber habe berücksichtigt werden müssen, daß der Angeklagte trotz seiner Jugend schon so oft und schwer habe bestraft werden müssen; eine gemeine Handlung sei die Verarbeitung der Gräber. Schließlich gab der Vorlesende dem Verurteilten noch zu bedenken, daß er dem Juchthause verfallen, sobald er nach der Rücklegung des 18. Lebensjahres wieder Diebstähle begehe. Diese Schande solle er seinen Eltern nicht machen; er solle in sich gehen und einen ehrenhaften Lebenswandel führen und immer arbeiten, dann werde ihm die Versuchung, Straftaten zu begehen, nicht wieder ankommen. Der Vorlesende nahm dem Angeklagten das Ver sprechen ab, daß er dies tun wolle.

Der Schlußwort wirkte theatralisch. Es war selbstverständlich, daß der junge Mann das Versprechen gab. Er mag auch den guten Willen haben, nicht wieder straffällig zu werden. Waren es aber nicht die Verhältnisse, die besondere Art der sogenannten Fürsorgeerziehung, die ihn diesmal dem Verbrechen in die Arme getrieben haben? Einen andern Einbruch konnte man gar nicht erhalten und das war auch die Meinung des Vorlesenden. Nicht weniger schuld daran, daß sich das moralische Gefühl und die moralische Verantwortlichkeit bei dem jungen Manne nicht ausbilden konnten, wie auch der Tatsache anzuschreiben sein, daß er schon als Schulknabe wiederholt Bekanntheit mit dem Gefängnis gemacht hat.

Der Fall einer Ordnungslücke.

In Lobstädt wurde in einer Nacht voriger Woche beim Kaufmann W. Vogt eingebrochen. Der Dieb ließ eine Geldtasche mit ca. 700 M. Geld mitgehen. Der Gendarmerei im Verein mit dem Bornaer Polizeihund gelang es, des Einbrechers habhaft zu werden, der sich als der Maurermeister A. Jöbsche von Lobstädt entpuppte. Jöbsche ist Vorstandsmitglied bei fast allen nationalen Vereinen, eifriger Sozialist, bekämpfer und bürgerlicher Gemeindevertreter. Er war die rechte Hand aller wahrhaft patriotischen Männer und jederzeit williges Werkzeug, wenn es galt, die sozialistische Arbeiterschaft zu begeistern und zu verleumden. Das ist des Aufzuges zu befürchten sei, daß die öffentliche Sicherheit

holt ihn aber nicht ab, sich an dem Eigentum seiner Mitmenschen zu bereichern. Schon längere Zeit schwirrten die verschiedensten Gerüchte durch die Luft. So soll Jöbsche die ganzen Ersparnisse seiner Schwester verwirtschaftet haben. Als das junge Mädchen heiraten wollte, fand es das leere Sparkassenbuch vor. Auch bei dem bürgerlichen Gesangverein, wo Jöbsche Rosette war, soll eine beträchtliche Summe fehlen. Noch vor einigen Wochen wurde Jöbsche der Einwohnerchaft als Ordnungsmann mit offenem Blick und weitem Verstand empfohlen. Zu jener Zeit war das Vorlamm mit dem Sparkassenbuch schon öffentliches Geheimnis. Bemerkenswert ist die Art und Weise, wie Jöbsche bei seinem Einbruch zu Werke ging. Er hatte sich den Schlüssel zum Schrein vor einigen Tagen verschafft. Am Abend der Tat hatte er noch bis kurz vor 12 Uhr mit Kaufmann Vogt, mit dem er gut Freunde war, Skat gespielt. Durch ein Fenster ist er dann in die Ladenräume Vogts eingestiegen. Die gestohlene Summe wurde im Kohlenstall Jöbsches gefunden. Die Rosette hatte er in die Pleite geworfen. Jöbsche wurde verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis zu Borna eingeliefert. Der Reichsverband wird wohl nicht versiehen, diesen Fall einer Ordnungslücke mit dem nötigen Kommentar weiter zu verbreiten.

Dr. Mangler unter den Sozialdemokraten. Die Korrespondenz des Sächsischen Landesvereins vom Evangelischen Bunde stellt zu der Jesuitenrede Dr. Manglers mit Genugtuung fest, daß die sächsische nationale Presse, ob konservativ oder liberal orientiert, einmütig im Protest gegen eine Anschaung war, die dem „deutsch-protestantischen“ Geiste widersprechen müsse, und daß die Manglerschen Gedanken Zustimmung außer in den Zentrumblättern nur noch in der sozialdemokratischen Presse gefunden haben. Das kann dem Sozialistenredner Dr. Mangler passieren. Aber freilich, ein Bursch wie Dr. Mangler macht sich aus einer so schwer wiegenden Tatsache nichts, der — setzt höchstens.

Bemerkenswert ist übrigens auch die Feststellung der genannten evangelischen Korrespondenz, daß bei einer großen Protestversammlung, die der Zentrumsbundverein in Dresden abgehalten hatte, auch der konservative Landesverein offiziell vertreten gewesen sei, worüber viele konservative Männer besorgt den Kopf geschüttelt hätten. Nun wird Dr. Mangler erfreut sein!

Ein Parteiveteran gestorben. In Lunzenau ist der alte Parteigenosse Streune zur großen Armee abgegangen. Streune hat, trotzdem die Not früher ständiger Gast bei ihm war, das achtzigste Lebensjahr überschritten. Der Sozialdemokrat hat er viele Jahre seine Kräfte gespendet. Er war vielleicht einer der ersten mit, die aus lautem „Kameradschaftlichkeit“ aus dem Militärverein ausgeschlossen wurden. Das wird ihm mit angespornt haben, sich voll und ganz unserer Partei zu widmen. Während der Zeit des Ausnahmezustandes, wo der Bismarckische Verfolgungswahn Orgien feierte, stellte Streune seinen Mann in allen Fällen. Seine Tätigkeit für die Partei wurde auch von Seiten der Staatsgewalt gewürdigt, was dadurch zum Ausdruck kam, daß unser Genosse Staatspension beziehen durfte. Als langjähriger Kreisvertrauensmann hat er aber trotzdem der Polizei manches Schnuppern geschlagen. Regelmäßig wurde das Parteivorwerk des Sozialdemokraten während des Sozialistengesetzes in Lunzenau verbreitet. Diese Aussaat hat gute Früchte getragen. Wurden doch bei den Faschingswahlen im Jahre 1887 in Lunzenau, wo der Wahlkreiswinde in ganz Deutschland engross betrieben wurde, bei nahe 500 Stimmen für die Sozialdemokratie gewählt. Für Streune war der Tod ein Erlöser. Seit langem war er an das Zimmer gefesselt. Ehre seinem Andenken.

Plauen. Zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen hat die Stadt auf Neuaer Flur Bauland zur Verfügung gestellt. Gegen 400 Kleinwohnungsgebäude können auf dem großen Baugelände, das beliebig erweitert werden kann, errichtet werden. An geeignete Bewerber wird Baugrund zum Preise von 2 M. für den Quadratmeter abgegeben. Laut Beschluss der städtischen Kollegien sollen die von der Stadt auf Neuaer Flur schon errichteten Kleinwohnungshäuser, die als Lehr- und Musterbeispiel gelten, zu angemessenen Preisen veräußert werden. In beiden Fällen sichert sich die Stadt das Wiederkäuferecht. Die Stadtverordneten stimmen den Vorschlägen des Rates zu.

Tetsnig. In der letzten gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Kollegien wurde über ein Geschäft der Ortskrankenkasse um Verschmelzung der Gemeindekrankenkasse Radebeul, Böhlberg und Lauterbach mit der Ortskrankenkasse verhandelt. Bei der Begründung dieses Antrages durch unsere Genossen wurde betont, daß eine große Kasse den Versicherern mehr Vorteile bieten könnte und die Betriebsklassen für die Arbeiter nachteilig seien. Bürgermeister Dr. Schanz erklärte sich aber dagegen und meinte, wenn dieser Antrag angenommen werde, würden verschriebene Fabrikanten aus der Ortskrankenkasse austreten. Stadtrat Koch bemerkte, daß seine Betriebskrankenkasse mehr Vorteile für die Arbeiter hätte als die Ortskrankenkasse. Dabei verzögerte er sich zu der Behauptung, der Antrag bediente nur, mehr Beamte einzustellen, um gewisse Leute unterzubringen. Unsere Genossen wiesen den Herrn seine totale Unkenntnis auf dem Gebiete des Krankenfassens nach. Ganz besonders bezeichnet ist aber wieder das Verhalten des Bürgermeisters, des bekannten konservativen Landtagsabgeordneten. Einem in sozialen Dingen reaktionäreren Kopf dürfte es kaum geben.

Alle Nachrichten aus dem Lande. Im Erholungsheim zu Tröbnig bei Werda beginnt der dort zur Zeit weilen 52-jährige Pfarrer W. aus Brackwede in Westfalen in einem Schwermutteranfälle Selbstmord, indem er sich in seiner Stube erhängt. Eine gewaltige Gasexplosion ereignete sich in dem Laden eines Grundstücks am Markt zu Leisnig. Vermutlich durch einen Defekt an der Gasleitung war nachts Gas in großen Mengen entzündet. Am Morgen ereignete sich die Explosion, die das ganze Säuerliche Hausgrundstück erschütterte. Der Luftdruck war so gewaltig, daß mehrere Fenster, darunter zwei Schaufenster, zertrümmert, die Türen der ersten und zweiten Etage aufgesprengt wurden. Auch das Dach wurde arg beschädigt.

Aus den Nachbargebieten.

Der Maizugumzug verboten.

Die polizeiliche Polizei, die Jahre lang jeden Trupp Arbeiter, die am 1. Mai in zwangloser Weise spazieren gingen, als einen Maiumzug einschätzte und vom Gericht als verbotenen Umzug bestrafen ließ, war im letzten Jahre von ihrer Praxis abgegangen und hatte den Umzug am 1. Mai genehmigt. Selbstverständlich war die Feier in vollster Ordnung verlaufen. Trotzdem ist sie in diesem Jahre zu ihrer alten Praxis zurückgekehrt und hat die nachgeführte Genehmigung zu dem Umzug ver sagt, und zwar, weil im Hinblick auf die herausfordernde Eigenschaft des Aufzuges zu befürchten sei, daß die öffentliche Sicherheit

gefährdet werde! Den Umschwung in der Haltung der Polizei hat offenbar die neueste Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts zu der Sache bewirkt.

Ein elstiger Gattenpolizist.

Die Eisenacher Tagespost berichtet über eine interessante Gerichtsverhandlung, in der der Kriminalpolizeibeamte Hermann Eising eine merkwürdige Rolle gespielt hat. Eising, der bis voriges Jahr in Erfurt war, verschaffte sich in Eisenach hauptsächlich Gattenpolizisten. Schon kurz nach seinem Dienstantritt waren die Folgen seiner Tätigkeit bemerkbar; das Gericht hatte sich mit einer ganzen Anzahl Kupplerelanzügen zu befassen, die er gegen Gastwirte erstattet hatte. Aber einzelne hatten ein positives Ergebnis und in diesen Fällen ging der neue Beamte in recht eigenartiger Weise vor. Er stellte die Namen einer ganzen Reihe Kellnerinnen fest, die während einer Zeit in einem Lokale tätig waren, nannte sie als Zeugen und ließ sie eilig vernehmen. War dann eine dabei, die etwas einräumte, dann war der Gastwirt, der vielleicht tatsächlich nichts von dem strafbaren Vorgänge in seiner Wirtschaft gewusst hatte, der Kuppler überführt. Eines Tages erhielt die Kellnerin eines Gastwirts, gegen den auch ein Verfahren wegen Kuppleri abhängig gemacht worden war, einen mit "E" unterzeichneten Brief, in dem sie um ein Mandat verzweigt wurde. Sie ging hin, traf Eising, der zu einem Spaziergang nach einem Höfchen veranlaßte. Bei diesem legte E. dem Mädchen die Photographien einiger Männer mit der Frage vor, ob diese in ihrem Lokal verkehrten. Der Spaziergang wiederholte sich noch einmal. Die Kellnerin erzählte dem Wirt, bei dem sie in Stellung war, von diesen Spaziergängen, so auch, daß sie mit E. von dem Kupplerelanzügen, das gegen den Gastwirt erhebt, gesprochen habe, und sie erzählte weiter, E. habe durchdrückt lassen, er wolle die "Sache niederschlagen". Die Sache kam zu Ohren der vorgesetzten Behörde Eisingens, die gegen ihn ein Disziplinarverfahren einleitete. In diesem wurde festgestellt, daß der Wachtmeister angesetzt, die Spaziergänge in "amtlicher Eigenschaft" ausgeführt zu haben. Die Folge der Untersuchung war eine Anklage gegen die Kellnerin, die unbeschuldet ist und als ein ordentliches Mädchen gilt, wegen verleumderischer Beleidigung des Polizeiwachtmeisters. Die Verhandlung endete mit der kostloren Freisprechung.

Ob dem überzeugigen Gattenpolizisten nunmehr das Handwerk gelegt wird?

Schlesien. Bei dem hierigen Amtsgericht ist der Antrag zur Versteigerung des Grubensfelds Alexander, das im Wettergrund liegt und auf die Gewinnung von Gold verliehen ist, gestellt worden. Die Verleihung der Bergwerksgerechtigkeit ist erst in neuerer Zeit, nämlich im Jahre 1888 erfolgt. Sie ist aber nie ausgelobt worden. Das Grubensfeld deckt 38 000 Quadratmeter Fläche. Die Eigentümerin, die Gewerkschaft Alexander in Frauenwalde a. d. O., ist jetzt in Konkurs versunken. Der Konkursverwalter hat, um es für die Konkursmasse zu verwerten, die Versteigerung beantragt. Dass eine "Goldgrube" versteigert wird, dürfte nicht alle Tage vorkommen.

Sonneberg. In der letzten Gemeinderatssitzung war mitgeteilt worden, daß der vom Magistrat mit dem Aufsichtsrat der städtischen Uhren beauftragte Gewerbetreibende ein sehr tüchtiger Uhrmacher sei. Dazu wird unseres Pariser Blattes geschrieben, daß der Betreffende über haupt kein Uhrmacher, weder als solcher gelernt, noch eine Prüfung als Geselle oder Meister gemacht habe und sonach gar nicht berechtigt sei, sich Uhrmacher zu nennen. Das Abrechnungsbuch bezeichnet den Betreffenden auch nicht als Uhrmacher, sondern als Kugelauengenießer. Der hierige Volksfreund bemerkt dazu, daß der betreffende Gewerbetreibende seit Jahren die Uhren, die nicht im städtischen Besitz sind, aufzieht und repariert; er sei also Uhrmacher, ob er eine Prüfung als Gehilfe oder als Meister gemacht habe oder nicht, das ändere an dieser Latsche nichts.

Greiz. Das Fürstentum Reuß a. L. ist noch einer der wenigen thüringischen Staaten, in denen Chausseegeld erhoben wird. Aber auch hier soll nun endlich diesem Verkehrshemmnis das letzte Stündlein schlagen. Der Landtag hat beschlossen, daß Chausseegeld aufzuhören.

Aus der Umgebung.

Um die Pension des Erschöpfmanns.

Das Oberverwaltungsgericht in Dresden verhandelte in einer Klage des früheren Schuhmanns Köhler gegen die Gemeinde Schönefeld auf Gewährung von Pension. Der Kläger stand seit 15. September 1907 als Schuhmann in Diensten der Gemeinde. Den Anlaß zu dem vorliegenden Prozeß gab ein Bericht, den R. über einen Unfall erstattet hat, der ihn angeblich in der Nacht zum 18. Juli 1910 betroffen hat. Der Bericht, den er hierüber dem Gemeindevorstand erstattete, datiert auffälligerweise aber erst vom 26. Juli, also vierzehn Tage nach dem behaupteten Unfall. Nach dem Bericht war es dem R. in der fraglichen Nacht zwischen 2-4 Uhr, als er auf einem Patrouillengange die Hauptstraße passierte und an dem Friedhof vorüberkam, als ob er ein Geräusch wahrnahm, das vom Friedhof herüberklang. In der Vermutung, daß sich dort jemand etwas zu schaffen mache, ist er eine zur Kirche hinaufführende Treppe emporgestiegen. Beim Heruntersteigen ist er im Finstern auf einen harten Gegenstand getreten, gestrauchelt, ein paar Stufen herabgestürzt und mit dem Kopf auf das Steinpflaster aufgeschlagen. Infolgedessen hat er die Beinnung verloren. Als er wieder zu sich kam, lag der Helm ein Stück neben ihm. Wie lange er dort unbewußt gelegen hat, weiß er nicht. Er hat sich dann nach der Polizeiwache begeben, wo sich noch ein Schuhmann befand.

So der Schuhmannsbericht. Wegen dieses Unfalls hat R. auf Grund des sächsischen Beamten-Unfallfürsorgegesetzes Klage erhoben auf Pension in Höhe von 1000 M. = 60% Prozent seines zuletzt bezogenen Dienstinkommens von 1500 M. Ursprünglich ging sein Klageanpruch sogar noch weiter. Die Klage ist im Mai 1911 erheben worden. Nach dem Unfall hat R. in ärztlicher Behandlung gestanden. Im Deut. Zeugnis des Dr. Arras vom 2. November 1910 lautete die Diagnose auf traumatische Neurose; es wird darin gesagt, Kläger ist dauernd erwerbsunfähig und niemals wieder zu Schuhmannsdiensten zu verwenden. Im Januar, Februar 1911 befand er sich im Erholungsheim Naunhof, aus dem er als dauernd erwerbsunfähig entlassen worden ist. Vor dem Unfall will R. ferngestellt

Die Gemeinde weigert sich, Pension zu zahlen, und behauptet, der Unfall sei gar nicht vorgekommen, Kläger simuliere. Wenn sich aber auch wirklich auf den Standpunkt stellen sollte, daß der Unfall wirklich passiert sei, so ist dieser auf jeden Fall nur sehr leicht gewesen und ein Kausalzusammenhang zwischen dem Unfall und den behaupteten Beschwerden des Klägers nicht erwiesen. Die Annahme des Vorliegens von Simulation fließt die Gemeinde auf die Gutachten des Dr. Schmidt in Leipzig und des Privatdozenten Dr. Quenzel, in deren Behandlung Kläger gestanden hat. Dr. Quenzel sagt nämlich in seinem Zeugnis, er könne nicht beurteilen, ob der Unfall sich so zugegetragen hat, wie es der Kläger schildert, es liege nur leichte Nervenschwäche vor, die bei sachgemäßer Behandlung bald behoben sein dürfte. Die Gemeinde behauptet auch, daß der Kläger schon vor dem Unfall über neuroseBeschwerden an seinen Kollegen geklagt hat.

Die Kreishauptmannschaft Leipzig hat die Gemeinde zur Zahlung von Pension für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit des Klägers verurteilt, indem sie sich an die ärztlichen Gutachten des Dr. Quenzel und Dr. Arras anlehnt, den Unfall und auch den Kausalzusammenhang als erwiesen ansah, aber eine dauernde Erwerbsunfähigkeit annahm.

Gegen dieses Urteil haben beide Parteien Bekanntmachung eingeleitet. Der Kläger fühlt sich beschwert, daß die Vorinstanz nicht dauernde Erwerbsunfähigkeit festgestellt hat, und die Gemeinde wiederholt, daß der Unfall völlig unbewiesen ist und daß Simulation vorliegt. Von einer völligen Erwerbsunfähigkeit könne beim Kläger überhaupt keine Rede sein.

Aus dem Alten wird noch festgestellt, daß der Kläger am 9. April 1912 aus disziplinellen Gründen von der Gemeinde entlassen worden ist. Im September 1912 hat der Amtshauptmann beschlossen, ihm 1000 M. Pension zu gewähren bis zur Erledigung des schwedenden Prozesses. Gegen seine Dienstentlassung hatte R. Rechts bei der Amtshauptmannschaft erheben mit dem Erfolg, daß die Dienstentlassung als zu streng angesehen wurde und aufgehoben wurde. Der Gemeinderat hat sich aber vorbehalten, noch disziplinell gegen den Kläger vorzugehen. Ferner wurde noch festgestellt, daß R. im Jahre 1901 in Leipzig als Stadtgendarm angestellt worden ist. Im März 1905 wurde ihm jedoch gefeuert, weshalb wurde aber nicht mitgeteilt. Nach erfolgter Kündigung hat er über Rheumatismus geklagt und Pension verlangt, weil er sich die Krankheit in Ausübung seines Berufs gegenüber haben wollte. Sein Pensionsanspruch ist aber damals zurückgewiesen worden und R. hat sich dabei auch beruhigt. Dieser Kläger lebt in Hamburg, wo er eine Privatstellung angenommen hat.

Der Gemeindevorstand führte in der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht — Kläger war nicht erschienen, auch nicht vertreten — noch aus, daß die Gemeinde den Kläger noch als ihren Beamten betrachte, sie beanspruche jedoch dessen Dienstleistung nicht mehr und habe ihm ferner gestattet, sich nach einer anderen Stelle umzusuchen. Seine Frau habe er mittellos zurückgelassen; hätte die Gemeinde dies vorher gewußt, würde sie ihm niemals 60% Prozent seines Gehalts als Pension bis auf weiteres bewilligt haben. R. steht gegenwärtig sehr gut da, da er außer der Pension nun noch das Gehalt aus seiner neuen Stelle bezahlt. Die Behauptung, daß neuverdings beim Kläger Heilung eingetreten sei, wurde fallengelassen, es wurde auch zugegeben, daß Kläger als Schuhmann gegenwärtig dienstunfähig ist, dagegen wurde nach wie vor behauptet, daß der Unfall nicht erwiesen ist, und ferner bestritten, daß die Krankheit des Klägers auf den Unfall des Schuhmanns zurückzuführen ist. Die Gemeinde hat nämlich im März 1912 von dem Dr. Arras, der den Kläger fortgesetzt behandelt hat, ein neues Gutachten einfordert, in dem im Gegenzug zum früheren Gutachten desselben Arztes gesagt wird, es lägen alle Anzeichen einer progressiven Paralyse vor. Nach dem heutigen Stande der medizinischen Wissenschaft entspricht progressive Paralyse niemals durch einen Unfall. Nun hat allerdings auch der Kläger ein neueres Gutachten beigebracht, und zwar von Professor Dr. Döllken, der fast das Gegenteil befürwortet. Nach Professor Döllken leidet R. an Unfallhygieie, eine Besserung ist kaum zu erwarten. Progressive Paralyse liege mit Sicherheit nicht vor. Die Gemeinde gibt jedoch auf dieses Gutachten nichts, denn nach der eigenen Angabe des Klägers soll Professor Döllken ihn nur einmal flüchtig untersucht haben. Die Gemeinde erklärt sich schließlich bereit, dem Kläger Pension zu zahlen, aber nur nach dessen Dienstjahren, also so, als wenn er während seiner Dienstzeit frisch geworden wäre, jedoch nicht infolge eines Unfalls. Die Pension würde sich allerdings wesentlich niedriger stellen.

Das Oberverwaltungsgericht hat das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache zur anderenen Verhandlung und Entscheidung an die Kreishauptmannschaft zurückgewiesen. Begründend wurde ausgeführt, daß zu der Frage, ob der Unfall tatsächlich stattgefunden hat, schon in der Vorinstanz Beweisanträge gestellt worden sind, denen zu Unrecht nicht stattgegeben worden sei. Die Kreishauptmannschaft werde nun das Versäumte nachzuholen haben.

Es wird sich also somit noch herausstellen, ob der Erschöpfmann simuliert oder nicht.

Paunsdorf. Gute Agitation in der Schule. Der schulsozialen Jugend wird gegenwärtig überall die größte Aufmerksamkeit zugeschenkt. Auch hier bemüht man sich von Amt wegen im Sinne der "vaterländischen" gelben Jugendpflege. Da hat z. B. der Schuldirektor Dr. Voigt zum wiederholten Male bei der Schülerentlassung eine im Stile des Reichsverbands zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gehaltene Jugendpflegerei zum Besten gegeben, in der er äußerst scharfe Angriffe gegen die Partei und die Gewerkschaften schleuderte. Unter anderm warnte er die jungen Leute, da sie nun den Geist des Lebens erfahren würden, nicht Hezern und Wörgeln in die Hände zu fallen, deren Bestrebungen nur immer auf Erhöhung des Lohnes hinausliefen und die ihnen das Geld für Beiträge aus der Tasche zögern. Die jugendlichen Arbeiter sollten die Arbeit vielmehr als ehres Ideal auffassen, das den Geist und Charakter des Menschen erhebe. Selbstverständlich haben derartige Auslassungen eines Lehrers stets einen bedenklichen Nebengeschmack — nämlich für den Lehrer selbst. Die jungen Leute tun meistens das genaue Gegenteil von dem, was der Lehrer wünscht. Ob das zur Geduld des Ansehens des Lehrers beiträgt, muß sehr beweisst werden. Abgesehen von allem anderen, muß unter solcher Agitation auch das gute Einvernehmen zwischen Schule und Haus leiden. Morgen, Freitag, spricht in einer öffentlichen Einwohnerversammlung im Neuen Rathaus Reichstagsabgeordneter Tambadel aus Görlitz. Hier wird sich Gelegenheit finden, auf diese Art schulmäßliche Tägigkeit einmal näher einzugehen, wobei das Nötige dazu gesagt werden wird. Diese Sorte Jugendtreiterei in der Schule, wie sie jetzt Mode geworden ist, muß einmal richtig gekennzeichnet werden. Deshalb, alle in die Versammlung! Der Schuldirektor und die Jugendkommission sind eingeladen.

Brandis. Zur Krankenversicherung. Dem Stadtkreisgemeinderat lag in der letzten außerordentlichen Sitzung ein neuer Entwurf der Amtshauptmannschaft Grimma vor über die Gestaltung der Krankenversicherung in den Kreisen nach dem 1. Januar 1914. Der Entwurf bringt nichts Vorstehendes für die Versicherungen. Der Bezirk, den jetzt die Gemeindekrankeversicherung Brandis und Umgegend umfaßt, soll sowohl eine Orts- als auch eine Landkrankenversicherung erhalten, und so ist es in den anderen Bezirken ebenfalls. Es mag sich hier der Einstuß, den die Agrarier im Bezirkssatzschuh haben, bemerkbar. Das Bestreben dieser Kreise, das ländliche Krankenversicherungswesen möglichst herabzudrücken, hat sogar die Amtshauptmannschaft veranlaßt, zu erklären — im Falle Goldi-Land — sie werde noch weitergehende Bestrebungen, die gewerblichen Arbeiter etwa in Landkrankenversicherungen zu verteidigen, nicht mitmachen, die Amtshauptmannschaft werde keine Genehmigung erteilen, das Oberverwaltungsamt ebensoviel, und auch das Ministerium würde nicht genehmigen, daß die Errichtung von Ortskrankenversicherungen unterbleibe. Da die Voraussetzungen vorhanden seien, sollen Ortskrankenversicherungen errichtet werden. Aber, agrarisch ist Trumpf. Die großen Rittergüter regieren eben für sich, neben der Amtshauptmannschaft. Ausgabe der Versicherungen muß es jetzt sein, ihren Einstuß geltend zu machen, damit in den vorwiegend industriellen Bezirken die Schaffung von Landkrankenversicherungen unterbleibt. Die Landwirtschaft kann sehr wohl auch das leisten, was Industrie und Handwerk leisten müssen. Die Arbeiterschaft in den Landorten mag deshalb auf dem Posten sein.

Deutsch-Gaußsch. Verbesserung der Fernsprechverhältnisse. Dem Verein Daheim, der sich bereits im Jahre 1911 mit einer Petition um Verbesserung der Fernsprechverhältnisse an den Reichstag gewandt hatte, ist nach einem Bericht im Deutschen Lokalblättern auf eine neuere Ingabe vom 12. Februar folgende Antwort vom Reichspostamt eingegangen: „Die Verbesserung der Fernsprechverhältnisse von Deutsch-Gaußsch ist hier seit mehreren Jahren Gegenstand besonderer Erwähnungen gewesen. So lange indes nach Nummer 9 der Ausführungsbestimmungen zur Fernsprechgebührenordnung bei der Anschaltung von Fernsprechstellen an eine andere als die nächste Vermittelungsanstalt ein Aufstossguth für die innerhalb der Grenze von 5 Kilometer mehr herzustellende Leitungsstrecke zu erheben war, war eine den Wünschen

der Beteiligten entgegenkommende Regelung der Angelegenheit nicht angezeigt. Nachdem kürzlich eine Änderung der Nr. 9 seiner Ausführungsbestimmungen mit Wirkung vom 1. April ab eingetreten ist, daß der Aufstoss für das Deutsche Reich, Seite 172, können nunmehr Fernsprechstellen in Deutsch-Gaußsch an die Vermittelungsanstalt in Leipzig angeschlossen werden, ohne daß ein Aufstossguth zu entrichten ist. Voraussetzung für die Anschaltung nach Leipzig ist, daß der Anschlussnehmer ein berechtigtes Interesse hieran nachweist, und daß dem Antrag vom Standpunkt der Reichs-Telegraphenverwaltung seine besonderen Bedenken entgegensehen.

Die Gebühr für Anschlüsse in Deutsch-Gaußsch wird sich weiter ermäßigen, sobald die im Gange befindliche Umgestaltung des Leipziger Fernsprechnetzes durchgeführt sein wird. Weder brauchen die Sprechstellen in Deutsch-Gaußsch nicht mehr unmittelbar an die Hauptvermittlungsanstalt in Leipzig herangeführt zu werden; sie werden vielmehr an ein Hilfsamt in Connewitz angeschlossen werden, das den Anrufer des Teilnehmers selbsttätig an die Hauptvermittlungsanstalt weiterleitet. Gebühren für ausländische Leitungsstrecken werden dann nur noch für Anschlüsse erhoben, die in der Zustellzone weiter als 5 Kilometer von dem Hilfsamt entfernt sind.“

Großschocher-Windorf. In der Gemeinderatssitzung vom 14. April wurde beschlossen, das Ausdrucken von Bieren anstatt des Klingels in Hofgrundstücken wiederum zugelassen. — Aus Staatsmitteln sind für dieses Jahr der Gemeinde 800 M. als Begebaubehilfe überwiesen. Das Baugesuch von Wedewitz um Genehmigung zur Errichtung einer elektrischen Waschsalone soll so lange zurückgestellt werden, bis die Streitigkeiten wegen des Zugangs zum Grundstück geregelt sind. Für die Beschaffung von Möbeln für das Gemeinderatszimmer hat Tischlermeister Seiler in Gaußsch den Zuschlag für 500 M. erhalten. Das Schreiben der Amtshauptmannschaft wegen Zurückziehung des Reklams, den die Gemeinde erhoben hat gegen die Gründung einer Ortskrankenkasse, wurde einstimmig abgelehnt. Die Plasterungsarbeiten in der Hauptstraße, einschließlich der Fußwegherstellung am Aichplatz wurden dem mindestfördernden Steinzeugmeister Walther für 18 452 M. übertragen. In den Kostenabschlägen für die Errichtung eines Fließbades macht der Bauausschuß folgende Vorschläge: Die Zimmerarbeiten vom Zimmermeister Schilde hier für 5500 M., die Maurerarbeiten von Horn in Schleusing für 1047 M., die Glaserarbeiten von Lehmann hier für 237 M., die Arbeitskosten von Schmid in Schleusing für 148 M. ausführen zu lassen. Dem wurde zugestimmt. Auf Antrag Dennhardt wurde beschlossen, die Maurerarbeiten an den hierigen Unternehmer Voigt zu vergeben, wenn dieser in die Preise des Herrn Horn aus Schleusing eintritt. Die Preisabschläge beträgt nur 52 M. — Einem weiteren Vorschlag des Ausschusses, sämtliche Gebäude im Pestelschen Grundstück sowie das Stallgebäude neben dem Armenhaus wegen Durchführung der Mittelstraße nach dem 1. Juli abzubrechen und die provisorische Eingänzung der Straßenschlucht vorgenommen, wurde zugestimmt. — Der Bauunternehmer Schilde bat in einem Schluß um einen Geldbeitrag für ausgeführte Maurerarbeiten bei der Gemeinde. Der Finanzausschuss empfahl Ablehnung. In Laufe der Debatte wurde der vom Bauausschuß früher gemachte Vorschlag, Schilde mit 150 M. zu entschädigen, wieder aufgegriffen und mit 7 gegen 7 Stimmen durch die Entscheidung des Vorstandes zum Abschluß erhoben.

Böhlin-Greenberg. Selbst in ord. Dienstag nachmittag erhangt sich in ihrer Wohnung die Ehefrau des Radfahrhändlers Böhl. Als Grund wird Krankheit angegeben.

Abenthal. Scheuerfest. Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleiben das Gemeindeamt, die Sparkasse und Gemeindekrankeversicherung Sonnabend, den 10. April d. J. für allen öffentlichen Verkehr geschlossen. Dringliche Angelegenheiten werden an diesem Tage vormittag von 10 bis 11 Uhr erledigt. Die Krankengeldauszahlung bei der Gemeindekrankeversicherung erfolgt Montag, den 21. April.

Bvereine und Versammlungen.

Die Holzarbeiter hielt am 9. April eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Bevölkerungsrat gab Bericht über die Vertragsbewegung. Die Tischlerinnung hat den Vertrag nicht mit unterschrieben, obwohl ihre Vertreter mit verhandelt haben. Langwierige Verhandlungen erforderte die sinngemäße Auslegung der Lohnzulage auf die Amtskontingenzen in allen Branchen. Die Amtskontingenzen konnten deshalb noch nicht allenthalben zum Abschluß gebracht werden. An alle Holzindustrielle, die nicht im Schuhverband sind, ist eine Auflösung zum persönlichen Vertragsabschluß ergangen. Es sind bereits eine größere Anzahl unterschriebener Verträge zurückgekommen; auch sind bereits Verhandlungen mit einzelnen Unternehmern gepflogen worden. In der Musterindustrie versuchten mehrere Unternehmer, einige Spezialbranchen als nicht zum Vertrag gehörig abzuschließen. Eine besondere Methode versucht der Pianofabrikant Frank in der Gustav-Adolf-Straße anzuwenden, um die vereinigte Lohnherhöhung zu umgehen. Er willigt zwar 4 bis 7 Prozent Lohnherhöhung, glaubt aber berechtigt zu sein, ebensoviel in Abzug zu bringen, da er in seiner Fabrik Tropfheizung legen lassen. Hierbei wird dieser Herr leider durch einen Vertrauensmann der Friedrich-Duncker'schen in seinem Vorhaben unterstellt. Weder die Ausführungen des Redners enthalten eine sehr lebhafte Debatte. Besonders wurde der niedrige Prozentzufluss bei höheren Amtskontingenzen in der Musterindustrie scharf kritisiert. In die Schlichtungskommission wurden die Kollegen Gerde, Görlich, Schubert, Müller, Moser, als Erstgelehrte gewählt. Die Gesamtverwaltung beantragte eine Unterstützung der ausgestreuten arbeitslosen Kollegen, und zwar nach einer Woche Karentzeit und an alle diejenigen, die mindestens 52 Beiträge in Leipzig gezahlt haben, für zwei Wochen nach dem Stoffel des Hauptvorstandes. Diese Regelung soll nur eine vorläufige sein, da zweifellos die größere Arbeitslosigkeit durch die angebrochene Ausperrung der Unternehmer verursacht sei. Eine endgültige Beleidigung soll in der nächsten Mitgliederversammlung stattfinden. Ein weiterer Antrag, die Unterstützung auf drei Wochen zu zahlen, stand die Zustimmung der Versammlung. Der Bevölkerungsrat gebot mit herzlichen Worten der 25jährigen Mitgliedschaft den Kollegen P. Ohm.

Die Chausseure von Leipzig und Umgegend hielt am 4. April im Restaurant zum Kästebau eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Franz Schmidt hielt einen interessanten Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Als Delegierter zur Konferenz Deutscher Verkehrautomobilfahrer am 16. und 17. April zu Berlin wurde Kollege Karl Krause gewählt. Die nächste Versammlung wird am 18. April abgehalten.

Die Baurbeiter von Touha nahmen in der Versammlung am 11. April die Abrechnung des Kassierers vom ersten Quartal entgegen. Auf Antrag der Revolutions wurde der Kassierer entlastet. Bedauert wurde das Verhalten des Vorstandes der Fabrikarbeiter betreffs des Übertritts vom Verbande der Baurbeiter zu dem der Fabrikarbeiter. Zur Maifeier sind die Belegschaften von früher bindend. Gesammelt und verlesen wird hierzu im Restaurant Deutsches Haus.

Füllenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Freitag:

Speiseamt I (Johannisthal 9): Speise-Kartoffelküchen mit Salaten.

Speiseamt II (Döpkestraße 1): Rest und Kohlbad mit Rindfleisch.

Speiseamt III (Ringstraße 20): Kartoffelküchen und Würste mit Schweinefleisch.

Speiseamt IV (Stegelgrätzje): Kartoffelküchen mit Rindfleisch.

Speiseamt V (Wernerstraße 33): Grüne Erbsen und Würste mit Rindfleisch.

Speiseamt VI (Leutz, Dahlische Straße 10): Kartoffelküche mit Rindfleisch und Brot.

Speiseamt VII (Wettinerstraße 3): Rüggen

3000 garnierte Damenhüte, Kinderhüte und Formen

sollen spottbillig verkauft werden. — Benutzen Sie nachstehende unvergleichlich vorteilhafte Offerte



Kleine
neue Form
mit Band- und
Rüschen - Gar-
nitur in 7.80
all. Farb.

leere Form, Tagalgeflecht 4.50



Eleganter
schicker Hut
wie Abbildg.
8.50

leere Form, Tagalgeflecht 3.80



Kleiner
neuer Hut
sehr schick
wie Abbildg.
6.50

leere Form 2.80



El. Tagalform
schicker
Frauenhut,
sehr kleidsam
11.80

leere Form,
acht Tagal 5.60



Jugendlicher
Hut
3.90

leere Form 1.50



Aparter Kinderhut
2.20 2.90 3.50 3.80 5.80

leere Form 1.30



Aparter Kinderhut
4.30 4.50 4.90 5.50

leere Form 1.80 1.90 2.25



Kleiner Hut
ausserst schick
wie Abbildung
6.70

leere Form, Tagalgeflecht 4.30

Damenputz Elisabeth Schulze, Leipzig

I. Geschäft: Katharinenstrasse 13
II. Geschäft: Königsplatz 7 (an der Markthalle)

Die höchste Vollendung

in Schnitt und Ausstattung

zeigen unsere Herren-Anzüge.

Herren-Anzüge

in den neuen braun.
Tönen
sehr feisch verarbeit.

24



Herren-Anzüge

gediegene
Stoffqualitäten
elegante Ausstattg.
Mark

34

Unsere grosse
Leistungsfähigkeit
drei Preislagen.

Herren-Anzüge

ausserst gediegene
Qualität, hervorrag.
schick im Schnitt
Mark

44



Cutaway u. Weste das hochmoderne Kleidungsstück für Salons
u. Strasse, feine gediegene marengo Quali-
tät, feisch verarbeitet 33 36 40 44

Gebr. Manes
Leipzig, Reichsstrasse 11 Ecke Salzgässchen.

Nasloher mit Petroleumheizung (D.R.P.) 8.00 M.
Nasloher Heizkraft, schnellfeuernd, voll-
ständig gefahrlos. Bester Heizofen f. kleine Räume u.
Gäuden. Otto Friedrich Nachl., Leipzig, Nordstr. 25
Spezialgeschäft f. Feuergeräte, Gas- u. Petroleumlampen.

Neue Geschichten aus dem Tierleben
von Arno Marx, gebunden 1.80 M., empfiehlt
Leipziger Buchdruckerei A. G.

Dauerh. Bettstellen mit guten
Sprung-,
Matratzen (beste Arbeit) 25.-
G. Böhme, Tap., vis-a-vis Pant.
Dresdner Str. 23, S. Geb. I.

• Eilenburg •

Schnellbesohl-Anstalt

Inhaber: P. Neubort
leider sehr, sehr u. bill. Arbeit.

Zigarren u. Zigaretten empf. **G. Raute.**

Beste u. streng reelle Bezugsg-
quelle für sämtliche
Herren-, Jünglings- u.
Kinder-Bekleidung.

Filzhüte und Pelzwaren empfiehlt
Gust. Friedrich, Leipziger Str. 3.

Gelegenheits-Geschenke
Verlosungs-Artikel billig Kaufhaus Heilpfern.

Burger Schuhwaren: Torgauer Str. 37. Gut u. billig.

Filzhüte und Pelzwaren, Mützen in großer

Auswahl empfiehlt Fr. Rüssner, Breite Str. 1.

Ellenburger Stadtbrauerei empfiehlt ihre

ff. Biere.

A. Gräbel, Leipziger Str. 25, Schuhwaren, Wäsche, Reise.

Steinstr. 1 :: Abholstelle
Abonnementssatz bei Abholung 70 Pf.

Sozialdemokr. Wahlverein.

Sonnabend,
den 19. April Generalversammlung im Tivoli.

J. Meyerstein, Herren- u. Knabenkleidung, Liefer. d. Konsum-
vereins, Torgauer Str. 37. Verteilung Gewinnzettel für jeden Arbeiter.

Für Mutters Liebling

empfiehlt der
Baby-Bazar
eine sämtl. Artikl.
i. größt. Auswahl
bei bill. Preisen.



Paul Prinsky, Lindenau
Gundorfer Straße. 12077

Badische Revolutions-Geschichten

aus den Jahren 1848-1849
von Wilhelm Mög
broch. 1 Mark
empfiehlt
Leipziger Buchdruckerei A. G.

Bade- u. Schwimm-Anstalten

Königin Neulergerichtet: Dampf- u. Lichtbad
i. Dam. u. Herren, jed. Tage, Schwimm-
halle, Schwimm-Unterricht, Dienst. 20,-
Dresdner Str. 14b. Rind. u. 2-6U. 15,- Wannen- u. Kurbäd.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. April.

Geschichtskalender. 17. April 1774: Friedrich König, Gründer der Buchdruckerei, in Gleichen geboren († 1838). 1790: Der nordamerikanische Staatsmann Benjamin Franklin gestorben (* 1704). Der Botaniker und Ethnologe Karl Friedrich Philipp v. Martius in Erlangen geboren († 1868). 1804: Der Dichter Karl Henckel in Hannover geboren.

Sonnenaufgang: 5,1, Sonnenuntergang: 6,50.
Monduntergang: 3,50 vorm., Mondaufgang: 2,28 nachm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 18. April.
Südwestwind, meist bedeckt, mild, zeitweise Regen.

Städtische Finanzpolitik.

Seit einer Reihe von Jahren kämpfte der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Tobias, für die Schaffung eines städtischen Finanzamtes, um durch diese Einrichtung eine einfachere, übersichtlichere und weitausreichendere städtische Finanzpolitik herbeizuführen. Er hat sein Ziel erreicht, ein städtisches Finanzamt ist geschaffen, Bürgermeister Roth ist Leiter dieses Finanzamtes geworden, aber der Rat, dem die Einrichtung dienen soll, ist nicht nur nicht erreicht worden, wenigstens für die Stadtverordneten nicht. Ein geradezu tolles Stück ist es, wie der Rat Finanzpolitik treibt, und wie er mit den Stadtverordneten umspringt. Bis vor zwei Jahren legte der Rat den Stadtverordneten Rechnung über das verflossene Finanzjahr ab, ehe er neue Steuern bewilligte verlangte, dann versuchte er mit Erfolg die alte Gepflogenheit umzustößen, wonach die Stadtverordneten die Steuer an zwei verschiedenen Terminen auf je ein halbes Jahr bewilligten. Die Stadtverordneten gaben sich das zweite Bewilligungsschreit aus der Hand, obwohl sie aus der Praxis wußten, daß das Rechnungsergebnis der verbundenen Unternehmungen so ausfällt, daß im zweiten Termin ein geringerer Steuerjahrs angewandt zu werden brauchte. Nach diesem Erfolg ging der Rat in diesem Jahre noch einen Schritt weiter und verlangte die Steuerbewilligung, ohne den Stadtverordneten den Rechnungsausschluß vom vergangenen Jahre vorzulegen. Der Finanzausschussvorsitzende Tobias war in jener Sitzung (26. Februar) selbst Referent und — befürwortete das Verlangen des Rates. Schon im Ausschuss hatten sich die sozialdemokratischen Mitglieder gegen einen solchen Bewilligungsgesetz gewendet, ebenso dann im Plenum. So viel wußte Herr Tobias mitzutun, daß das Steuererträgns ein Jahr günstigstes sei, es sei jetzt schon ein Mehrertrag von 900 000 M. festgestellt, im ganzen sei die Mehreinnahme 1 379 000 M. Bei einer solchen Sachlage die Anwendung des 120prozentigen Steuerjars zu beschließen, war geradezu toll. Man könne dem Rat aber den Gefallen einmal ausnahmsweise tun, meinte Herr Tobias. Genosse Pollen der begründete den ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion. Wörtlich sagte er am Schluß seiner Erklärung, Steuern ohne jede rechnerische Unterlage zu bewilligen: „Es fehlt uns in dieser Belehrung, wenn ich saggen darf, das weite Gewissen eines großen Finanziers, um ohne derartige Unterlagen überhaupt zu einer Steuerablage kommen zu lassen.“

Wie reicht die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Abstimmung getan hat — ganz abgesehen selbstverständlich von den etatistischen Gründen —, das beweist die den Stadtverordneten gestern abend zugegangene Vorlage über den Rechnungsausschluß für das Jahr 1912. Danach beträgt der Kassenbestand nicht weniger als 4 072 492,48 M., nach Abzug der bereits bewilligten 728 030 M. bleibt ein verfügbare Kassenbestand von 3 349 462 M., gegen 2 569 548 M. im Jahre 1911. Die städtische Einkommensteuer ist um 484 538 M. höher, als angenommen wurde.

Die Elektrizität, Gas- und andern Werke haben 708 599 M. mehr, als veranschlagt war, gebracht, die Zuschuksonten erforderten 894 753 M. weniger, die Grund-, Grunderwerbs- und Hundesteuer haben 634 549 M. mehr, als veranschlagt war, gebracht. Die Städteleirei bringt 92 000 M. Überschuss. Das Staatseinkommensteuersoll ist von 1912 zu 1913 um nicht weniger als 1 246 518 M. oder 7,84 Prozent, gestiegen. So steht auch die städtische Einkommensteuer. Und angesichts dieser Finanzlage wird der 120prozentige Steuerjar ohne jede rechnerische Unterlage von den bürgerlichen Vertretern im Kollegium bewilligt! Man wird abzuwarten haben, ob sich das Bürgertum nicht bald gegen eine derartige Finanzpolitik des Rates und seiner Vertreter erheben wird, sitemalen es diese Politik doch am Geldbeutel sehr deutlich zu spüren bekommt.

Wie hohn müssen die Steuerzahler die Sätze des Bürgermeisters Roth aus der Sitzung vom 26. Februar empfinden: „dass man es in der Bürgerschaft durchaus freudig begrüßt, wenn man mit einem bestimmten Steuerjar zu rechnen hat.“ Zum Schaden noch den Hohn. Ob die bürgerlichen Vertreter sich nun im Kollegium auch wieder hinstellen werden, wie vor zwei Jahren, als die soeben beschlossene Blersteuer sich durch den Rechnungsausschluß als überflüssig herausgestellt hat, und erklären: „Wenn wir dies vorher gewußt hätten, so hätten wir wahrscheinlich nicht zugestimmt.“

Ordonnungen und Musik.

Eine wunderliche Geschichte über den Kritiker Walter Niemann.
(Von Wilhelm Peterson-Berger.)

Der Musikkritiker und Kritiker Walter Niemann in Leipzig gab 1908 bei Breitkopf & Härtel ein Buch *Die Musik Standardwelt* heraus. Dieses enthielt u. a. Urteile über die Musik W. Peterson-Bergers, die in einem so anerkennenden Ton gehalten waren, daß der Verfasser Gegenstand einer vollkommenen Kälte war, der die hiesigen Akademikern wurde. Herr Kurt Rang, strom ward dazu ausgesucht, in der deutschen Presse die Wirkungen dieses Kritikerverregenden Vobes zu mildern, und schrieb drei Jahre später in einer kleinen deutschen Musikzeitung, dem *Musikalon*, einige Aufsätze über moderne schwedische Kompositoren, in denen er Herrn Niemann wegen seiner Auffassung von Peterson-Berger heftig angegriffen und sogar offen andeutete, daß diese Auffassung die Frucht einer ungehörigen Einwirkung durch den Beurteilten sei.

Herr Niemann schien die Sache anfangs einigermaßen mit Gleichmut zu nehmen, aber die, übrigens durchaus unzuverlässige, schwedische Kritik — deren Eigenschaften jederzeit durch einen

Außdruck demonstriert werden können — schien doch ein Schlangenbiß gewesen zu sein, der nach und nach seine Seele vergiftet hat, wenn nicht direkt, so wenigstens indirekt, wie die folgenden Tatsachen zeigen dürfen.

1908 schrieb Herr Niemann über Peterson-Bergers *Italiens I Somras* (Nordischer Sommer): „Ursprünglich die Bildnis bezeichneten, sollten die einzelnen Nummern des lebendigen hochbedeutenden und Peterson-Bergers leichten Stil bezeichnenden Werkes, den eigenartigsten und poetischsten musikalischen Niederschläge, den Schwedens zauberhaften Natur überhaupt bis heute veranlaßt hat, Bilder und der nordisch-schwedischen Provinz Jämland geben.“ Unmittelbar vorher nennt er denselben Italiens „sehr wunderbar reich und so ganz neu und ursprünglich“ und stellt den Komponisten wegen der „ganz freien Tonalitätsbehandlung“ mit Meyer, Debussy und Rakhovsz zusammen.

1913 äußert sich Herr Niemann über dasselbe Werk in der Zeitschrift *Die Musik* folgendermaßen: „Else Gipsy, die poetische Temperamentspielerin, zeigte mit Griegs Ballade und Wilhelm Peterson-Bergers Nordischer Sommer nur, wie unendlich hoch Griegs Romantik über der matten, zart impressionistisch angedachten und konstruierten dieses sogenannten „schwedischen Lesung“ steht.“

Was hat diesen heftigen Umschwung hervorgerufen? Diese Frage darf ihre Lösung finden, wenn man erst eine andre beantwortet: Wann trat der Umschwung ein. 1908, 1910, 1910 erwähnt Herr Niemann Peterson-Bergers Musik im allgemeinen und Nordischer Sommer im besonderen noch in derselben anerkennenden Weise wie früher. Erst Ende 1911 oder Anfang 1912 schenkt eine Veränderung einzutreten. Gelegentlich eines im Dezember 1911 an Leipzig veranstalteten schwedischen Konzerts, in dem Peterson-Bergers Herbstlied aufgeführt worden war, schrieb Herr Niemann in seiner Zeitung, den *Leipziger Neuesten Nachrichten*, daß das Lied, dessen Namen und Verfasser nicht näher angegeben wurde, „nicht gut in den anspruchsvollen deutschen Konzertsaal passe“. Diese Neuerung schlägt Herr Niemann, gehörig angestrichen, an Herrn Peterson-Berger.

Aber vorher indes hatte dieser von seinem deutschen Kritiker einen über schwunglich liebendwürdigen Brief erhalten, datiert vom 12. November 1911. In diesem erklärt Herr Niemann, daß er, für seine musikalische Karriere, „dringend“ einer ausländischen Ordensauszeichnung bedürfe, und bat Herrn Peterson-Berger, er mögliche doch seine Belehrungen zu gewissen Mitgliedern der königlichen Familie benennen, um den nötigen Wink zu geben. „Meine Dankbarkeit wäre unbegrenzt und würde schon dem Komponisten Peterson-Berger zugute kommen.“

Ta der Adressat, etwas betroffen und verstimmt, ein paar Wochen mit der Beantwortung dieses eigentlich lächerlichen Schreibens warte, erhält er die erwähnte Zeitungsnr. als eine discrete Andeutung der Gesetzen, die eine abschlägige Antwort in sich schließen könnte. Da schlägt Herr Peterson-Berger unmittelbar einen Brief ab, in dem er einerseits scherhaft mitteilte, daß, da er einen gegen die von besonderer Unzüglichkeit Gnade bestrafte Opernleitung fröndiere, seine Beziehungen zum Königshause leider nicht derart seien, wie Herr Niemann sich vorstellen möchte, andererseits ernstlich das Unwürdige in dem gemachten Vorschlag hervorhob. Kurz darauf empfing er von Herrn Niemann einen außerordentlich eindrücklichen Brief, worin dieser alle seine früheren lobenden Urteile in amplitissima forma widrurst und mit der Erklärung schließt: „Gou zeigt ab sind Sie und Ihre Kunst mir nich tot.“

Da es jedoch dem bedauernswert schwachen, ordnungsgemäßen Kritiker nicht geglückt ist, diese Aussage vollständig durchzuführen, sondern er begonnen hat, seine neue Meinung, öffentlich darzulegen, läßt er eine Ausdeutung der Geschichten des Bellengewerkschaften folles vornehmen sein. Unsre musikalische Akademie, die schon bei der Veranstaltung der mystischen schwedischen Mußfest in Deutschland gezeigt hat, daß sie erkennt, welch beachtenswerter Faktor die Ordenskrankheit ist, die in gewissen geistigen Proletärtälerkreisen gräßt, hat hier eine vorzügliche Gelegenheit, einzugreifen und einen Appell zu befehlen, der sich zu dem rechten Glauben befreit hat. Über ist es wirklich wahr, daß eine schwedische Ordensauszeichnung nach den Sagungen dem nicht zuviel werden kann, der selbst nachweislich den Wunsch danach ausgesprochen hat?

Sowohl der Artikel, in dem schwedischen Blatt *Dem ordnungsgemäßen Nachrichtenkritik* Niemann ist zu empfehlen, sich mit seinem Verlangen an Kammerdiener zu wenden oder Haushälterinnen, die Beziehungen zu den ordensverlebenden Herrschaften haben; diese könnten ihm eher dienen als der Komponist. Sollte es aber auch zu lange dauern, bis der Piepmah festgestellt kommt, so könnte er sich mittlerweile einen von dem Herrschen geben lassen, der sie im Windhund mit großer Freigebigkeit austellt. Es geht doch nichts über die Schornalisten des Herrn Hirsch.

Über die gestrige Stadtverordnetenversammlung ist nur zu sagen, daß sie von außerordentlich kurzer Dauer war, obwohl einige Verhandlungsgegenstände eine längere Debatte herbeiführten geeigneter waren; so vor allem der Bericht des Finanzausschusses über die Hauptrechnung vom Jahre 1911. Auf die Rüge, daß das Tiefbauamt die Abschläge zu hoch einstelle, erwiderte der Dezernent des Tiefbauamtes, daß sie nicht zu hoch gemacht würden, es sei besser, daß Vorsorge getroffen würde, als daß mit Nachtragsforderungen an das Kollegium herangetreten werden müßte. Auf die andre Referatsbemerkung von der Unzulänglichkeit des Bahnhofsvorplatzes für den großen Verkehr, antwortet Herr Peters, daß das Nebel seitigt sei, sobald der gesamte Vorplatz für den Verkehr freigegeben sei, jetzt müsse sich der Verkehr auf den einen Hälfte des Vorplatzes abspielen und da stellten sich natürlich Unzuträglichkeiten heraus.

Herr Dr. Tschatzmann bemerkte in seinem Referat über das Ortsbaugesetz für die Südbvorstadt, daß die Ausschüsse die Benennung: Straße des 18. Oktober, für verfehlten, der Rat möchte sie doch umtaufen. Ob der Rat den Wunsch erfüllen wird, steht dahin, denn auf dem Gebiete der Straßenbenennung hat der Rat allein zu entscheiden, da dürfen ihm die Stadtverordneten nur Wünsche unterbreiten.

Bei der Beratung über die Gasrohrlegung und Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung wünschte Herr Röllig eine bessere Beleuchtung des Stilnzer Parks, wo bei er die schöne Nebelblüte produzierte, „der Rat sollte wenigstens abends dort für eine bessere Beleuchtung sorgen.“

Der öffentlichen folgte dann noch eine geheime Sitzung.

Sie sind doch sonst nicht so — die Neuesten Nachrichten nämlich. Jeder Quark wird gründlich breitgetreten. Und wehe, wenn Herr Hirsch in einem anderen Blatt etwas entdeckt, was seine Kulis nicht zu erspähen vermochten. Dann fachte er den Schuldigen ganz sicher verbath an den Ohren. Nun aber, da ein Urteil gegen die Nachrichten gefällt wurde, in dem es heißt, daß der Widerklager rechtig war, den Chefredakteur der Nachrichten einen Chrabachneider zu nennen, versagt urplötzlich das schornalische Geschick der Nachrichtenmänner. Sie enthalten den Lesern dieses Blattes einen Bericht über die Gerichtsverhandlung vor. Drei Tage nach dem Prozeß enthält das Blatt über seine ureigenste Angelegenheit noch nicht eine

einzige Silbe. Verlegen laufen die Nachrichtenschornalisten am Federhalter und beratschlagen darüber, ob es nicht ratsamer ist, künftig den Gerichtsteil überhaupt wegzulassen. Und Herr Hirsch wird schließlich, um die Nachrichten aus dem Schlamassel zu bringen, zustimmen. . . Oder auch nicht? Gibt es schließlich wieder eine Szene, die für Filmfabrikanten sicher ein außerordentlicher Schlager wäre? Vielleicht wenden sich die Filmfabrikanten einmal an Herrn Hirsch.

Die Eröffnung der Bauausstellung soll am 3. Mai erfolgen. Jemand ein Schmuck hat über das Programm erfahren können, daß Friedrich August am 3. Mai, vormittags 10 Uhr, in Leipzig eintreffen wird, um sogleich nach dem Ausstellungsbau zu fahren und dort den — Besuch zur Eröffnung der Ausstellung zu geben. Der Vorsitzende der Ausstellung, Herr Oberbaurat Fabian, wird bei dieser Gelegenheit eine Ansprache halten, dann soll sich ein Rundgang durch die Ausstellung anschließen.

Auf unsere Anfrage bei der Ausstellungleitung wurde uns die Wichtigkeit dieses Arrangements bestätigt, doch hat die Ausstellungleitung mit der Veröffentlichung nichts zu tun.

Bibliothekswesen. Die Benutzung der Arbeiterbibliotheken im Stadt- und Landbezirk Leipzig hat im ersten Quartal 1913 einen ungeahnten Aufschwung genommen. Es wurden im ganzen 78 282 Bände ausgeliehen, gegenüber 65 372 in der gleichen Zeit des Vorjahrs, also in einem Vierteljahr ein Mehr von rund 11 000 Bänden.

Die große Brücke in der Internationalen Bauausstellung. Mit zu den großartigsten Anlagen auf der Internationalen Bauausstellung gehört unzweifelhaft die mächtige Brücke, die imuge der Straße des 18. Oktober über den Einschnitt der Leipzig-Höher Eisenbahn führt. Auf der Seite nach der Stadt zu sind vor der Brücke zwei breite Terrassen. Zu der ersten dieser beiden Terrassen gelangt man über eine Freitreppe von 10 Stufen, die ganz aus Eisenbeton gebaut ist und auf einen großen Platz von 20 Meter Breite und 20 Meter Tiefe führt. Die zweite, nach oben sich verkleinernde Freitreppe von 22 Stufen ist ebenfalls aus Eisenbeton gebaut und wird durch einen Absatz in zwei Hälften zerlegt. Die obere Terrasse ist 45 Meter breit und 20 Meter tief und wird direkt am Brückenkopf rechts und links durch runde Holzgittermauern aus Beton abgeschlossen, auf denen elegante Holzaufbauten errichtet sind, die als Wandelsäle dienen sollen. Die Holzgittermauern, zu denen 800 Kubikmeter Beton verbraucht wurden, sind ebenso, wie die ganze Brücke, mit Muschelfalzstein aus Rothenthal v. d. Tauber gepaßt. Die Brücke, die ganz in Eisenbeton ausgeführt ist, wird durch zwei Endwiderlager und zwei Mittelpfeiler getragen. Sie ist 55 Meter lang und 24,5 Meter breit.

Neue Versuche zur Umgehung der Blindholzsteuer. Die hohe Steuer auf Blindholzschäben hatte bekanntlich, insbesondere zu Anfang, eine Reihe von Versuchen gezeigt, die Steuer durch Herstellung einer Reihe von blinden Vorrichtungen zu umgehen. Vielschalt ist durch die Rechnung gemacht worden. Vorsichtiger war der Ingenieur Hugo Richter in Spremberg, der neuerdings wieder einen solchen Versuch unternommen hat. Er wandte sich vorher an den Reichsamt mit der Frage, ob seine Blindholzschäben oder Blindholzschäben der Blidhwarensteuer unterliegen. Richter hat eine Art von Blindholzschäben hergestellt, die aus Papierröhrchen bestehen, mit Paraffin getränkt und an einem Ende mit Blindmasse versehen sind. Der Reichsamt hat die Frage bejaht. Wohlgebend war ein Gutachten des Kaiserlichen Technischen Prüfungsstelle. Die Richter'schen Blindholzschäben haben, so heißt es darin, eine Blindmasse, die als wirtschaftliche Bestandteile Kaliumchlorat, Kaliumchromat und Schwefel, also einen auch sonst in der Tischholzindustrie üblichen Blindholz enthalt. Das Papierröhrchen ist gerade so groß, daß man ein Blindholzschäbel anziehen kann und das ganze so an einer gerodhaften Stange später sicher befestigt werden. Sie sind aber schon jetzt als steuerpflichtige Schäben aus Papier anzusehen, die mit einer Masse versehen sind, die durch Heißung entzündbar ist.

Polizeinachrichten.

Die Kindesleiche in der Truhe. Zu der Auffindung einer Kindesleiche in der Truhe eines Dienstmädchen ist noch folgendes zu berichten: Wie die Leichenöffnung ergeben hat, ist das Kind nicht, wie die Mutter zunächst behauptete, extrunten, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer gewissen Grausamkeit abschlächtig getötet worden, denn der kleine Körper wies verschiedene schwere Verlehrungen auf, die dem Kind bei Lebzeiten beigebracht worden sein müssen. Die Herkunft der in Leipzig-Kleinzschocher gefundenen Kindesleiche ist noch immer im Dunkel gehüllt. Man wolle sich deshalb doch zu erkennen versuchen, ob im Hause oder in Bekanntenkreisen in der Zeit vom 4. bis zum 9. April ein Kind geboren wurde, das nachher angeblich zu Verwandten oder in Bleie gegeben worden ist. Besonders wolle man auch darauf achten, ob ein Mädchen sich in dieser Zeit in einem mehr oder weniger auffallenden Zustande befunden hat, woraus geschlossen werden könnte, daß es heimlich geboren hat. Auch aus Bekanntenkreisen wolle man diesbezügliche Auskünfte geben. Der Kriminalpolizei sind auch die scheinbar geringen Hinweise erwünscht, sofern sie nur auf Tatsachen beruhen und nicht, wie es leider so oft bei solchen Verbrechen der Fall ist, auf falsche Denunziationen hinauslaufen.

Selbstmordversuch. Um sich das Leben zu nehmen, schob sich gestern nachmittag eine Frau in ihrer in der Mohrmannstraße gelegenen Wohnung mit einem Revolver in die Brust. Sie wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht. Der Grund zum Selbstmord ist noch nicht sicher aufgeklärt.

Schwerer Unfall. Beim Hochwinden von Schalldämmern ist gestern vormittag auf dem Neubau des Hauptbahnhofs ein 25 Jahre alter Arbeiter aus L.-Kleinzschocher verunglückt. Der Verunglückte sollte das Ansetzen der Post verhindern und beobachtete an diesem Zwecke das Schwungseil. Bei dem Hochziehen einer größeren Anzahl von Brettern glitt ein Brett aus dem Blindlappen heraus und traf den untenliegenden Arbeiter so schwer, daß er sofort das Bewußtsein verlor. Man brachte ihn mit dem Rettungswagen nach dem Krankenhaus.

Festgenommene Rauchwarendiebe. Der Kriminalpolizei gelang es dieser Tage, abermals mehrere Rauchwarendiebe zu ermitteln und zu verhaften. Die Diebe, drei Markthälter aus Spremberg, Rötsch und Niederhähnlich gebürtig, waren in einer hiesigen größeren Fischhandlung in Stellung und verstanden es, hier innerhalb Jahresfrist eine große Anzahl von Fellen, zum Teil gleich ganze Ballen, im Werte von 8000 M. beiseite zu schaffen. Sie fanden für die gestohlene Ware einen willigen Käufer in einem böhmischen Rohproduktenthändler, der die Rauchwaren für einen Spottpreis aufkaufte, um sie später zu den Tageswaren an hiesige Händler weiter-

zu verlaufen. Er wurde als Hohler ebenfalls in Haft genommen. Ein Teil der entwendeten Welle konnte wieder herbeigeschafft werden.

Einen Selbstmordversuch durch Vergiftung unternahm gestern abend eine 18jährige Arbeiterin in Volkmarstorf. Sie wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Krankheit soll der Grund zur Tat gewesen sein.

Erkrankung auf der Straße. Ein in Nötha wohnhafter Arbeiter wurde in vergangener Nacht in der Weisstraße plötzlich von Herzkrämpfen befallen, die seine Unterbringung im Krankenhaus nötig machten.

Unfälle. In einer Schmiede in L.-Gohlis wurde gestern mittags ein Pferdebesitzer von einem Pferd geschlagen und so ernstlich verletzt, daß er nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte. — Beim Abbruch des Grundstücks Grimmaischer Steinweg wurde eine im Holz ausladende Frau von einer heruntergeworfenen Türsäule getroffen und am Kopf ziemlich erheblich verletzt. Man brachte sie nach Anlegung eines Notverbandes nach ihrer Wohnung. Sie soll am Unfall selbst schuld sein, indem sie die ihr zugesetzten Warnungen nicht beachtet hat. — In der Nürnberger Straße Irthe ein Elektrotechniker auf dem Zweirad einen Postauhelfer an. Beide fielen hin. Während der Radfahrer mit einigen Randschlägungen davonran, erlitt der Postauhelfer einen Knöchelbruch.

Bermitt wird seit dem 18. April der Altsarbeiter Emil Liebmann, geboren 7. März 1877 zu Leipzig-Anger-Grotendorf, der bisher Löniger Straße 44 gewohnt hat. Er ist neuverkant und hat schon öfter Selbstmordabsichten geäußert, es ist darum nicht unmöglich, daß er sich ein Leid angelöst hat. Liebmann ist übermittelgroß, kräftig, dunkelblond, hat graue Augen, rötlchen Schnurrbart und gute Zähne. Er trug grauen Mantelanzug und schwarzen, weichen Filzhut. Mitteilungen über ihn bittet man an die Kriminalpolizei zu richten.

Niebstahl. Aus einer Wohnung in der Wörthstraße in L.-Anger sind am Dienstag nachmittag Kleidungs- und Wäschestücke, Schmuck, gegenstände und Geldbeträge gestohlen worden, ohne daß bisher ein Verdacht ausgesprochen werden konnte. Der Dieb kann sich nur mit Nachschlüsseln Zutritt zur Wohnung verschafft haben.

Ein Eisenbrand wurde in den gestrigen Abendstunden aus einem Hause in der Königstraße gemeldet. Die Feuerwehr besetzte weitere Gefahr.

Zeugen gesucht. Am Montag nachmittag fuhr ein Kraftwagen auf der Ecke der hohen Straße auf den Fußweg des Flößplatzes hinauf und drückte eine hübsche Kellnerin so unglücklich gegen einen Straßenbaum, daß diese erheblich verletzt wurde. Die beiden Insassen des Wagens werden ersucht, zur Klärstellung des Sachverhalts ihre Adressen der Kriminalabteilung anzuzeigen.

Gestohlene Dreipfennigbriefmarken? Diesen Geschäftsstellen wurde dieser Tage von einer großen, starken, etwa 50 Jahre alten Frau, die auf der Brust ein weißes Medaillon mit rotem Kreuz trug, eine große Anzahl von Dreipfennigbriefmarken unter verächtlichen Umständen zum Kauf angeboten. Alter Wahrscheinlichkeit nach sind die Briefmarken gestohlen worden. Es sollen sich deshalb die Personen, denen solche Marken in größerer Menge entwendet worden sind, schriftlich oder mündlich bei der Kriminalpolizei melden.

Dreister Dieb. Bei einem Gastwirt in der Breiten Straße in L.-Anger-Grotendorf trat plötzlich ein junger Bursche in Stellung, der nach einigen Tagen plötzlich wieder verschwand. Bald darauf wurde in der Schankwirtschaft ein Einbruchdiebstahl verübt, bei dem der Einbrecher bis in die Schlafkammer des Gastwirts drang und dort, während die Chelente schliefen, unter anderem ein Portemonnaie mit 50 M. stahl. Der dreiste Dieb wird in der Person des Hausbürgers gesucht, der die kurze Zeit seiner Tätigkeit dazu benötigt hatte, sich eingehende Orientierunfts für einen späteren Diebstahl zu verschaffen. Die Polizei sahntet jetzt eifrig auf den Burschen, der unter verschiedenen falschen Namen aufgetreten ist.

Eigenartiger Unfall eines Reiters. Ein hiesiger Arzt ritt gestern nachmittags auf einem Reitweg an der Panitzschener Lache vorbei. Ein anderer Reiter wollte ihn auf diesem Reitweg überholen. Sein Pferd schnappte dabei plötzlich nach dem nebenhersehenden Arzte, bis sich in dessen Kleidung fest und schleuderte ihn vom Pferde herab. Der Arzt erlitt beim Sturz einen Unterschenkelbruch. Er wurde mit einer Trage nach dem Krankenhaus gebracht.

Gerichtsstaat

Schwurgericht.

Beitrügerischer Bankrott und Betriebe. Der Angeklagte Eisenberg behauptet, daß ihm sein Schwager, der Angeklagte Kunzmann, in den Jahren 1906 bis 1908 wöchentlich 10 bis 15 M. gegeben habe, weil seine Frau krank war. Er habe seiner Schwester, die ihm die Wirtschaft besorgte, monatlich 20 M. Lohn gezahlt. Ersther ist behauptet worden, der Schwager habe nur bis zum Tode der Frau, der bereits 1906 eintrat, Geld gezahlt. Aber Eisenberg behauptet jetzt, er habe etwa 1500 M. von seinem Schwager erhalten. Weil sein Schwager schriftlich auf Rückzahlung drängte, habe er ihn gebeten, ihm das Geld zu lassen, er wolle anerkennen, daß er dem Schwager jetzt 3000 Mark schulde und wolle auch 4 Proz. Zinsen zahlen. Es wird nun aber erörtert, ob der Schwager Kunzmann überhaupt in der Lage gewesen sein kann, so viel Geld von seinem Sohn abzugeben. Er hat in den genannten Jahren nur rund 1800 M. an Lohn bezogen. Dann hat er laut Sparlassebücher 1906 505 M., im Jahr 1907 480 M. gespart. Eisenberg und Kunzmann behaupten aber trotzdem die Wahrheit ihrer Angaben und erklären, daß Kunzmann sehr sparsam gelebt habe. Die Angeklagten können auch weder Quittungen noch Schulscheine darüber vorweisen. Eine Erklärung dafür, warum Eisenberg die Schulden an seinen Schwager um das Doppelte erhöhte, können die Angeklagten ebenfalls nicht geben. Als Grund dafür, warum sie am 27. Dezember 1911 zu Rechtsanwalt Schneider gegangen sind, erklären die Schwager, daß Kunzmann sein Geld sicher gestellt haben wollte. Deshalb wollte Eisenberg sein Geschäft auf Kunzmann übertragen lassen. Indessen hat Rechtsanwalt Schneider gesagt, das würde angefochten werden. So etwas müßt gerichtlich gemacht werden. Rechtsanwalt Schneider habe dann aber einen Schuldchein über ein bares Darlehen von 3000 Mark ausgestellt, der sei auf den 1. Oktober 1908 zurückdatiert worden, weil die Schulden von diesem Tage ab verzinst werden sollten. Nunmehr habe Rechtsanwalt Schneider logisch eine Klage Kunzmann gegen Eisenberg angefertigt, sie seien dann alle drei sofort aus Gericht gegangen, seien in einer Pause auch sofort vorgezogenen, Eisenberg habe seine Schulden anerkannt und es sei jetzt auch logisch ein Anerkennungsurteil erfolgt. Zwei Tage später hat dann auch ein Gerichtsvollzieher ordnungsgemäß die Pfändung bei Eisenberg vorgenommen. Es wurden ein Wagen, Pfosten usw. im Werte von 1445 M. gepfändet. Eisenberg hat aber den Gerichtsvollzieher verschwiegen, daß er noch auf drei anderen Plätzen Hölder liegen hatte. Er will dies nur vergessen haben. Am 9. Januar 1912 wurde dann ein Vertrag geschlossen, wonach Kunzmann die gepfändeten Gegenstände an Frau Eisenberg verkaufe. Gezahlt hat Frau Eisenberg nichts, es wurde nur eine Verzinsung des Kaufpreises vereinbart. Es sollten aber angeblich vierjährlich 100 M. abgezahlt werden. Rechtsanwalt Schneider habe ihn vor Ausstellung des Schuldcheins gefragt, ob er noch andere fällige Schulden habe. Er habe erklärt, daß nur ein Wechsel über 143 Mark fällig sei. Am selben Tage, wo die Pfändung vorgenommen wurde, hat Eisenberg sein Gewerbe abgemeldet und seine Frau hat es für sich neu angemeldet. An Schulden für Waren, Wechsel usw. hatte Eisenberg über 5000 M. zu verzeichnen. Am 29. Februar 1912 mußte Eisenberg den Offenbarungszeit leisten. Da er dazu freiwillig nicht erschienen war, wurde er verhaftet. — Rechtsanwalt Schneider erklärt, ihm sei versichert worden, daß Eisenberg keine fälligen Schulden habe. Wegen der Urkunden und Quittungen

über die Schulden von 3000 M. habe er die beiden bei ihm erschienenen Ankläger gefragt. Auf das Datum der Urkunde habe er keinen Wert gelegt, er wisse nicht, ob er sie je einmal zu Gesicht bekommen habe. Er wisse auch nicht, ob er sie je angeschaut habe oder ob sie der Expedient angesetzt habe. Er habe sich über den genauen Wortlaut der Urkunde nicht orientiert. Daß die beiden Ankläger Schwäger waren, habe er an dem Tage noch nicht gewußt. Das Original des Schuldcheins ist verloren gegangen. Er habe alles mögliche getan, um den Verbleib aufzuhören. In den Handakten des Angeklagten befindet sich eine Notiz darüber, daß die anderen beiden Angeklagten am 27. Dezember in seinem Bureau gewesen seien. Diese Notiz soll er erst später eingefügt haben, wie die Staatsanwaltschaft vermutet, um sich gegen den Vorwurf zu bedenken, daß er in deren Abwesenheit gehandelt hätte. Inwieweit, so erklärt der Angeklagte, habe Professor Dr. Rosel, der den Eintrag mikroskopisch untersucht habe, erklärt, daß sich kein Anhalt dafür ergabe. Er habe das Bestreben gehabt, die Sache zu beschleunigen, um seinen Mandanten Kosten zu ersparen. — Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. Es sind eine Anzahl Zeugen geladen.

Versammlungen

im 13. Reichstagswahlkreis.

Der Kreisverein L.-Ost

hielt am 8. April im Thüringer Hof in L.-Volkmarstorf eine ordentliche Generalversammlung ab. Aus den Berichten des Vorsitzenden, des Kassierers und der Kommissionen war folgendes zu entnehmen. Der Verein hatte am 30. Juni v. J. einen Bestand von 5042 Mitgliedern, 4212 männlichen und 880 weiblichen, zu verzeichnen. In den Berichten wurden 478 neue Mitglieder gewonnen, während dem Verein aus anderen Bezirken und Wahlkreisen 404 Genossen und Genossinnen zugeschafft wurden. Dagegen verlor der Verein 400 Mitglieder durch Wegzug, 17 durch den Tod, 204 traten aus und 4 mißten gestrichen werden. Es waren demnach am Schluß des Geschäftsjahrs 4930 Genossen und 888 Genossinnen im Verein organisiert. Neben den zwei Generalversammlungen wurden im Berichtsjahr sechs öffentliche und Mitgliederversammlungen abgehalten. Zur Unterhaltung der Mitglieder wurden 2 Lichtbildvorträge, 3 Kunstabende und 1 Humorabend veranstaltet. Außerdem fanden vor Weihnachten an drei Nachmittagen kinematographische Vorführungen für Kinder statt. Während der Ferien wurden 4 Ausflüsse sowie ein Kindersommerfest arrangiert. Der Kassenbericht vergleicht einschließlich des vorjährigen Kostenbestandes eine Gesamteinnahme von 19225,72 M., der eine Gesamtausgabe von 18985,88 M. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 230,80 M. verblieb. Es wurden gezahlt an die Hauptklasse 1085 M., für Agitation 2242,22 M., für die Gleisheit 712,50 M., für Vorläufe 100,40 M., für Drucksachen 1180,00 M., für die Bibliothek 1108,01 M., an Entschädigungen 1058,14 M., für Posti usw. 700,00 M. Die verschiedenen Kommissionen konnten über eine intensive Tätigkeit berichten. Agitations- und Völkergerichtscommission hatten relativ günstige Resultate zu verzeichnen, während die Erfolge der Zeitungskommission weniger befriedigten. Von dieser Kommission wurde auch über die geringe Unterstützung durch die Mitglieder Beschwerde geführt. Die Bibliothek ist durch Neuanschaffungen erweitert worden und umfaßt nun rund 2000 Bände. Sie wurde von 5228 Lesern benutzt, die 8011 Bände entliehen. Erfreulicherweise konnte konstatiert werden, daß der sozialistischen und Parteiliteratur in letzter Zeit größeres Interesse entgegengebracht wurde. Der Vorstand sieht sich nach den vorgenommenen Neuwahlen aus folgenden Genossen zusammen: Dobrovolski, Vorsitzender, Rothe, Kassierer, Richter, Schriftführer, Höhrig, Böttcher, Böhler, Werner, Beyer, Heinrich, Schirmer, Wolf, Schulz, Richter, Schmidt. Die Genossinnen, von denen kein Vorschlag vorlag, erhielten die Genehmigung, nachträglich noch eine Vertreterin in den Vorstand zu delegieren. Nachdem noch die Revisoren, alle Kommissionen und 207 Generalversammlungsvertreter gewählt worden waren, wurden noch einige Vereinsangelegenheiten besprochen.

Der Kreisverein Eutzen

hielt am 5. April seine Jahresgeneralversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu schließen, daß der Verein gut gearbeitet hat. Im Berichtsjahr ist ein Mitgliederzuwachs von 25 Prozent zu verzeichnen. Abgehalten wurden neun Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Nach dem Bericht des Bibliotheksabtes haben 29 Leser 81 Bücher entliehen. Zu wünschen wäre allerdings, daß die Bibliothek mehr in Anspruch genommen würde. Von den Genossen M. Frenzel und H. Wolf wurden der Bibliothek zwei schöne Werke überreicht. Die Berichte der verschiedenen Komitees wurden ohne Debatte angenommen. Nach den Gemeindevertretern berichten entpuppt sich eine lange, aufgeregte Debatte über die Richtergenehmigung des in der Pegauer Straße projektierten Geschäftshauses des Bauherrn Böhme. Nach den Vorschlägen des Maiomitees wird der 1. Mai in folgender Weise gefeiert: Vormittags 11 Uhr Versammlung im Reichsdabler, anschließend Demonstration und abends 7 Uhr Komics im Reichsdabler. In den Vorstand wurden gewählt: als 1. Vorsitzender A. Löwe, als 2. Kassierer A. Frenzel, als 1. Schriftführer A. Schwab; ferner A. Friedrich, E. Rosenkranz und O. Kühn, als Revisorin Alwin und Kurt Goldsack und H. Blüthner, als Bibliotheksleiter Hermann Kühn, in das Agitationskomitee Hugo Hofmann, Max Hofmann, Schwab, Rosenkranz, Ditz und Braune, in die Kinderschutzkommission die Genossinnen A. Lüdner und M. Hofmann, in die Bürgergerichtskommission Schwab, Heidrich und Löwe, in den Jugendausschuß Otto Wolf, Sider und Kratz, als Unterklasse für Eutzen Hugo Schmidt, für die Umgebung Ditz und als Generalversammlungsvertreter die Genossen Löwe, Schwab, Friedrich, Otto Kühn, H. Wolf und die Genossin Marie Wolf. Die Versammlung hat noch beschlossen, in Zukunft die Versammlungen abwechselnd in den kleinen Sälen abzuhalten. In der nächsten Versammlung soll ein Vortrag über Frankenkassenwesen gehalten werden.

163. Sächsische Landeslotterie

Ohne Gewinn.

(Machbarkeit verboten.)

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 300 M. bezogen.

5000 auf Nr. 49707 bei Herrn Ferdinand Schreiber in Burzen 210 (500) 170 (2000) 258 918 702 741 604 804 151 67 440 673 900 719 120 982 886 488 580 857 97 455 1850 (2000) 756 918 80 148 895 958 101 1 (500) 300 746 39 205 512 906 (500) 140 (800) 887 106 (1000) 190 210 580 446 2980 161 53 308 874 38 385 855 854 (1000) 300 805 325 (1000) 806 100 17 622 700 108 3755 228 203 (500) 200 (8000) 805 031 811 971 (500) 441 540 547 515 421 258 235 244 886 703 146 806 922 756 205 (500) 915 400 611 699 606 495 595 570 588 848 106 517 557 175 617 612 703 150 582 380 902 376 6440 915 560 671 319 855 886 489 400 885 498 (2000) 842 376 644 520 671 402 851 109 701 100 318 805 887 100 319 806 888 100 317 807 889 100 316 808 890 100 315 809 891 100 314 807 892 100 313 808 893 100 312 809 894 100 311 805 895 100 310 804 896 100 313 807 897 100 312 808 898 100 311 806 899 100 310 805 897 100 311 804 898 100 310 803 896 100 311 802 895 100 310 801 894 100 310 800 893 100 310 801 892 100 310 800 891 100 310 800 890 100 310 800 899 100 310 800 898 100 310 800 897 100 310 800 896 100 310 800 895 100 310 800 894 100 310 800 893 100 310 800 892 100 310 800 891 100 310 800 890 100 310 800 889 100 310 800 888 100 310 800 887 100 310 800 886 100 310 800 885 100 310 800 884 100 310 800 883 100 310 800 882 100 310 800 881 100 310 800 880 100 310 800 879 100 310 800 878 100 310 800 877 100 310 800 876 100 310 800 875 100 310 800 874 100 310 800 873 100 310 800 872 100 310 800 871 100 310 800 870 100 310 800 869 100 310 800 868 100 310 800 867 100 310 800 866 100 310 800 865 100 310 800 864 100 310 800 863 100 310 800 862 100 310 800 861 100 310 800 860 100 310 800 859 100 310 800 858 100 310 800 857 100 310 800 856 100 310 800 855 100 310 800 854 100 310 800 853 100 310 800 852 100 310 800 851 100 310 800 850 100 310 800 849 100 310 800 848 100 310 800 847 100 310 800 846 100 310 800 845 100 310 800 844 100 310 800 843 100 310 800 842 100 310 800 841 100 310 800 840 100 310 800 839 100 310 800 838 100 310 800 837 100 310 800 836 100 310 800 835 100 310 800 834 100 310 800 833 100 310 800 832 100 310 800 831 100 310 800 830 100 310 800 829 100 310 800 828 100 310 800 827 100 310 800 826 100 310 800 825 100 310 800 824 100 310 800 823 100 310 800 822 100 310 800 821 100 310 800 820 100 310 800 819 100 310 800 818 100 310 800 817 100 310 800 816 100 310 800 815 100 310 800 814 100 310 800 813 100 310 800 812 100 310 800 811 100 310 800 810 100 310 800 809 100 310 800 808 100 310 800 807 100 310 800 806 100 310 800 805 100 310 800 804 100 310 800 803 100 310 800 802 100 310 800 801 100 310 800 800 100 310 800 799 100 310 800 798 100 310 800 797 100 310 800 796 100 310 800 795 100 310 800 794 100 310 800 793 100 310 800 792 100 310 800 791 100 310 800 790 100 310 800 789 100 310 800 788 100 310 800 787 100 310 800 786 100 310 800 785 100 310 800

und Dämonenwirk vertriebt. Deshalb galt es auch in vielen Gegen-
den als Segen gegen Gewitter, wenn man sich dreimal betraute
und dreimal die Erde klopfte.

Ein scherzend neckischer Volksglaube ist es sodann, daß, wer
einen Kuss geraubt, ihn wieder zurückgeben müsse. Unzählige
Dichter haben dies Motiv verwendet. So greift Walter von der
Bogelweide dies Tärchen und Jurklichkeiten des Kusses. In der
"Salante" Lyrik des 17. Jahrhunderts steht der wichtige Be-
danke besonders häufig wieder, und in der Antike wird das
"Küsseraub" erst recht zur Mode. Küsse sind eine delikte Ware;
so läßt die Liebhaber in einem Gedicht von Abschaff, die tanzend
Küsse, die ihm seine Eltern nachschicken wollten, könnten in falsche
Hände fallen. Es werden ganze "Aufzeichnungen" aufgestellt, und
ein Hamburger Dichter, Behnhaus, beantwortet sogar die Frage,
"ob die Küsse der Adeligen oder Bürgerlichen Damen am angeneh-
sten", mit den Versen:

Doch ein Kuss von solchen Damen.
Die mit Adeligem Namen
Born und blüten austäuscht,
Ist weit lieblicher zu süßen.
Als wenn tausend mich ergehen.
Die der Bürgerstadt nur äiert.

Natürlich muß sich auch ein Jurist über den rechtlichen Auspruch
der Küsse auf Rückgabe seines Kusses äußern, und so werden
diese und andre Fragen in der langen, höchst gelehrten Abhandlung
erörtert: "Von dem Rechte des Frauenzimmers gegen eine Mann-
person, die es wider seinen Willen küsst." Hören wir eine Defi-
nition des Kusses aus dieser Klassizistik der Kuhwissen-
schaften! Im Frauenzimmerlexikon des Amaranthes heißt es:
"Kuss oder Mäulchen, auch Schmähungen und Heitungen genannt, ist eine
aus Liebe herrührende und entbraute Zusammenfassung und Ver-
einigung der Lippen, wo der Mund von zwei Personen so fest
aneinandergeküsst wird, daß die Lippen bei dem Abzug einen
rechten und deutlichen Nachklang zum Belchen des Wohlgesinndes
von sich geben." Daneben gibt es auch noch Unterarten und Vari-
ationen, z. B. den sogenannten Florentiner Kuss, den Dardorffkuss
also beschreibt: "Wann man eine Person bei zweien Ohren hält und
küsst; und wird dieser Art zu küssen bei den Alten niemals ge-
dacht." Die schönste Art zu küssen hat — neben dem von Goethe ge-
feierten lieben, helligen, großen Küsser" Johann(es) Secundus, dem
Schöpfer der Faust-Stimme, in seinem berühmten Gedicht besungen:
"Wie er wolle küsset sein."

Argends hin als auf den Mund,
Da sinkt's in des Herzens Grund.
Nicht zu freu, nicht zu gewunnen,
Nicht mit gut zu faulen Jungen...

Diese Kussfertigkeit rief die erste Warnung mancher besonnenen
Mannes hervor. Besonders warf Gotthold in den Verrücktigkeiten
Lobsterlin dem Poeten vor, daß sie den Kuss besiegen und damit
als "verliebte Hosen" der Sinnlichkeit frönen. Aber sein Tantum
war umsonst. In der Zeit der Antike und der Empfind-
samkeit brach eine Küsselust los wie nie zuvor. In der Dichtung
rauschen Lieder und Lieder von Goethe ge-
feierten, lieben, helligen, großen Küsse" Johann(es) Secundus, dem
Schöpfer der Faust-Stimme, in seinem berühmten Gedicht besungen:
"Wie er wolle küsset sein."

Dr. Friedrich Spreen.

Feldpostbriefe Heinrich von Reders.

Unveröffentlichte Urkunden aus dem deutsch-französischen Kriege.
(Schluß)

Saint Jean de la Huelle, 27. Oktober: ... Deute habe ich wieder
ein Stück Schlacht abgeritten, den Kampf auf der Seite von
Satan gegen Orleans. Auch da haben die Explosionsgeschosse gegen
die einzelnen mit Mauern umgebenen Villen und Gehöfte — jedes
ist an und für sich eine kleine Festung — ihre zerstreuende Wirkung
geklärt. Das Schlachtfeld ist vollkommen gesägt. Nur die zerstörten
Häuser und hier und dort ein Soldatengrab mit dem einsamen
Holzkreuz und einem darauf gesteckten ... (unleserlich), oder einer
Patronatsche erinnert an den Tag von Ormes. In die Kirche von
la Huelle schlugen auch einige Granaten, das Tremendinmer des
Diré wurde von einer vollständig zerstört. In einer Villa zappte
stand die angemalte Statue eines französischen Seelischen. Eine
Granate hatte sie zerstört, so daß ich anfangs glaubte, ein
stummer Diener des Herrn habe da sein ungewöhnliches Ende gefun-
den. Die Bevölkerung will noch nicht recht zur gewohnten Beschäfti-
gung zurückkehren, sie sind traurig (trüb) — aber lämen sie oben
auf, dann wehe uns. Eben bin ich unterbrochen worden, wegen
einer Weinrequisition von 200 Litres — der Wein ist gut, aber der
Franzose war darüber wütend. So kommt ein Zwischenfall un-
den andern. Ich wünschte, die ganze Geschichte hätte schon der Teu-
sel. Der Wein ist gut, aber er hat viel Blut gekostet, und das wollen
die Tropfen nicht einsiehen. — Ich kann für heute nicht weiterschrei-
ben — es istte schon die Complaisanterie gegen das Uebergreifen ein
— und dann kann ja der Mohr wieder gehen.

Saint Jean de la Huelle, 8. November: ... Deine Sehnsucht
nach der positiven Ruhe, wozu im Feld sehr viel Gelegenheit gegeben
ist, teile ich noch nicht, solange so ein kleiner Kerk hinter mir steht,
der in der Welt nicht weiß, wem er angehört. Du hast auch deinen
kleinen Kerk hinter Dir stehen. Den Krieg mitgemacht zu haben,
mag jeder hinterher interessant finden, man ist aber zu sehr mit
Haut und Haar, mit dem Leben dabei beteiligt, (als) daß einen das
Bewußtsein des Weltgeschichtlichen darüber zu trösten vermöchte.
Der Tod ist das Nichts. Und dem gegenüber ist alles nur Phrasen.
Jeder Tag ist weitgeschichtlich für den Beteiligten, und das Ver-
hältnis des heutigen zum Karpen ist das ganze Geheimnis der Welt-
geschichte. Wir haben in diesem Kriege viele Verluste erlitten, auch
die Artillerie, und wenn man schlichtlich zu den Toten des Schlachtfel-
des die an den Wunden gestorbene addiert, so wird eine schreck-
erregende Summe herauskommen. Hätte ich meinen Jungen nicht,
so könnte mir die positive Ruhe auch nur erfüllt sein, wenn man
sie nicht geradezu auf eine grauenhafte Weise erlangt. Schön gäbe
es nicht im Feld, im Gegenteil, allüberall nur das Unschöne — so-
gar die Schönheiten der Natur scheinen im Sturm der Papiere zu
erblinden oder erblinden für sie der Soldat, man sieht sie nicht mehr;
man hat nicht einmal mehr Genug an seinen Pferden, weil sie zuviel
leiden und gleich ihrem Reiter sieht dem Tode ausgefegt sind. Cleri-
cale Bedürfnisse: Essen, Trinken und Ruhe, resp. Schlafen. Schön
Mädchen! Ich bin seit dem Abmarsch von München nie mit dem
beaux seje (schönen Geschlecht) in Verbindung gekommen, obgleich
ich wohl Gelegenheit gefunden hätte, in Orleans eine Kyprie gegen
eine französische zu finden. Jetzt haben sie dort wieder ihre
Chantant (Fest) geöffnet, welches von den deutschen Offizieren und auch
von den Franzosen siehig besucht wird. Dieses Volk erstaunt sich
selbst, wenn ihm die Haut über die Ohren gezogen wird.

Ornais, 30. November: ... Unser Gesetz gesiegt war mit 1200
Möslgarden, auf die wir ganz unvermutet während des Marsches
stießen. Sie von Paris liefen bald davon, jedoch 100 aus Bordeaux
hielten stand. Sie verloren einige Offiziere — Franc-tireurs — aus

sehr guten Familien. Ein schön gesangener erschoss noch den Otto
Maurer, der Kerk nebst drei seiner Gefallen wurde sofort misslungen,
ich sah sie noch warm am Boden liegen. Der Krieg erzeugt nach
und nach einen solchen Kerk in mir, daß ich schon ganz stark gewor-
den bin an Geist und an Körper. ... Ich habe kein Interesse mehr
für den Krieg, seitdem er die letzte Form angenommen — die
Rohheit des Menschen ist unglaublich, von dem Menschen bleibt nur
die Bestie übrig. Für den Menschen sind diese eventuellen Bestien,
auch galontiert, doch nichts als Schachbrettschlägen, die mit Phrasen
in den Tod getrieben werden. Der Ausbildung eines schmierig überzogenen
Soldaten im Chausseegraben ist mehr als ein ganzes Buch
Philosophie.

18. Dezember 1870. (Telegramm): Chassepot durch kleinen
Überschreit. Ungefährlich. Zustand gut. Heinrich.

München, 19. Dezember: ... Du scheinst Dich über mein Schick-
sal zu beunruhigen, weil ich Dir nicht sogleich selbst geschrieben. Dies
zu tun war ich jedoch nicht instande, weil ich von dem Transporte
hierher zu sehr erschöpft war. Denn in der Schlacht von Beau-
geny am 8. gegen Abend erst verwundet, gelangte ich nach unsag-
lichen Leidern, da ich nicht fliehen konnte, und doch zum Viegen kein
Platz war, am 18. Nachts 11 Uhr hierher. ... Die bürgerliche Artillerie
ist an diesem Tage des Unglücks mit ihren Offizieren nahezu
vernichtet worden. Ich habe gleichfalls die letzten Schlachten und
Treffen am 2. bei Vougy, am 4. vor Poulay bei Orléans, am 7.
bei les grands Chartres und am 8. bei Beaune mit großer Aus-
zeichnung mitgesiehten und ich bin nicht gesunken, meine Dank nur
in einem Kreise zu finden, welches nicht vierzig Tage ein neues
Band kostet, umso mehr, als man den Prinzen Leopold, der am 4.
und 8. unter meinem Kommando standen, außer der Tour ge-
fordert hat, was mich wieder eine Stelle kostet ... Allgemein wurde
von den Generalen und Offizieren nach genommenen Augenschein
zugegeben, daß die solche Verstärkung im ganzen Feldzug nicht vor-
kommen, denn 20 Pferde samt der Bevölkerung und den Reitern
mit verschossenen Proben und Munitionskarren nebst einem Artillerie-
geschütz lagen hinter den Wällen. Wir trieben durch ein fortge-
setzes Feuer auch noch die Infanterie aus dem Dorf, das wir in
Brand geschossen, hinaus. ... Was in diesem Brief nicht für die
Lebensfertigkeit, behalte ich Dir — denn ich habe viele Fehler, die
ich sogar um die "leichte" Verwundung benelben. Wenn man
nichts für mich tut, so mögen andre danach handeln, wenn der König
Wilhelm schreibt: Liebe Augustin! Schicke mir eine weitere Ueberleitung
von Nr. 20. Für 20 kannst Du auch irgend eine andre Reglement-
Nr. schreiben. Ich wünsche Dir und Deinen Kindern eine "fröh-
liche" Weihnacht; ich aber habe so viel schreckliches erlitten, daß mir
jede Kugel gut und Tag und Nacht mein Geist nicht zur Ruhe kom-
men kann ... Meine sogenannten Freunde zeigen jetzt hier mit
vielen Zellnahmen. Während des Krieges habe ich nichts davon ver-
sprochen. Wenn man nichts für mich tut, bin ich entschlossen, mein
engeres Vaterland, welches mir Schwierigkeiten macht, auf einem El-
zuge befriedet zu werden, weil ein "Requisititionschein" nur zu einem
Postzuge berechtige — mit Neuyork zu vertauschen.

München, 20. Dezember: Ich bin an Geist und Körper so zer-
schlagen, daß ich mich sogar zum Briefschreiben unfähig fühle. ...
Ich gebende, sobald es mir nur möglich sein wird, von hier
fortzugehen, überhaupt eine geringliche Veränderung meiner Ver-
hältnisse herbeizuführen, denn das Avancement des Prinzen Leo-
pol, wie sehr ich ihm wegen seiner persönlichen Bravour hochachte,
als Major mit vor die Kafe, nachdem ich mich in jeder Schlacht aus-
gezeichnet und er in zwei Schlachten unter meinem Kommando ge-
standen, hat mich tief empört. "Geschicksdurst".

Kleines Feuilleton.

Altes Theater (Hiballa). — Die Leipziger entdecken jetzt
Frank Wedekind von neuem. Er ist für sie wieder eine Sensation
geworden, und sie füllen das alte Theater, wenn er spielt. Früher
begnügte man sich damit, in Wedekind einen lasterhaften Späß-
macher zu sehen, den man im Namen der bürgerlichen Sitte und
Angewohnheit anschaute, als ihn vor 15 Jahren Dr. Karl Heine als Dichter und
Schauspieler vorstellte, und man ward mit der unbestreitbaren Größe
fertig, indem man einfach unterschied, er nehme seine Theorien
doch selbst nicht ernst. Nun ist man staunend im Theater und er-
freut durch das aufgeführte Stück und die Darstellung des Dichters
selbst, daß Wedekind seine Theorien von der neuen Schönheits-
moral für die Reichen verfehlte ernst genommen, und daß er unter
der Wirkung des Publikums, das ihn nicht ernst nahm und für einen
Bürttlownkult hielte, durchdrängt gelitten habe, als der Held, der
Prophet, der Kämpfer einer neuen Moral, der Held, der er
ist. Und die jungen Leute in Leipzig, die auf der Höhe liegen
mögen, sangen an, in Jungen zu reden, sobald nur der Name Wede-
kind ausgesprochen wird.

Es ist eine wunderliche Sensation, die sich jetzt die Masse der
Theaterbesucher leistet. Sie lassen sich reizen von helländmäßigen
Mäusen und erschüttern von einem Helländschkal, aber sie glau-
ben nicht an das Evangelium des Helländschkal, das Secretariat
des Internationalen Vereins zur Erziehung von Massemenschen, ja,
sie denken nicht einmal auch nur einen Augenblick daran, es ernst
zu nehmen. Die Lehre Heimanns ist ihnen Narretheit, und ein aus-
gemachter Narr ist, der sie vertreibt und ihr sein Leben opfert, aber
es imponeert mit einer närrischen Gewalt, daß ein Dichter die Nar-
retheit des Narren ernst nimmt und sich selber mit großem Mut mit
dem Narren identifiziert und obendrein vor dem Publikum seine
Sache als Schauspieler selber vertritt. Das ist die Sensation.

Wedekind hat von jeher das Bedürfnis gehabt, zu verblassen;
das gehört zu seinem Wesen. Er braucht das, um zu leben. Und
es hastet ihm an, auch wenn er ernste Beekenlinie ablegt.
Mit dieser Art, daß Unmögliches als als das Selbstverständliche
ruhig zu sagen, singt er an, mit dieser Manier, durch die Überlegenheit
des mit allen Mäusen Gewachsenen zu verblassen. Dann folgt
das Verblassen durch das Bekennen der Schmerzen seines Schaffens
und der Kümmernde, die Anhänger und Freunde seines Evan-
geliums ihm bereitet.

Auf die Dauer wird diese Pose einigermaßen ärgerlich. Da-
gegenüber treiben die Grundlage von Sillen wie So ist das Leben und
Hiballa ist, soll niemand bezweifeln; aber auch dies tritt aufge-
deutet der Dichter sich zu einem Betonen und Anklagen in Einzel-
heiten herab, daß man eben nur so fehlt, wenn man Bohémien
und so tie in der Bohème steht; daß man seit seines Lebens
nicht aus ihren Formen herauskommt. Es sind Menschlichkeiten
gerade in Hiballa, Nachklänge des Simplicissimusprojekts, der dem
Dichter bestreitbar ist, die wirklich nicht zu der Geschichte
vom großen Verkünder Heimann und seinem Helländschkal stim-
men wollen und darauf hindeuten, daß in Wedekinds Bekennungs-
drobarmen auch keine und kleinste Motive nachwirken.

gm.

Neues Theater (Elektra von Richard Strauss). — Es
war an der Zeit, daß eine Bühne vom Range der Leipziger einmal
wieder ein Straußisches Musstrama zur Aufführung brachte. Man
hatte gestern Elektra, die Tragödie der Nacht, gehabt und damit
das Straußsche Werk, das gegenüber der Salome und dem Rosen-
kavalier etwas in den Hintergrund getreten ist. Es mag jetzt wohl
viel an dem seitlichen Vorwurfe Hugo von Hofmannsthals liegen,
daß Gefühl des Grauens und der Abneigung gegenüber diesem
Geschwisterpaar Orest und Elektra, hemt der Gedanke des be-
gangenen Unrechts Übenden Muttermordes. Bebenstabilität und Beben-
fähigkeit gibt, ist bei vielen doch zu groß, als daß sie das Ur-

menschliche, Gebarmungswürdige, Abgehetzte und deshalb tief Be-
mitleidenswerte auch an diesen beiden Menschen herauslösen. Der
Straußsche Rausch mag man den Menschenauftanz ihrer Mittel, das
Liebemach ihrer bösartigen mehr physiologischen Charakterisierung
bestrebungen äußerer Borgänge und ihrer Schwerverständlichkeit zum
Vorwurf machen — eines aber darf man nicht behaupten: daß sie
die Freiheit und Schreckliche der Handlung, insbesondere aber das
Kranke und Grauenhafte im Elektra-Charakter noch erbärmlich unter-
streiche. Im Gegenteil: immer wieder betont die Musik das im
Grund Freie und Vornehme ihrer durch ein sichtbares Unheil erkt
verstörsen Natur. Wenn die jüngste der Mägde von ihr sagt: "Es
gibt nichts auf der Welt, das Königlicher ist als sie!", da erklärt
der Dichter leise aber bedeutam das Motiv der Königlichen Herkunft
Elektras: wenn Elektra den ermordeten Vater aufliest, ihr doch zu
erscheinen, so hören wir im Dichter wahrhaft inbrünstige Klänge,
die sich schließlich zu einem melodischen Gesang von ergreifender
Großartigkeit auswachsen. Man kann auch weiterhin nicht sagen,
daß die Straußsche Musik ohne Melodie und nur ein kurzatmiges
Gestammel sei; die ganze Partie von Elektra lieblicher und
anmutiger Schwester Chrysothemis erwacht dies, und die Stellen,
wo sie ihre Sehnsucht nach Freiheit, Leben und Liebe zum Ausdruck
bringt, sind von ergreifender melodischer Schönheit. Endlich muß
auch die Szene des Wiedereinkommens der beiden Agamemnonkinder,
des Orestes und der Elektra, überzeugen, daß Strauss in dies
distante Gemälde der Blutrache auch die Töne innigster Empfindung
hat leben können; diese Szene ist eine der stärksten und ergreifendsten
der Tragödie und zeigt in ihrer prächtigen Gestaltung den Kom-
ponisten ganz auf der Höhe psychologischer Kunst.

Frau Sanden, die Darstellerin der Elektra, war gerade in
diezen Szenen der Wiedereinkommung mit dem Bruder von großer
Immunität, bot indes auch sonst — in den Ausdrücken des Helden
und der Vergewaltigung eine starke Lustigkeit, die nur bedauerlich läßt,
daß die Stimme den außerordentlichen Anstrengungen der Partie
nicht gewachsen ist und somit grade einzigen Höhepunkten der
willenswerte Nachdruck im Gesang abheben muß. Allerdings gehört
auch eine Rolle wie die Elektra, die von einer Künstlerin
verlangt, daß sie anderthalb Stunden ohne Unterbrechung auf der
Bühne läuft und in Gesang und Spiel fortgesetzt die stärksten und leidenschaftlichsten Seelenregungen zum Ausdruck bringen soll,
an den schwierigsten ihrer Nach und direkt darin soll alleinstehen.
Die Chrysothemis des Fräulein Barth schlägt da mit ihren jugend-
lich-kräftigen Stimmen in ihren klareren Szenen überaus läßtlich
vortrefflicher ab. Im Spiel wird sie im Verlauf der musikalischen
Handlung immer besser, nur hatte man das Gefühl, hier in
Wesen und Erscheinung eher einer jungen Germanin als einer
Grieche gegenübertreten. Hervorragend war Valeola Nigrini
als buhlerliche Königin Alzimantella; eine Leistung aus einem Guß
in dem herzlichen Ausgangsang wie in dem wohl durchdachten Spiel.
Wie Elektra ist im Grunde auch die Königin eine tiefe Leidende:
Verbrecherin aus Liebe und nun mit den Dualen tanzend angst-
voller als durchsetzter Käthle in Gesicht, mild und schläpp die Haltung und
der Gang, fahl die Wangen, tiefsteigend und in lieblichem Feuer
die Augen. Vielleicht im ganzen ein wenig zu sehr Erscheinung
orientierten Nebengangs, eine Art weiblicher Herodes; schließlich
ist aber die ganze Elektra des Wiener Dichters mehr oder weniger
als Produkt artistischer Dekadenz. Ganz vorzüglich war die Künstlerin
in dem allmählichen Uebergang von der durch die Todesschönheit
hervorgerufenen inneren Verzweiflung zu dem durchdrängten Aus-
druck des Triumphgefühls, schon in Bewegungen und Miene vielfach
eine Leistung, der man unbedingt Anerkennung zollen muß. Die
Männerrollen treten gegenüber den Frauenpartien der Elektra-
Tragödie wesentlich zurück; Herrn Höhner Augustin hinterließ immer
noch mehr Eindruck als Herrn Klinghammers Orest, der ein wenig
gar zu passiv erschien. Die Mädchenseiten gerieten nicht gerade glück-
lich, besonders zu Anfang, wo gelanglich manches recht zerfahren
herauskam, und man sich auch ziemlich hilflos auf der Bühne be-
wegte; auch die Kästchen (Fräulein Großholz) entbehrt in ihrer
kruden Rolle schärferer Herausbildung des Charakteristischen. Oh-
nehin des Aufwandes an äußerem Mitteln, wie z. B. beim Opfer-
zug, hält sich die Leipziger Aufführung in bescheidenen Grenzen,
wogegen nicht das mindeste gesagt sein soll; die Elektra kann durch-
aus als Gesellenträgödie wirken und tut es auch. Die Regel lag
in den Händen Dr. Berth, die musikalische Leitung bei Herrn Opern-
dirigenten Oehle. An Leidenschaft und Größe des Ausdrucks fehlt es
bei der Lohrischen Interpretation nicht, eher an den hier und da
notwendigen Retouren im Orchesterkörper zugunsten des gehungenen
Wortes. Die Aufführung wurde von dem starblosen Hause mit
großem Erfolg aufgenommen.

Neues Theater. Freitag, 7 Uhr: Oberst Chabert. Sonnabend,
7 Uhr: Das Buch einer Frau. Sonntag, 7 Uhr: Madame Butterly
(Gastspiel Edith de Lys). Montag, 7 Uhr: Agnes Bernauer
(Klassierstück III). — Altes Theater. Freitag, 8 Uhr: Hiballa
(Gastspiel von Frank und Dilla Wedekind). Sonnabend, 8 Uhr: Bar
und Zimmermann (volksästhetische Vorstellung; Kammerländer
Adolph als Gast). Sonntag, 1/2 Uhr: Vereinsvorstellung (Glaube
und Heimat), 1/2 Uhr: Fahrer Mann (neu eingestudiert).
Montag, 1/2 Uhr: Brüderlein sein; Die kleinen Gräfinnen; Vera
Violetta — Operetten-Theater. Freitag, 8 Uhr: Vereinsvorstellung
(Hoffstet tanzt Walzer). Sonnabend, 8 Uhr: Der Bettelstudent.
Sonntag, 1/2 Uhr: Vereinsvorstellung (Der ideale Bauer), 1/2 Uhr:
Flimzauber. Montag, 8 Uhr: Vereinsvorstellung (Hoffstet tanzt Walzer).

Leipziger Schauspielhaus. Freitag, 1/2 Uhr: Stein unter
Stelen (erstes Gastspiel Albert Bassermanns). Sonnabend,
1/2 Uhr: Schöne Frauen (zweites Gastspiel Albert Bassermanns).
Sonntag, 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeitsbildungsinstitut (Drei
Einkünfte von Herbert Eulenberg), 1/2 Uhr: Schöne Frauen (drittes
Gastspiel Albert Bassermanns). Montag, 8 Uhr: Kasernenlust.

Battenberg-Theater. Freitag: Ein geaderter Kaufmann. Sonn-
abend: Laura mästert. Sonntag: Ein geaderter Kaufmann.
Montag: Ehes trennung. Dienstag: Kabale und Liebe. Mittwoch:

Neue Bücher. Zwei ältere literarhistorische Werke der be-
kannten Sammlung Aus Natur und Geisteswelt (Leipzig, B. G.
Teubner, Preis des Bandes 1.2

Reichstag.

141. Sitzung, Mittwoch, den 16. April, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratssitz: v. Jagow.

Estat des Auswärtigen Amtes.

(Dritter Tag.)

Staatssekretär v. Jagow: Über den Vorfall in Nancy hat der französische Minister des Äußeren eine strenge Untersuchung durch einen hohen Staatsbeamten zugesagt. Der Stadthalter in Straßburg hat die Übersendung der von den Polizeibehörden in Meß über den Vorfall aufgenommenen Protokolle in Aussicht gestellt, die wir dann unserem Botschafter in Paris überleiten werden.

Unterstaatssekretär Zimmermann: Dass zum Gesandten in Peking nur ein der Chinesischen mächtiger Gesandter ernannt wird, wie gestern hier gewünscht wurde, lässt sich nicht immer durchführen.

Abg. v. Mielckowski (Pole): Der Befreiungskampf der slawischen Völker auf dem Balkan verdient Bewunderung. — Österreich ist ein zum größten Teil slawischer Staat; der Kaiser von Österreich schaut sich nicht, wenn er in Galizien ist, polnische Deputationen zu empfangen und ihnen in polnischer Sprache zu antworten. Damit vergleiche man die bei uns herrschende Unterdrückungspolitik gegen die Polen. Man spricht soviel von Autonomie. Notwendig ist eine Abtrennung des Chauvinismus und der Osmarinenpolitik. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Bernstein (Soz.): Herr v. Richthofen hat mir entgegnet, die Inseln des Megalischen Meeres müssten bei der Türkei bleiben, wenn nicht unerträgliche Zustände für die Türkei geschaffen werden sollten. Das Gegenteil ist richtig. Kommen die Inseln nicht an Griechenland, so werden die Zustände für die Türkei unerträglich, dann erleben wir dasselbe Schauspiel wie bei Kreta. Das die Inseln an den Dardanellen türklich bleiben, ist selbstverständlich. Das ist zum Schutz Konstantinopels unerlässlich, und aus demselben Grunde hätte man Adrianopel den Türken lassen sollen, das nur eine ganz geringe bulgarische, dagegen eine überwiegend türkische Bevölkerung hat.

Weiter ist bekräftigt worden, dass wir auf Rumänien dringen sollten, seine im Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen gegen die Juden zu erfüllen. Kaum waren die Rumänen nach dem Berliner Kongress zu Hause, als sie den Vertrag schon zu umgehen versuchten. Damals erhob die deutsche Regierung Einprotest (hört, hört! bei den Soz.), und die neue Verfassung, in der Rumänen sich eine Hinterlist entgegen den Bestimmungen des Berliner Vertrages offen leistet, wurde von England, Frankreich und Deutschland nur mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf anerkannt, dass man das Vertrauen zu Rumänien auf die lokale Ausführung des Berliner Vertrages habe. Kaum war die Anerkennung aber vorhanden, so wurden die Versprechungen von Rumänien in den Papierkorb geworfen. Dass mein Appell an die Gerechtigkeit auf der rechten Seite keinen Widerhall fand und bei Herrn Dertel sogar Anfeuerungen geschilderten Höhnes hervorrief, wundert mich nicht. Dass aber auch die liberalen Parteien schwiegen, ist sehr bedauerlich. Auch die Regierung hat geschwiegen. Warum? Well Rumänien unser Freund ist, weil es der Bundesgenosse auf vorgeschobenem Posten ist. Selbst wenn das nicht wäre, so kann das kein Grund sein, zur Ungerechtigkeit zu schweigen. Wie tief ist unsere Diplomatie gefallen! Ich wiederhole, dass wir auch von der liberalen Seite kein Wort hören von Idealen, von Fortbewegungen allgemeiner Gerechtigkeit und Menschlichkeit, von der Emanzipation der Völker, sondern sie sprechen nur von Machtkräften. Die Herren bilden sich ein, damit große Realpolitiker zu sein. Ich glaube im Gegenteil, die Realpolitik ist bei denen, die Gerechtigkeit allen Nationen gegenüber vertreten. Was tunnen z. B. die Polen für Deutschland sein, wenn Deutschland ihnen gegenüber Gerechtigkeit übt? (Sehr wohl! bei den Soz.) Jahrhundertlang sind die Freunde Englands und Freunde aller Feinde Englands gewesen. Nachdem jetzt eine liberale Regierung ihnen die Selbstständigkeit gegeben hat, nachdem zwei Drittel des irischen Bodens in das Eigentum der irischen Bauern übergegangen ist, auf Grund einer anderen Enteignungsverordnung als der preußischen, auf Grund einer Vorlage, die die Landlords enteignet und den Boden dem Volk zurückgegeben hat (hört, hört! bei den Soz.), stehen die Freunde Englands zu Englands. Am Hinblick auf die Millionen von Freien, die in den Vereinigten Staaten leben und dort einen starken Machtfaktor bilden, ist dadurch auch die auswärtige Position Englands außerordentlich gestärkt und gestärkt worden. So würde auch bei uns eine Politik der Gerechtigkeit den Polen gegenüber eine sehr gute Realpolitik sein. (Vehement. Bravo! bei den Soz.)

Die Mitteilungen des Staatssekretärs bezüglich des Vorfalls in Nancy werden hoffentlich den Erfolg haben, dass die aufgebauten Behauptungen verstummen und dass die unwirksame Habe gegen Frankreich eingestellt wird. Wenn selbst die ersten Mitteilungen wahr wären, so bleibt doch die Tatsache bestehen, dass Hunderttausende von Deutschen unbehelligt in Frankreich leben und arbeiten. Auch waren bei den Vorgängen keineswegs Arbeiter beteiligt, sondern das Publikum eines Nachtcafés, und für die Taten eines Nachtcafépublikums müssten wir doch wohl auch Deutschland nicht verantwortlich machen. Wer den Frieden zwischen den Nationen will, muss dafür sorgen, dass jeder Stoff zur Verhetzung unterdrückt wird. Wir halten allen Heeresreien gegenüber an dem Grundsatz der Gerechtigkeit und Freundschaft der Nationen fest, und wir sind überzeugt, diese unsere Politik wird den Sieg erringen. (Vehement. Bravo! bei den Soz.)

Der Titel Staatssekretär wird bewilligt.

Die Resolution der Kommission betr. die Zulassung zum diplomatischen Dienst wird angenommen.

Beim Kapitel „Gesandtschaften und Konsulate“ bringt

Abg. v. Liebert (Apt.) einen Fall schwerster Misshandlung zweier Berliner Schiffsschwestern auf dem Schiff Mercure vor. Der eine junge Mann ist schließlich in einem Hafen in Chile desertiert. Am Ort selbst befand sich kein deutsches Konsulat. Er kam dann zum Generalkonsul in Valparaiso, der ihn aber sofort, als er hörte, er sei desertiert, mit den Worten abwies: „Dann kann ich nichts für Sie tun. Wenn Sie gemündet werden, haben Sie sich beim Schiffsschüler zu beschweren.“ (hört, hört!) Auch von einem deutschen Botschaftskonsul in einem anderen Ort wurde er aus diesem Grunde abgewiesen. Er fand Schuh bei armen chilenischen Leuten, musste aber, da der Schiffskapitän nach ihm suchte liegen, in die Wüste fliehen, in Bergwerken arbeiten usw. Währenddessen war ein Brief, den er an seinen Vater nach Berlin geschrieben hatte, angekommen. Dieser telegraphierte an den Generalkonsul, bekam aber lange keine Antwort. Schließlich wurde der Fall in der Presse in Chile bekannt gemacht. Der junge Mann hörte davon, ging wieder zum Botschaftskonsul und bat ihn, an den Generalkonsul telegraphieren zu dürfen. Dieser schickte ihm das Telegramm auf, verweigerte ihm aber das Geld dazu (hört, hört!), so dass er es sich zusammenbetteln musste. Ganz ähnlich war es dem andern Schiffsschwester ergangen. Die beiden Männer haben beim Staatsanwalt in Bremen Klage geführt gegen den Kapitän und die Mannschaft. Es heißt, dass der Kapitän die bösesten Bilder schon von dem Schiff weggeschickt habe. Aus dem Fall ergibt sich, dass unsere Botschaftskonsul einen Fonds zur Verfügung haben müssten, um solche Fälle bei uns im Auslande unterstützen zu können. Besonders schmerlich ist für mich die Brutalität der deutschen Matrosen und die Viehlosigkeit der deutschen Konsul gegenüber dem humanen Verhalten der einfachen Chilenen.

Wirtl. Geh. Regierungsrat Schmidt-Dargatz: Das Resultat der sofort vorgenommenen Untersuchung dieses Falles liegt noch nicht vor. Der Generalkonsul in Valparaiso erhielt im Oktober 1911 einen Brief, worin sich der eine Schiffsschwester über das Verhalten

des Kapitäns und der Mannschaft beschwert. Dem Kapitän wurde schriftliche Weisung gegeben, dass er sofort Bericht geben sollte. Zwischen war der junge Mann über Bord gesprungen, ohne die weitere Entwicklung abzuwarten. (Große Heiterkeit.) Die Verfolgung des Bootes verzögerte sich nachher, weil er, als er in die Wüste entwich, seine Kleider nicht zurückgelassen hatte. (Sturmisches Gelächter.) Er hatte doch Zeit gefunden, an seine Eltern nach Berlin zu schreiben. Dass der Wahltreuhänder ihm nicht gleich alles zu Gefallen tat, lag wohl an der äußeren Situation. Er stand aber hinter der Person, die ihn aufgenommen hat. Dass er ihm zum Telegraphieren kein Geld gab, lag daran, dass der junge Mann nicht bestimmte Anträge gestellt hatte. (Erneutes lärmisches Gelächter.) Weil keiner von uns, der so von einer großen Zahl von Leuten überlaufen ist, wie unsre Konsul im Ausland, würde wohl anders gehandelt haben. (Ohne bei den Soz.) Dass unsre Wahltruhänder mit grüßen Mitteln versetzen werden, ist natürlich ein sympathischer Gedanke. Es wird nur schwer sein, festzulegen, wie die Konsul im einzelnen Falle handeln sollen.

Abg. Dove (Bp.): Wenn auch nur ein Teil von dem zutrifft, was Herr v. Liebert gesagt hat, so muss dieser Fall ein Beispiel der Empfindung und des mangelnden Erstaunens heraustragen. Die Untersuchungen, die ja zweifellos vorliegen, sollte man nicht damit entschuldigen wollen, dass der hilflose junge Mann nicht alle notwendigen Formalien erfüllte. (Sehr wahrl links.) Was hier zutage tritt, ist der bureaukratische Joss (Sehr richtig! links) und der stürzerliche Autoritätsglauben, der in jedem, der entlaufen ist, ohne Rücksicht auf seine Motive einen Menschen sieht, dem er seine Hilfe nicht gewährt darf. (Sehr richtig! links.) Es mag sein, dass unsre Konsul überlaufen werden, auch von vielen, die zu Unrecht desertiert sind, auf jeden Fall aber erfordert es die Menschlichkeit, erst einmal die Sache zu untersuchen. (Bravo! links.)

Abg. Mollenbusch (Soz.): Wenn der junge Mann so wenig Beifall gefunden hat, so lag das daran, dass er den Eindruck eines armen Menschen machte. (Sehr wahrl bei den Soz.) In einem Streit zwischen Schiffsschwestern und Kapitänen oder Reedern stellen sich unsre Konsuln in der Regel auf die Seite des Kapitäns. Herr v. Liebert meinte, der Schiffsschwester stehe nicht im Vertrags, sondern im Lehrverhältnis, bedürfe also besonderen Schutzes. Diesen Schutz hat die deutsche Reichstag bei der Schaffung der Seemannsordnung den armen Schiffsschwestern aber vorenthalten. (hört, hört! bei den Soz.) Das Disziplinarverhältnis ist auf den Schiffen so geregelt, dass jeder seinem Vorgesetzten ohne weiteres zu gehorchen hat, der Steuermann dem Kapitän, der Matrose dem Steuermann und der Schiffsschwester dem Matrosen. Da die Schiffsschwestern Söhne gebildeter Eltern waren, ist es möglich, dass sie die Seemannsordnung und ihre volle Rechtslosigkeit gelernt haben. Wenn ein Konsul hört, dass ein Schiffsschwester desertiert ist, so hat er nach der Seemannsordnung dafür zu sorgen, dass der Schiffsschwester gewaltsam wieder zurückgebracht wird. (hört, hört! bei den Soz.) Das kommt sehr oft vor. Wir haben uns bei der Seemannsordnung alle erdenkliche Milie gegeben, für diese armen Schiffsschwestern einen gewissen Schutz durchzusetzen, aber die Mehrheit des Reichstags hat das abgelehnt. (hört, hört! bei den Soz.) Das sollte Misshandlungen namensmäßig der armen Schiffsschwestern häufig vorkommen, ist jedem, der an der Wasserfront zu Hause ist, bekannt. Die Blauuniformen Schiffer waren seinerzeit berühmt, dass sie die besten Matrosen ausbildeten, aber auch berüchtigt dafür, dass bei ihnen die schlimmsten Misshandlungen vorkommen. Aus den Darlegungen des Regierungswortreders ging die völlige Unbeholfenheit des Auswärtigen Amtes solchen Fragen gegenüber hervor. (Sehr wahrl bei den Soz.) Es heißt, der Kapitän hat die schlimmsten Peine schon weggeschickt; fragt sich noch, wahrscheinlich wird er die weggeschickt haben, die ihm belastet hätten. Die deutsche Regierung wird sich in acht nehmen, desertierten Schiffsschwestern irgendwelche Hilfe antell werden zu lassen, daher werden sich die Wahltreuhänder eben immer auf den Rückstand des Geistes stützen. Wäre an dem Ort, wo der junge Mann desertierte, ein Konsul gewesen, so hätte er ihn sicher wieder aus das Schiff zurückbringen lassen, die Misshandlungen hätten sich verdoppelt, der junge Mann wäre vielleicht auf Verzweiflung über Bord gegangen, und es hätte dann geherrscht: Ein Schiffsschwester ist über Bord gefallen, der Grund hat nicht aufzuhören werden können. Es war also ein Glück für die jungen Leute, dass an dem Ort, wo sie desertierten, kein deutscher Konsul vorhanden war. Sie haben einmal aus eigenen Erfahrungen, was es heißt, Untergetaucht auf einem solchen Schiffe zu sein. Wenn Sie diese Frage näher prüfen, werden Sie vielleicht bei der nächsten Revision der Seemannsordnung doch dahin kommen, den armen Schiffsschwestern etwas mehr Schutz zu gewähren. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Semler (nat.-lib.): Der Fall zeigt, dass unser Konsulatwesen sehr reformbedürftig ist.

Der Titel wird bewilligt.

Zum Titel: Vertrag für das Orientalische Seminar wird die Resolution der Kommission angenommen, die den Ausbau des Seminars zu einer deutschen Auslandshochschule verlangt.

Beim Titel: Förderung deutscher Schul- und Unterrichtszwecke empfohlen

Abg. Auchhoff (Centr.): die Resolution der Kommission, die eine Zeitschrift über die deutschen Schulen im Ausland fordert.

Die Resolution wird angenommen, ebenso der Rest des Stats.

Es folgt der

Estat des Reichsfanzzlers.

Hierzu verlangt eine Resolution Albrecht (Soz.) einen Gesetzentwurf, der für die Reichstagswahlen zum Schutz der Minoritäten und zum Zwecke der wirklichen Durchführung des gleichen Wahlrechts die Verhältniswahl und eine diesem Wahlversahren entsprechende Gestaltung der Wahlkreise einführt.

Eine freisinnige Resolution sowie eine der Wirtschaftlichen Vereinigung wünschen die Einführung von Beamten- und Angestelltenauschlüssen.

Abg. Dr. Grabnauer (Soz.): Wir leben im Jahre der Jubiläumsfeiern, nicht nur das Jubiläum von 1813 wird gefeiert, sondern auch der 25jährige Geburtstag des Regierungsantritts des Kaisers soll feierlich begangen werden. Man hat sich den Kopf zerbrochen, wie das am besten geschehen könnte. Es wäre eine nicht schlechte Idee, alle 25 Jahre einmal ein Feierjahr einzulegen, an dem keine Nebenfeiern gehalten werden, und keine Bankette stattfinden. Wir sehen, dass in den vergangenen 25 Jahren das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes sich vollständig umgewandelt hat. Dank der Tüchtigkeit und des Fleißes der Arbeiter, Kaufleute, Ingenieure ist die Industrie und der Handel Deutschlands groß geworden, vor allem hat sich aus der Tiefe der Gesellschaft die Klasse der Arbeiter emporgehoben, die Anteil gewinnen will an den Kultursätzen und Einfluss auf die politische Entwicklung des Landes. Um so schwerer empfunden hat man, dass die politischen Zustände dieser gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Umgestaltung nicht entsprechen. In bezug auf die Selbstregierung ist das deutsche Volk nicht vorwärts gekommen, während in andern Staaten, z. B. in England, der politische Zustand sich den wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst hat. In Deutschland ist der Zustand des halben Absolutismus und des Bürokratismus erhalten geblieben, die konservative Partei, die bei den Wahlen kaum ein Zwölftel der Stimmen erhalten hat, herrscht in Preußen und in Deutschland. Da braucht der Reichsfanzzler sich nicht zu wundern, dass in weiten Volkskreisen keine besondere Jubiläumsstimmung vorhanden ist. Das deutsche Volk soll in diesem Jahre persönliche und finanzielle Opfer bringen, aber vergebens fragt man nach der Jubiläumsabgabe unsrer Herrschenden. (Sehr wahrl bei den Soz.) Von einem fruchtbaren

sprechen, er ist ein Kanzler des Status quo, des Stillstandes. (Sehr wahrl bei den Soz.)

Au längst überlebten Einrichtungen soll festgehalten werden. Bei der Militärvorlage berief sich der Reichsfanzzler auf den angeblichen Willen des Volkes. Wo es sich um wirkliche Wünsche des Volkes handelt, spricht er nur von den roten Stimmenzettelhausen, da widerstrebt ihm die Demokratie im höchsten Maße. Im Januar des vorigen Jahres hat eine ungeheure Mehrheit des Volkes eindeutig den Willen belunden, es solle mit der gegenwärtigen Politik

ein Ende haben. Aber der Reichsfanzzler hängt ja nicht vom Volke ab und glaubt diesem Nutzen des Volkes nicht Folge leisten zu brauchen, er ist nicht ein Kanzler für die Entwicklung, sondern gegen die Entwicklung. (Sehr wahrl bei den Soz.) Freilich ist nicht er allein schuldig, sondern vor allem die Parteien dieses Hauses, und nicht bloß die ehemalige schwarz-blau Mehrheit, sondern in erster Reihe die Nationalliberalen, die nicht den Kanzler entschieden genug vorwärts drängen. Auf ihrem Parteitag sprach Herr Bassermann am ersten Tage, es seien Garantien für die freiherrliche Entwicklung des deutschen Volkes notwendig. Dann trat aber am zweiten Tage Herr Friedberg mit seinen altnationalliberalen Freunden auf, weitere gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht und trat für den sogenannten Arbeitswillevertrag. Bei den Nationalliberalen ist, wie sich hier wieder zeigt, es unmöglich, eine bestimmte Farbe festzustellen, sie bilden ein großes Gemisch aus den Farben des Hansabundes und denen des Bundes der Landwirte. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Der Reichsfanzzler hält an dem Programm der Sammlung aller bürgerlichen Parteien fest, sondern hofft immer noch mit dem Dreieck aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen eine Politik zu machen, durch welche jeder wirklich liberale und demokratische Fortschritt unmöglich wird. Auch bei den Steuervorlagen wünscht er das, und wir werden abwarten, ob die Nationalliberalen die Ansprüche einer gerechten Steuergesetzgebung dem deutschen Volke versperren.

Ich frage nun den Reichsfanzzler nach der jetzigen Stellung der Reichsregierung zum Orden Jesu. Es scheint etwas vorzugehen, man sagt, es würde ein Handel geschlossen zwischen dem Reichsfanzzler und Herrn Spahn nach der Formel: Soldaten gegen Jesuiten! Das Zentrum soll Tausende von Offizieren kewilligen, und die Regierung darf Tausende von Jesuiten. (Schwachsinn, du, du im Zentrum.) Wir Sozialdemokraten sind für die Aufhebung des Jesuitengesetzes, wir wollen es aber nicht mit 180 000 Soldaten und 1 Milliarde neuer Steuern bezahlen; wir wünschen auch auf diesem Gebiete eine klare Politik und keine Geschäftsmacherei. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ein solches Handelsgeschäft würde den Tiefstand unserer Politik beweisen. (Sehr wahrl bei den Soz.) Einige kleine Verbesserungen, die durch den Reichstag erreicht sind, erkennen wir gern an, aber sie alle sind der Regierung erst in langem, zähem Kampf abgerungen worden. Auch bei dem neuen Jugendschutz der Wahlurnen ist das der Fall. Wir hätten wirklich einheitliche und gleichartige Urnen aus Reichsmittel gewünscht; bei der vorgelegten Vorschrift rätseln wir noch mancherlei Schwierigkeiten bei den Wahlen. Auch dieser kleine Fortschritt ist den Sozialdemokraten zu verdanken; Sie erinnern sich ja an die beschämende Abhängigkeit des Staatssekretärs des Innern von dem preußischen Polizeiminister, die hier aufgehebelt wurde. Ohne das hätte Herr v. Dallwitz seinen konservativen Freunden die kleine Unannehmlichkeit dieses Angeklagten nicht bereitgestellt.

Aber bei diesem kleinen Fortschritt kann von einer Ablehnung von dem konservativen Kurs gar keine Rede sein. Noch immer haben wir nicht die Herauslösung der Altersgrenze für die Gewährung der Altersteile von 70 auf 65 Jahre erreichen können. Wie dringend wäre eine Erhöhung der Witwen- und Waisenbegleite, die heute nur ein läufiges Almoejen sind, wie nötig wäre weiter ein erhöhter Wohnerinnerungslohn, eine großzügige Süßigkeitsfürsorge, eine Ausgestaltung der Tuberkulosefürsorge, eine Reichswohnungsgegenabgabe im großen Stil. Aber in all diesen Fragen heißt es: Es ist kein Geld da. Die Regierung verlangt jetzt eine Militärmilliarden. Wie wäre es, wenn man auch einmal eine Kulturmilliarden aufbringen wollte? (Sehr gut! bei den Soz.) Man braucht nur statt 1 Prozent zu erheben. Wie steht es weiter mit den Rechten der Arbeiter? Das Koalitionsrecht wird nicht geschafft, sondern es erfährt fortwährend Misshandlungen. Der Gedanke der Arbeitslosenunterstützung kommt nicht vorwärts. Bei den sozialpolitischen Debatten bedeuten die Ausführungen des Herrn Dallwitz nichts andres, als dass Schluss mit der Sozialpolitik gemacht werden soll. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird fortwährend beschränkt von Polizeibehörden. Reichs- und Staatsbeamte und Angestellte werden ihres Vereinigungsrechts beraubt, die Jugendvereine, Turn- und Sportvereine der Arbeiter werden unter die politischen Paragraphen des Vereinigungsrechts gezwungen. Das Verhalten der Polizeibehörden in Braunschweig gegenüber unserm französischen Genossen Compère-Morel ist geradezu eine Schande. (Sehr wahrl bei den Soz.) Blaspräsident Paasche ruft den Redner zur Ordnung. Bravo! rechts.) Die Tatsachen werden für sich selbst sprechen. Die Behörde in Braunschweig hat die Ausweisung in der deutbar scharfsten Form vollzogen. Man hat Compère-Morel nicht einmal die Möglichkeit geben wollen, auf dem Bahnhof irgendwelche Speise zu sich zu nehmen. (hört, hört! bei den Soz.) Man hat ihn im Wartesaal festgehalten, er durfte nicht den Zug wählen, den er wünschte, ihm wurde nicht gestattet, die Parteifreunde in Braunschweig zu benachrichtigen. Auch seinem Begleiter, einen deutschen Reichsangehörigen, hat man nicht erlaubt, an das Telefon zu gehen, um Mitteilungen über die Maßnahmen der Polizei zu machen; er wurde mit Verhaftung bedroht, wenn er nicht sofort mit dem nächsten Zug absfahren würde. (hört, hört! bei den Soz.) Mit welchem Rechte schreibt die Braunschweiger Polizei so etwas vor? Herr v. Dallwitz hatte über diesen Fall eine jener Neben gehalten, die Scharfmacherreden sein sollen, aber von dem größten Teil der Bevölkerung nur mit Heiterkeit aufgenommen werden. Die kleinliche Polizeimahnung gegen Morel kann uns vor dem In- und Auslande nur mit Spott bedecken. (Sehr wahrl bei den Soz.)

Einige Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik des Reichsfanzzlers. Die Maßnahmen der Regierung gegen die Lebensmittelsteuerung haben keine wesentliche Erleichterung gebracht. (Unruhe rechts.) Nicht wie entweder Hersteller über die Lage der Arbeiter, sondern diejenigen, die immer von der gefüllten Komptothek des Arbeiters sprechen. (Sehr gut! bei den Soz.) Alle Lohnverbesserungen werden weitestgehend durch die Vertreibung der Lebensmittelhaltung. Während Amerika jetzt nach dem Umsturz seine Zölle herabsetzt und um den Ausfall zu decken, eine kräftige Steuer auf die hohen Einkommen legt, warnt bei uns der Reichsfanzzler davor, die Bevölkerung zur Grundlage der deutschen Reichsfinanzen zu machen. An eine Beseitigung der gehässigen indirekten Steuern, wie der Streichholzsteuer, der Salzsteuer, der Fahrkartenzucker, wird nicht gedacht. Was bewirkt diesen Stillstand der Reichspolitik? Das Problem der Probleme ist die vollständige Abhängigkeit des Reiches von Preußen und den preußischen Juntoren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dank dem Klassenwahlrecht in Preußen geht es im Reich nicht vorwärts, deshalb ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Reform des preußischen Wahlrechts. Herr v. Dallwitz hat ja gestern unter dem Freudenengel seiner Freunde einen Lobgesang auf dies Wahlrecht gefungen. Er hat gemeint, das abgestufte Wahlrecht entspräche durchaus der wirtschaftlichen und kulture

britten Klasse deselben Bezirks wählen die Herren Beseler, Delbrück und der Reichskanzler. (Hört, hört! und große Heiterkeit.) Das Versprechen der Thronrede ist unverstellt geblieben, keine bessere Jubiläumsgabe könnte dem deutschen Volke beschert werden als eine Reform des preußischen Wahlrechts. Im Nachbarstaat Belgien kämpft das Volk jetzt einen heroischen Kampf für ein besseres Wahlrecht durch einen heroischen Generalstreit. Früher oder später wird dasselbe auch bei uns in Preußen der Fall sein. (Hört, hört! rechts.) In dies Wahlsystem muss Freiheit geschlagen werden. Geht es nicht im guten von oben, dann wird der Druck von unten Sie dazu zwingen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.) Auch das Reich ist weit entfernt von einer modernen Volksvertretung. Seinen erscheint der Reichskanzler hier. Viel zu spät wird der Reichstag einberufen. Die Infrage ist nicht gehalten worden, daß der Kaiser sich möglichste Zurückhaltung auferlegen wolle. So haben wir im August 1910 die Gottesgnadenrede in Königsberg erlebt, dann die Goldene Medaille, zuletzt die vielen Jubiläumsreden und schließlich die Rede über den Weltkriegsflug. Der Kaiser erhält völlig unzureichende Informationen. Auch die hoch offiziösen Mitteilungen über die Schenkung des Gutes Cadinen an den Kaiser beruhen auf einer größeren Verfehlung der öffentlichen Meinung. (Lebhafte Hörer, hört! bei den Soz.) Verschiedene Blätter haben behauptet, daß die berechtigten Ansprüche der Verwandten des fröhlichen Besitzers zurückgewiesen worden seien. Nun erklärt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, es habe überhaupt keine Schenkung stattgefunden. (Sehr richtig! rechts.) Diese Behauptung ist falsch. In einem Handschreiben des Königs an den Vorbesitzer wird ihm "Königlicher Dank von Herzen ausgesprochen". Wenn es sich um einen gewöhnlichen geschäftlichen Vertrag handelt, wäre ein solcher Brief wohl nicht gezeichnet worden. Der Kaiser hat mindestens eine Million als Geschenk erhalten. (Wiederholt Dose bitte, nicht auf Dinge einzugehen, die nicht politischer Natur sind.) Der Vater Sohns ist mit Geld abgesunken worden und hat einen Orden als Präsident bekommen. Wollte man all den Leuten, denen vom Kaiser Unrecht geschieht, einen Orden geben, so würde die Zahl der Orden nicht ausreichen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In einer Rede im Landeswehrkrieger-Verein hat der Kaiser heftige Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet, hat er die Offiziere zum Kampf gegen die finsternen Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit aufgerufen. Und können ja solche Angriffe sehr lästig lassen, wie haben mit den Wirkungen solcher Reden recht gute Erfahrungen gemacht. Einmal anders ist es aber, ob der Reichskanzler solche Angriffe auf großer Stärke des Volkes ihr wünschenswert hält.

Wiederholt Dose: Sie haben keinen Zweck dafür, daß große Massen des Volkes, besonders Ihre Partei, gemeint gewesen sind. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Dr. Grabnauer (fortfahren): Wer denn? Dabei hat der Kaiser wiederholt Gelegenheit genommen, mit Sozialdemokraten in Verkehr zu treten. So war der Offizier, den ihm die schwedische Armee verwaltung zur Information stellte, ein "schrecklicher Sozialdemokrat, der in sozialistischen Zeitungen militärische Artikel schreibt", also auch einer von den finsternen Mächten des Unglaubens. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Hoffentlich hat von dieser finsternen nichts abgefärbt.

Der letzte Grund dafür, daß wir in Deutschland nicht vorwärts kommen, liegt darin, daß auch der Reichstag kein richtiges Spiegelbild des Volkswillens ist. Die Herren vom Zentrum führen zum großen Teil hier nur aufgrund des ungerechten Wahlverfahrens. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir brauchen das Verhältniswahlrecht und eine neue Wahlkreisbestellung. Die liberalen Parteien könnten die Reaktion in hoffnungslose Minderheit bringen, wenn sie wirklich liberale Politik treiben wollten. Unsre Hoffnungen darauf sind freilich sehr gering. Unsre Hoffnung beruht vielmehr auf der großen sozialdemokratischen Volksbewegung. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Am Hindernis auf diese große Kulturbewegung sind wir der Wahrheit des Dichterwortes gewiß: Das Alte stirbt, es ändert sich, die Neuk- und neue Leben blüht aus den Ruinen! (Lebhafte, anhaltende Beifall bei den Soz.)

Reichskanzler v. Bethmann-Höllweg bestreitet zunächst, daß von einem Kühnhandel bei der Jesuitenfrage die Rede sei. Über den Beschluss des Reichstages auf Aushebung des Jesuitengesetzes hat der Bundesrat noch nicht befunden. Die Einzelheiten der Vorgänge in Braunschweig sind mir unbekannt und dem braunschweigischen Bundesratsvollmächtigen auch. (Rauhes Gelächter.) Sozialdemokratie ist, wenn die Sozialdemokratie Deutschland die Verstärkung seiner Machtungen vornehmen will, die zur Sicherung unserer Zukunft nötig ist, dann mag sie es unter sich abmachen. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Gegen fremde Hilfe werden wir unser Bestreben einlegen. Nun hat der Vorredner gesagt, daß Herr Comptore-Morel gar nicht gegen unsre Vorlage hätte sprechen wollen, sondern gegen den französischen Chauvinismus. Das wäre ja an sich ein sehr verdienstvolles Werk (Heiterkeit), aber seine Anwesenheit in einer deutschen Versammlung sollte doch dazu dienen, ihrer Agitation gegen die Wehrvorlage zu dienen. Was wir zur Verstärkung unserer Armeen tun wollen, darüber kann nur von Deutschen ganz allein beschlossen werden. (Beifall rechts.) — Der Fall Sohns ist vom Kaiser in einer Weise erledigt worden, daß er für und alle erledigt sein kann. (Lebhafte Beifall rechts.) Den Brief des Kaisers an den früheren Besitzer von Cadinen sehe ich nicht. Ich kann nur angeben, daß im kaiserlichen Archiv ein Kaufvertrag vom 15. Dezember 1898 liegt, dessen § 1 lautet: "Der Kaiser übernimmt heute von Herrn Birlner die und die Besitzung", und § 5: "Der Kaiser zahlt eine einmalige Barumme von 50000 Mark und außerdem eine jährliche Rente." (Hört, hört!) Ich halte die Behauptung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung also aufrecht.

Der Vorredner hat sich dann beklagt, daß der Kaiser in einer Diskrede die Landeswehrkrieger aufgerufen hat zum Kampf gegen die finsternen Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit. Wollen Sie etwa bestreiten, daß solche Mächte bei und an der Arbeit sind? müssen wir nicht täglich in der sozialdemokratischen Presse Verhöhnungen des Gottesglaubens lesen? (Lebhafte Widerspruch bei den Soz., lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Allerdings wurde mir ein Artikel der Leipziger Volkszeitung vorgelegt, in dem Einrichtungen des christlichen Glaubens in einer Weise dargelegt sind, daß ich den Staatssekretär des Reichsjustizamtes gebeten habe, zu prüfen, ob nicht die Vorwürfeungen der strafrechtlichen Verfolgung gegeben sind. Wenn Sie christlich sein wollen, müssen Sie mir zugeben, daß Sie trotz aller Toleranz, die Sie predigen, unausgefeiert den Gottesglauben anderer Leute angreifen.

(Lebhafte Zustimmung besonders rechts und im Zentrum. Widerspruch bei den Soz.) Der ganze Reichstag ist da auf meiner Seite. (Gemeine Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Und ebenso wird die Unterordnung von Ihnen verstoßen. Denken Sie an die berühmte Debatte in der Berliner Stadtverordnetenversammlung über die Hundertjahrfeier. Erinnern Sie sich an die Antworten der Freiheitlichen. Und da wundern Sie sich, daß der Kaiser acht Tage später an die militärischen Kräfte, an den Gotteshausen erinnert hat? Der Kaiser hat dem Volke damit und der Seele gesprochen, und das lassen wir uns nicht durch Ihre Angriffe verkümmern. (Lebhafte Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Viechling (Wp.) bezeichnet die Ausweitung Morels als eine kleinliche Maßregel. Die Kritik an öffentlichen Reden des Kaisers lassen wir uns nicht nehmen und wir bedauern, wenn er sich unterrichtet war, wie im Hölle Soß. Aber ob er das Gut Cadinen geschenkt bekommen oder gekauft hat, ist für die Demokratie ganz gleichgültig. (Zustimmung bei der Wp.) Für die Sozialdemokratische Resolution werden wir stimmen.

Abg. Morawski (Pole): Die ganze Politik der Regierung gegen die Polen kommt nur der Sozialdemokratie zugute. Die Regierung will nur uns entneien, die Sozialdemokratie alle; der Krieg ist ihrerseits. (Beifall bei den Polen.)

Ein Vertragungsantrag wird abgelehnt.

Abg. Hüttmann (Soz.): Die Wahlen von 1912 haben bewiesen, wie das Volk über die Politik des Reichskanzlers denkt. (Sehr wahr! bei den Soz.) In ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen werden den Arbeitern nach wie vor die größten Schwierigkeiten gemacht. Das gegenüber Ausschreitungen bei Streiks die heutigen Strafbestimmungen mehr als ausreichen, beweisen die Erfahrungen im Ruhrrevier, wo 30 Jahre Gefängnis und 16 345 Mark Geldstrafe insgesamt verhängt worden sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Von 1200 Anklagen muhten 300 Freispruchserfolgen. (Hört, hört! bei den Soz.) Medner begründet dann den Antrag auf Einführung des Verhältniswahlrechts bei den Reichstagswählern. Der Reichstag würde eine ganz andre Zusammensetzung erfahren, wenn wir ein wirklich gleiches Wahlrecht hätten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die industrielle Entwicklung hat die großen Massen in den Großstädten zusammengebracht. Das bedingt mit Notwendigkeit eine andere Wahlkreiserteilung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber man fürchtet eine Anerkennung, um nicht unsern Einfluß zu verstärken. Aufgrund des Majoritätswahlrechts bleiben über 5 Millionen Wähler überhaupt unvertreten. Daher verlangen wir die Verstärkung der Minorität. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Behauptung, wir ständen der Religion feindlich gegenüber, hat der Reichskanzler in keiner Weise begründet. In unserer Partei wird Religion für Privatsache erklärt; niemand erfährt eine Zurückhaltung wegen seiner religiösen Überzeugung. Aber die Kritik an den liturgischen Einrichtungen, die sich in keiner Weise mit religiösen Überzeugungen decken, werden wir uns auch in Zukunft nicht verneinen lassen. Der Fall Sohns ist ebenfalls für die Demokratie erledigt. Auch das Wort von der "vollen Kompatibilität" beweist, wie falsch der Kaiser über die Ergebnisse der Sozialpolitik unterrichtet ist. — Bei der Nachwahl in Greiz ist dem Wahlgeschäft eine falsche Auslegung gegeben worden, Leut, die innerhalb des Wahlbezirks von einem Ort in den andern verloren waren, hat man am Wahlgang verhindert, obwohl nach den alten Listen genügt wurde. Die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers führt dazu, die Stärken und Mächtigen immer mehr zu stärken, den Kleinen und Schwächeren in Gewerbe, Handel und Industrie und vor allem den Massen der Arbeiter das Leben immer mehr zu erschweren. Die feste Phalange der Arbeiter gegen diese Wirtschaftspolitik werden Sie nicht zerstören können. Gerade die Arbeiter sind es, die im Verein mit den Männern der Wissenschaft und Technik die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens bilden, durch dessen Ausschwung Deutschland groß geworden ist. Um so unbegreiflicher ist es, daß die Regierung die Arbeiter rechtslos hält. Wir protestieren dagegen, die Wehrheit des Volkes ist nicht nur zum Arbeiten, sondern vor dem Volke muß auch die Wehrheit verlangen, die der heutigen Entwicklung entsprechen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Grabnauer (Soz.): Die Vorschreibung des "Kaufvertrages bei der Übernahme des Gutes Cadinen durch den Kaiser" ist eine Irreführung, sowohl der öffentlichen Meinung als des Kaisers. Der Reichskanzler weiß sowohl als Jurist wie als Landwirt recht gut, daß auch Schenkungen in solcher Form erledigt werden. Der von mir verlesene Brief des Kaisers an den Landrat Birlner beweist deutlich, daß das Gut Cadinen ohne Gegenleistung an den Kaiser übergegangen ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man hat dem Kaiser damals offenbar auch verheimlicht, daß der Landrat Birlner seine Verwandte hatte. (Hört, hört! bei den Soz.), die geradezu brutal behandelt wurden. (Präsident Kämpf: Ich bitte, diesen Gegenstand zu verlassen; das gehört nicht in den Reichstag!) Diese Vorgänge sind nur Symptome schwerer Unstände in den höchsten Regionen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Diskussion schließt. Bei der Abstimmung über die Resolution Albrecht, die durch Hammelsprung erfolgen muß, weil das Resultat zuerst zweifelhaft bleibt, stimmen 90 Abgeordnete für, 88 gegen die Resolution. Das Haus ist also beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung; dann Wahlprüfungen und Militäretat.)

Aus den Reichstagskommissionen.

Gegen den Duellkunst.

In der Dienstagsabstimmung der Budgetkommission des Reichstages beantragte Genosse Stücker, die Auswendungen im Betrage von über 40000 Mark jährlich für den Bevollmächtigten in Petersburg zu streichen, und die Auswendungen für den Militärrätehaus in München als künftig wegfallend zu bezahlen. Bei allen anderen Staaten unterhält Deutschland nur Attache's; warum in Petersburg neben dem Attache noch einen Bevollmächtigten mit Generalsrang? Weil Russland auch einen solchen hohen Offizier dem deutschen Kaiserattaché? Auch hier könne und müsse Sparmaßnahmen getroffen werden. — Der Kriegsminister und ein General verteidigten die beanstandeten Stellen; ihm schlossen sich die Redner aller bürgerlichen Parteien an. Die Posten wurden gegen die sozialdemokratischen Stimmen bewilligt.

Sobald wurde in die Besprechung der Duellfrage eingetreten. Abg. Grüüber begründete folgende Resolution: "Der Reichskanzler wird ersucht, dahin zu wirken, daß gegen Mitglieder militärischer Ehrengerichte, welche von einem Offizier oder Sanitätsoffizier den Zwielampf, die Herausforderung zum Zwielampf oder die Annahme dieser Herausforderung verlangen, nach den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs die Strafverfolgung durchgeführt wird." — Hinter § 208 des Strafgesetzbuchs soll folgender § 208 a eingeschaltet werden: "Hat der Täter in den Fällen der §§ 205—208 den Zwielampf durch Erbteil mit der Chefin des Gegners oder durch Verführung seiner Tochter oder Schwester, oder durch schwere Beleidigung verübt, so ist an Stelle der Festungshaft ein Gefangenheitsstrafe von gleicher Dauer und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erläutern."

Genossen Ledebour bekämpfte diese Anträge wegen ihrer lautlosartigen Fassung. Die schriftlich vom Kriegsminister der Kommission abgegebene Erklärung genüge nicht, wenngleich ein Fortschritt gegen früher zu konstatieren ist, dahingehend, daß in allgemeinen der Offizier nicht den Dienst quittieren muß, wenn er aus liturgischen oder religiösen Motiven ein Duell verweigert. Innerhin könne aber der Kaiser nach wie vor wegen Verweigerung der standesgemäßen Genugtuung auf Verabschiebung erkennen. Solber sprach sowohl das Strafgesetzbuch, wie auch die bisher vom Reichstag angenommenen Resolutionen eine Privilegierung des Duells verbrechens aus. Hier müsse der Hebel angesetzt werden. Dass auch die Militärverwaltung eine Einschränkung des Duells wolle, sei zu gegeben; es komme aber auf die grundhafte Verwerfung und Bekämpfung des Duells an. — Abg. Semler forderte ebenfalls Verfestigung aller dehnbaren Bestimmungen. Er wünschte eine obrigkeitliche genaue Anweisung, wann duelliert werden kann und soll oder nicht. — Genossen Tieckelknecht trat den Ausführungen Ledebours bei. — Abg. Gothein betonte, daß die Volkspartei den Anträgen des Zentrums nicht zustimmen könne, da sie der präzisen, das Duell wirklich bekämpfenden Fassung entgegen.

Es wurde beschlossen, beim Plenum zu beantragen, die strafrechtliche Lösung der Duellfrage einschließlich des gesamten vorliegenden Materials einer besonderen Kommission zu überweisen.

Aus der Partei.

Die beleidigte Militärkanzlei. Anfang August v. J. glich ein Artikel der Norddeutschen Zeitung durch die Presse, in dem darauf hingewiesen war, daß sich für die Auslebung auf Rentenbürgern keine Militärkanzleien gefunden hätten, trotzdem man diesen Bewerbern befürdete Vorteile zugestehen hätte. Dieser Artikel hatte das Hamburger Echo übernommen und eine scharfe Kritik daran gefüllt, in der zum Ausdruck gebracht wurde, wie bedenklich das Verhandeln der Militärkanzleien sei. Wegen eines schweren Ausbruchs in dieser Kritik hatte der Kriegsgerichtskreis Dr. Hermann Meissner, Vorsitzender des Verbandes der Militärkanzleien, gegen den verantwortlichen Redakteur des Hamburger Echo, Genossen Döring, Klage erhoben. Das Schöffengericht erkannte am Montag auf eine Woche Gefangen zu. Die Beleidigung dieser bewährten Beamten sei so schwer, daß sie nicht mit 500 Mark Strafe bestraft werden könne. Der gegenwärtige Anwalt hatte 800 Mark Strafe beantragt. — Gegen das Urteil wird selbstverständlich Berufung eingeregt.

Der Kongress der ungarischen Sozialdemokratie, der alljährlich zu Ostern tagt, wurde auf den Herbst verschoben, nicht wie die Regierungsbürokratien meldeten, "weil die Parteileitung eine Verurteilung ihrer Taktik befürchtet", sondern weil die Parteipolitiker bis dahin eine Auklärung der jetzt so düsteren Situation erhofften.

Eingelaufene Schriften.

Zur preußischen Landtagswahl ist als weiteres Material in der Verlagsbuchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Berlin, ein kleiner Käfer durch die preußische Verfassung erschienen. Das kleine Käferchen enthält den Vorlaut der Verfassung und des Landtagswahlrechts; die einzelnen Bestimmungen sind mit erläuternden Anmerkungen versehen. Ein weiterer Abschnitt ist dem Herrenhaus gewidmet. Eine historische Einleitung über die Entstehung der Verfassung bietet gutes Material zur Kenntnis der preußischen Verfassungsgeschichte. Die Broschüre kostet 30 Pf.; Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts oder an eine andre Parteibuchhandlung zu richten.

Filialen der Leipziger Volkszeitung.

Zeilig: Filiale Volkshaus, Delitzscher Straße.
Frau Ida Weihorn, Albertstraße 12.
Herr H. Borleis, Markthallenstraße 12, pt.
Herr Otto Jacob, Bildstraße 47, Ecke Berliner Straße.
Z. Wolkendorf: Filiale Ost: Elisabethstraße 19.
L. Anger: Herr H. Nisch, Cäcilienstraße 2.
L. Neuditsch: Restaurant Schröder, Comeniusstraße 2.
Herr Gustav Alide, Zigarrenengel, Bergstraße 7.
Herr Franz Albrecht, Täubchenweg, Ecke Breitkopfstraße, Zigarrenengel.
Görlitz: Herr Wilhelm Bruchardt, Schulstraße 5.
L. Bonhag: Herr Ernst Troitzsch, Neithainer Straße 82.
L. Stötter: Max Pollnitz, Ferdinand-Jost-Straße 27.
L. Kleinzeichner: Herr M. Georgi, Dieskaustraße 81, pt.
Herr Karl Peter, Dieskaustraße 5.
Leipzig: Herr F. Stöck, Hauptstraße 59.
L. Lindenau: Lützner Straße 41, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße.
Telephonanschluß Nr. 8854.
L. Plagwitz: Weihenfelser Straße 19.
Böhlin-Grenberg: Herr Ed. Bredow, Ecke Wettiner und Mühlstraße.
L. Kunnewitz: Herr A. Prior, Vornlaische Straße 13.
L. Eutrich: Herr M. Herzog, Magdalenenstraße 6.
L. Göhlisch: Herr Herm. Müller, Lindenholz-Straße 12.
Schneidels: Filiale Ecke Leipziger und Schmid-Nühl-Straße.
Wiederholt: Arno Bruchardt, Schreibwarenhandlung, Lindenholz-Straße 7c.

Amtliche Bekanntmachung.

Geldschrank-Einbruch

100 Mark Belohnung.

Die Diebe haben den Geldschrank mittels eines 8 mm starken Zentrumbohrers um das Schloß herum und zwar in der Weise, daß sich immer ein Loch an das andere reihte, angebohrt und dann durch Herausbrechen der Platten das Schloß freigelegt und herausgenommen.

Auf die Wiedererlangung des Gestohlenen sind von den Geschädigten

100 Mark

und von dem Polizeiamt auf die Ermittlung der Täter

50 Mark

Belohnung ausgesetzt.

Einige sachdienliche Mitteilungen nimmt die Amtliche Abteilung des Polizeiamtes zu Kr. Berg. A I Nr. 1878 entgegen.

Leipzig, den 17. April 1913.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

**Drei
20 Pfennige
pro Flasche
ohne Glas**



Eisen-Bier

Sermaltan
aus bestem Malz, Hopfen und
feinster Raffinade mit fest,
stehendem organischen
Eisengehalt.

Eisengehalt.
Sternförmig blutbildendes
Nähr- und Kräftigungsmittel.
Arztlich empfohlen

Freyberg's Brauerei, Leipzig.

Lieferung von 10 FL an zum Preise von 2 Mk. frei Haus.

COCOSA

Feinste Pflanzen-Butter Margarine

Überall erhältlich!

Geschmack
Aroma
Bekömmlichkeit
wie bei
bestem
Naturbutter

Überall erhältlich!

Allein. Fabr.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.)

Büro und Lager Leipzig. Vertreter: Eduard Brade, Leipzig
Telephon 2265.

Schuhwaren - Enghardt
Südplatz 2 Eingang Klemmt.
Billige Preise. Große Auswahl.

Schuhwaren
Ernst Becker
in großer Auswahl von
nur kleinen Firmen. Was-
und Reparaturarbeiten
prompt und billig. Leipzig, Rannstäd. Steinweg 29

Wieder neu erschienen!
Kindergeschenk und Arbeiterklasse

aber: Wie schütze ich mich vor starkem
Familienzuwachs auf gesunde Art?
Preis 30 Pf. oder 35 Pf. in Briefmarken, als Brief
50 Pf. — Zu beziehen durch die Buchhandlung der
Leipziger Volkszeitung in Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
und deren Filialen. [2155]



Empfehlen
aus Donnerstag früh
eintreffendem

Waggon Seefisch

in lebendfrischer Ware

Kabeljau

ohne Kopf, Pfund 25 Pf.

Seelachs

ohne Kopf, Pfund 22 Pf.

ferner

Schellfisch, Scholle,
Rotzunge, Knurrhahn,
Austernfisch,
Seehecht, Goldbarsch

zu billigen Preisen.

D. D. Ges. Nordsee

Reichsstr. 25

Telephon 4218.

Niederlage: Gohlis,

Lindenstr. 32.

Telephon 19638.

Zigarren

M. Rothe

Tauchaer Str. 48.

Schuhwaren

taut man in auerkannt guter
Ware zu billigen Preisen bei

A. Günther

Lindenau, Aurelienstr. 38

an der Guismuthstraße.

Große Auswahl in 1°
Sandalen und Turnschuhen.
Reparaturen schnell u. sanber.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Abliebung Buchhandlung :: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.

Wir empfehlen zu herabgesetzten Preisen:

Sozialreform oder Revolution.

Von Rosa Luxemburg.

Preis anstatt 50 Pf. nur 25 Pf.

Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch.

Von Parvus.

Preis anstatt 1 Mk. nur 25 Pf.

Die Austräger und die Filialen der Leipziger Volkszeitung nehmen Bestellungen an.

Zur Einkommensteuer-Einschätzung!

Führer

durch das sächsische Einkommensteuer-Gesetz
von August Lützow, Arbeitsssekretär.

Preis 15 Pfennig.

Formulare zur Reklamation

mit Rückert 5 Pfennig
empfohlen

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zahn-Atelier

Leipzig Königstr. 4 Tel. 9888

Schmerzlos — Zahnsrichen
Zahnrechts sowie Plomben
unter Garantie
Sprechstunde 9—12, 2—7
Sonntags 9—11

B. Massloff

Seinen **Privat-Mittagstisch** zu bill. Preisen
guten **guten Mittagstisch** empfiehlt
Ernst Dornisch, Alexanderstr. 14, Ecke Kolonnadenstr.

Arbeitsmarkt

Männergesangverein, 35 Sg.,
sofort für Dienstag freit.

Dirigent, offert, v. V.

1913 postlagernd Thonberg.

Unterricht

cafe-Werk, off., Galerie 7/8
bei Eintrittsermittlung 1,50
Mälzer-Hotel, off., Galerie 3/50

Veranstaltungen

Schreps Privatmittagstisch
zu 40 Pf. Vauchstädt. St. 42.

Familengärten der
Karl-Strauß-Sit. □ m 12,4,
mit 11 Jähr. Kontrakt zu ver-
pachten. Rbd. d. Zirkusbach,
Wurzner Str. 77 (Restaurant).

Grosszschoch.-Windorf
Hauptstrasse 19.

Empfehlung der geehrten Ein-
wohnerschaft meinen neu er-
öffneten

Rasiersalon —
Hochachtungsvoll M. Seidel.

Frack-n. Gebrockanzuge
verleiht Schneidermeister Müller
jetzt Windmühlenstr. 20.

Hainstr. 6, I.
Frack Smoking A. Dachs

Leih-Institut, Bierlinde 1810.

Als äst. ausgeb. u. geprägte
Mosseusen und Mosseure

empfehlen sich: 24676

Gerrt. Linke, Salomonstr. 21.

W. Brotzneider, Thure-
Brand - Massage - Spez.

Engelsdorfer Str. 7, I.

K. Knab, St. 2, Glaserstr. 28, II.

M. Böttke, Hoferstr. 18, III.

J. Knabe, Ingol. a. S. o. St.

I. Pf. gege., Nähe Mdn. Str.

Rdn. St. 2, III. 3. spr. abbr. 7II.

Goldene Damenuhr m. Kette
am Hirschpark in Sonnewitz
verloren. Gegen hohe Be-
lohnung abzugeben. [1570]

Kaiser-Wilhelm-Str. 57, II. r.

Extra-Bellage dieser Nummer:
Von der Firma J. Sonnholz,

Leipzig, ein Prospekt für die
Abonnenten in S. Ost. 15070

Kleiner Anzeiger

Damen — Monats-
Garderobe
neue u. getrag., eleg. Stichen,
u. Ballkleider, Rosoline, Jack,
Mänt., Blus., Röcke spottbill.
Gelegenheitsläufe. [1°]
Orn.-Gard. u. Kindersachen.
Wachterstr. 24, II. Steinbad.

Achtung!

Kavaller-Kleider, wenig
getrag., u. neue, teils auf
Seide, in allen Größen

Anzüge

und Ulster

8, 12, 16, 18 u. höher.

Eleg. Jack. u. Hos. st. bill.

Gesellsch.-Anz. a. leibw.

Tauchaer Strasse 22, I.

Reelle neue Betten

Gebet. 12,50, 14, 18, 25, 33, 4.

o. Selmar Kraft, Lind., Markt.

Bettst. m. g. M., Schlaf.,
Röch., usw. all. s. bill. Gr. Aus-
wahl in 2 Et. u. Niederlag. [1°]

Damenhütte

garniert u. ungarniert, werd.

staunend u. bill., auch einzeln

verkauft im Fabrikslager

Fechner, Johanniskirche 4, I.

Straussfedern

spott-

billig

Pleureusen, Gelegenheit.

Grimm. Steinweg 28, I. [1°]

Straussfedern

Gelegenheit [1°]

Pleureusen, Reiber, Fantasie

spott. Go., Breitenf. St. 80, II. I.

Bettwäsche

Dowlas-Kissen 1 Mk.

Bezug 4, Bettuch 2 Mk.

fertig genäht, reell u. bill.

Elisabeth Heidorn

Leipzig, Otto-Schill-Str. 2.

Holz-Schuhe - Pantoffeln

Holz-Schuhe, feinste

Reparaturen prompt.

Ernst Röhl, Wurzn. Str. 09. [1°]

Holz-Schuhe, Holländer

u. Holz-Schuhe in detail

Reparaturen prompt.

Ernst Röhl, Wurzn. Str. 09. [1°]

Aquarien

Glaschker

nur Tanchaer St. 26. Tel. 13890

Spottbill. Gelegenheitskräfte

Fische, Pflanzen, Terrarien,

Tiere, Vogelfutter, Kädes etc.

Illustr. Bilder gratis u. franco.

Schuhwaren-Total-Ausverkauf!!

Unser gesamtes Lager

Windmühlenstrasse 2

und die noch bereizende Waren sind wegen

Aufgabe dieses Geschäftes

zum Total-Ausverkauf gestellt.

Preise bis

50% ermäßigt.

Schuh-Bazar Joske

Death euren Bedarf an hoh-

lichen Artikeln. Anwurf, Ab-

verwend. w. erledigt. Auch Leib-

binden u. Mänu. Sprühen vrf.

Franz L. Becker. Höhs. 6-8 II.

Wolkm., Mariannenstr. 121 III.

Wäscheroellen

Holz-Schwein, feinste

Reparatur. A. Höhl, Turnerstr. 6.

Großer Umsatz.

Kleiner Nutzen.

Oeffne Zarotto - Cigaretten

aus Tabaken Ernte 1911 großartig!

Achtung! Schuhmacher Achtung!

Montag, den 21. April 1913

Oeffentl. Versammlung

im Gesellschaftssaal des Volkshauses.
Referent: Reichs- und Landtagabgeordneter Kollege
Simon (Nürnberg). Thema: Die Antwort der Arbeit-
geber betreffs Tarifverhandlung. Nachdem: Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Der Elberfelder.

Verband der Steinsetzer und Berufsgen.

Filiale Leipzig.

Freitag, den 18. April 1913, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Seitzer Straße 32.

Tagesordnung:
1. Die Richtigkeit der Befreiung des Sozialarbeitsvertrages
der Arbeitgeber Kauke, Schaaf und Schwabach und
Beschlußfassung hierzu. 2. Mitteilungen des Vorstandes.
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Leipzig u. Umg.

Eiche. Volkshaus. Turnst.: Männerabt. Dienst. u. Freit.
1/2-10. Turnierinnenabt. Mont. u. Donn. 1/2-10.

L.-West.

Freitag, den 18. April, abends 9 Uhr, Ordentl.,
Quartals-Versammlung in der Turnhalle,
21. Calviustr. 26-30. Vortrag: Turnerschaft einst
und jetzt. Referent: Dr. Wuttke, Leipzig. — Sonn-
abend, den 19. April, abends 1/2 Uhr, Schützenjagd
der Altersabteilung. — Turnst.: 28. April: Jöggings-
abteilung. 24. April: Turnerinnenabteilung. 25. April:
Allgemeine Abteilung, anschließend Langfränzen.
28. April: Altersabteilung, anschließend geselliges Be-
sammensein. — Turngenossen, Freunde und Gönner
lädt zu allen Veranstaltungen freundl. ein. Der Turnrat.

L.-Kleinzschocher Turnverein

Freitag, den 18. April, abends 9 Uhr, Mit-
gliederversammlung in der Windmühle. [5055]

Mockau Turnverein Mockau u. Umg.

Freitag, den 18. April, Monats-Versammlung.

Zahlreiches Erscheinen wünscht [4053] Der Turnrat.

Holzhausen

Freitag, 18. Apr. Versammlung. Sonnab. 20. Apr.
Sommer-Anturen. Zahlr. Beteiligung erw. D.T.

Borsdorf

Freie Turnerschaft. Turnstunden für

Turner jeden Dienstag und Freitag von

abends 8 Uhr an. Für Turnerinnen Mittwoch,

abends 1/2 Uhr, im Klosterschlößchen. [5057]

Turnverein Eiche, Leipzig.

Sonnabend, den 19. April, im großen

Saale des Volkshauses, Seitzer Straße

Frühjahrs-Vergnügen

bestehend in Konzert, turnerischen Aufführungen und

Ball. Unter Mitwirkung der Leipziger Musiker-

Vereinigung (Dir. Reinhold Lötze).

Programm im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Sonntag, den 20. April [5062]

Erstes Sommer-Anturen der Kinder-Abteilung

im Volkshaus-Garten. — Eintritt frei.

Freunde und Gönner der freien Turnfache sind zu beiden

Veranstaltungen freundlich eingeladen. Der Turnrat.

Turnverein Vorwärts, Leipzig-Süd

Sonntag, den 20. April, nachmittags 1/2 Uhr

Frühjahrs-Schauturnen

in der Turnhalle, Scheffelstraße 24.

Nach dem Turnen Tanz und Kommers zu Ehren des

Brudervereins Bichte, Halle a. Saale.

Freitag, den 25. April, Monats-Versammlung.

Wichtige Tagesordnung, daher Erscheinen jedes Mitgliedes

nötig. [5064] Der Turnrat.

Turnerinnen-Abteilung

des Turnvereins L.-Ostvorstadt.

Sonnabend, den 19. April

Achtes Stiftungs-Fest

verbunden mit **BALL**

im Etablissement Schürenhaus, L.-Sellerhausen.

Eintritt 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Programme im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Freunde und Gönner der freien Turnfache sind herz-
lichst eingeladen. [5064] Der Vorstand.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig

Sonntag, den 20. April, früh von 1/2 Uhr an

Zeitungs-Algitation.

Die Genossen von Lindenau treffen sich in der Filiale der Leipziger Volkszeitung, Lützner Straße 41, die Genossen von Plagwitz im Restaurant Kamerun, Nonnenstraße 52. [5001]

Wir erwarten, daß alle Genossen und Genossinnen zu dieser Algitation kommen.

Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein LEIPZIG ::

Sonntag, den 20. April, vormittags 1/11 Uhr

Versammlung

im Sanssouci.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeit-
geberverband. 2. Beschlussfassung über die Vorschläge der Unternehmer. 3. Ver-
schiedenes.

Die Versammlung wird plakatmäßig eröffnet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zugang.

Die Wichtigkeit der Versammlung macht es den Kollegen zur Pflicht, plakatmäßig und volljährig zu erscheinen. [5077]

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maschinisten u. Heizer

wie Berufsgenossen

Geschäftsstelle: Werktag 8-12 und 8-7, Sonnabends 8-4-5
Gebäude: Volkshaus, Seitzer Straße 32
Saalbau rechts, 3. Et. Tel. 7512 :: Zahlstelle Leipzig ::

Sonnabend, den 19. April, abends 8 Uhr

Quartalsversammlung im Volkshaus, Gartensaal

Tagesordnung: 1. Quartals- und Kassenbericht. 2. Gewerkschafts-
liches. 3. Technischer Fragekasten.

Volljähriges Erscheinen erwünscht.

N.B. Das Bureau befindet sich jetzt: Volkshaus, Bördehaus, Portal
rechts, II. Etage. Bureauzeit 8-12 und 8-7 Uhr.

D. V.

Unserm Parteigenossen

Zentral-Kranken- und Sterbetasse
der Lischler (E. S. 3) Hamburg.

Zahlstelle Kleinzschocher.

Sonnabend, den 19. April

abends 1/2 Uhr

General-Versammlung

im Kassenlokal.

Tagesordnung: 1. Neuwahl der Verwaltung.

2. Bericht vom 4. Quartal 1912 und vom 1. Quartal 1913.

3. Verschiedenes.

Um recht zahlreichen Besuch erachtet

Die Ortsverwaltung.

Von unschätzbarem Wert
für alle Kranken bei
Magen- u. Darmkrank-
heiten ist Knorr-Hafer-
mehl. Das Paket kostet
nur 50 Pfennig.

Leipziger Beerdigungs-Anstalt, Pietät

Teleph. 532 Feuerbestattung Teleph. 532

28 Matthäikirchhof 28

Zweiggeschäfte: Lind., Odermannstr. 10. Tel. 17410.

L.-Gohlis, Eisenacher Str. 8. L.-Volkm., Konradstr. 41. Tel. 582

Familien-Nachrichten

Für die uns zur Hochzeit dargebrachten
Glückwünsche sagen wir allen unsern herzlichsten
Dank. Dank dem Gesangverein von Rückmars-
dorf für das Ständchen.

Böhltz-Ehrenberg, im April 1913.

Otto Hermann und Frau.

Unserm Parteigenossen

Richard Herzog und Frau

zum 25jährigen Ehejubiläum herzliche

Glückwünsche.

L.-Eutritzschi, den 17. April 1913.

Die Parteigenossen von L.-Eutritzschi.

Unserm lieben Sangesbruder

Richard Herzog und Gemahlin

die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen

Hochzeit.

Sängerchor Leipzig-Eutritzschi.

Mittwoch vormittag starb nach schwerem Leid
im Alter von 57 Jahren meine liebe Frau, unsre
Mutter und Großmutter, Schwester und Schwägerin

Frau Marie Horn.

Der trauernde Gatte und Kinder.

Beerdigung Sonnabend nachmittag vom Trauer-

haus, Schönfeld, Stammbeinplatz 11, aus.

Hiermit allen Freunden und Bekannten zur trau-
rigen Nachricht, daß unsre liebe Tochter u. Schwester

Margarete Köditz

Mittwoch früh verschieden ist.

1508 Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonnabend 1/12 Uhr vom Trauer-

haus, Uhlandstraße 4, aus.

Leipziger Allgemeine Kraftomnibus Aktiengesellschaft

Unsere Geschäftsräume befinden sich bis zur Fertigstellung des Verwaltungs-
Gebäudes

Dessauer Straße 15, p. I.

Geschäftszeit: Vorm. 8-12 1/2 Uhr, Nachm. 8-6 Uhr. Sonnabends 8-3 Uhr. Fernspr. 631

Der Vorstand. von Eicken.

Kürschner Rötha

Sonnabend, den 19. April

Grosses Ballfest

im Gasthof zur Stadt Leipzig.

Ausgang 6 Uhr [5008]

Freunde und Gönner sind freundlich ein-
geladen.

Der Vorstand.

Radium-
elektr., Licht-etc. Kuren bei
Rheuma, Gicht, Haut-, Herz-,
Nerven — Frauenleiden
M. Müller, Institut SALUS
Leipzig-Th., Reitzenhainer Str. 34
Fernspr. 7718
Sprtz. 8-9, 1-3
Sonntag 9-10

Der Patriotismus lohnt sich.

Die von den Militärlieferanten und Panzerplatten-patrioten ausgehaltene oder journalistisch gespeiste Presse beginnt bereits wieder kräftig die alte Lüne anzustimmen von der "antinationalen" Sozialdemokratie, die sogar kein Verständnis hat für die großen "Segnungen", die die neue Heeresvermehrung für die deutsche Volkswirtschaft und ganz besonders auch für die Arbeiterschaft mit sich bringt. Eines der blödinnigen Argumente, mit dem dabei operiert wird, hat Genosse Scheidemann bereits im Reichstage der verdienten Lächerlichkeit preisgegeben: Die Behauptung nämlich, daß die Mehrstellung der 136 000 Mann in die Armee die Arbeitslosigkeit vermindern werde. Ein Wehrvereinster rächt sich dafür in der Post, indem er die Arbeitslosen als Arbeitscheue hinstellt. Ein zweites Argument ist, daß die notwendig werdenden Festungs- und Kasernenbauten, Geschütz- und Munitionsbestellungen usw. Millionen von Arbeitern "lohnende Beschäftigung" gewähren würden. So bringt die von den rheinisch-westfälischen Industriellen ausgeholtene Neue politische Korrespondenz den folgenden Artikel, der natürlich von der militärischen Hurrapresse — auch das Leipziger Tageblatt gehört dazu — eifrig nachgedruckt wird:

Durch die Heeresvorlage wird die heimische Produktion auf Dohre hinaus eine starke Befruchtung erfahren. Am Ergänzungsetat werden für das preußische Kontingent für 1913 als einmalige Ausgaben 370 Millionen Mark angefordert, die nahezu vollständig für Bauten, Geräte, Bewaffnung und Ausrüstung, Pfarrmaterial usw. in die weitesten Kreise zurückgehen und insbesondere zahlreichen Zweigen der Industrie gute Arbeit und vielen Millionen von Arbeitern lohnendes Verdienst bringen werden. Zu diesen 370 Millionen kommen noch rund 180 Millionen des Hauptetats 1913, so daß für das preußische Kontingent 550 Millionen, für Bayern etwa 70 Millionen, für Württemberg 12 Millionen in Frage stehen. Es werden also durch den Haupt- und Ergänzungsetat 1913 der deutsche Volkswirtschaft allein rund 600 Millionen Mark aufgeführt werden. Am Durchschnitte kann man den Maßstab zugrunde legen, daß von dem Wert der Beschaffungen zwei Drittel auf Herstellungskosten, also Arbeitssöhne, entfallen, danach ständen etwa 400 Millionen Mark Arbeitssöhne in Frage. Heraus läuft sich das starke Interesse erkennen, das auch die deutsche Arbeiterschaft an der Heeresvorlage haben muß. Die Sozialdemokratie mit ihrer Feindschaft gegen den "Militarismus" beweist freilich bei dieser wie bei jeder anderen Gelegenheit, daß sie kein Verständnis für die Arbeiterinteressen haben will, weil vielmehr der Kampf gegen den Staat und seine Grundlagen Selbstzweck ist. Für eine schnelle Erledigung der Vorlage sprechen auch Rücksichten auf unser wirtschaftliches Leben. Die neuen Formationen müssen am 1. Oktober aufgestellt werden und die Industrie wird sich deshalb möglichst frühzeitig auf den kommenden Bedarf einzurichten haben. Jedemfalls steht fest, daß die Heeresvorlage nicht nur politisch und volkswirtschaftlich von der größten Bedeutung ist, denn die Milliarde des außerordentlichen Wehrbeitrages fließt zum weitaus größten Teile in die Taschen weiterer Volksschichten zurück.

Wir haben es nicht notwendig, uns mit diesen klinischen Argumenten eingehend zu beschäftigen, zumal die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsausgaben schon wiederholt eingehend in der Leipziger Volkszeitung gewürdiggt worden ist. Natürlich weiß auch der Stribix, der im Solde der Rüstungslieferanten jenen Artikel verfaßt hat, ganz genau, daß die für den Militarismus, also für einen gänzlich unproduktiven Zweck aufgewendeten Milliarden der wirklich produktiven Volkswirtschaft entzogen werden und somit nicht für einen Handgriff mehr Arbeitsgelegenheit schaffen. Im Gegenteil: gerade die Fabrikation von Mordwerkzeugen wirft so ungeheuer hohe Profite ab, daß man eher von einer Verringerung der Arbeitsgelegenheit und jedenfalls von einer Heraabdrückung des Kulturniveaus der breiten Volksmassen als Folge der Rüstungspolitik sprechen kann. Doch das nur nebenbei. Wem die Rüstungsheine in Wirklichkeit zugute kommt, weiß jedermann, und wer es etwa noch nicht weißt, dem wird ein Licht aufgestellt durch einige Dokumente, die ein günstiger Wind dem Vorwärts auf den Tisch weht. Unser Zentralorgan schreibt:

Da der Bau von Kriegsschiffen aller Art nicht nur seit Jahren enorme Summen verschlingt, sondern auch für die nächsten Jahre noch eine schöne Anzahl neuer Bauten auf dem Programm steht, glauben die geschäftstüchtigen großen Lieferanten von Schiffbaumaterialien die günstige Gelegenheit zur Nutzung der "Konjunktur" nicht untätig vorstreichen lassen zu sollen. Sie haben schon seit Jahren einen geheimen "Marine-Verständigungs-Konzern" gegründet, dessen Geschäftsstelle sich in Dortmund, Kronprinzenstrasse 36, befindet. "Verteiltlicher" Leiter dieses Büros ist Direktor G. Gutheil, früher einer der Direktoren der Union, Eisen- und Stahlwerke in Dortmund, dann, nachdem diese Gesellschaft in die Deutsch-Lugemburgische Berg-

werks- und Hütten-Aktiengesellschaft aufgegangen war, eine Zeitlang einer der Leiter der Abteilung C, die die sämtlichen in Dortmund und dem Umkreis gelegenen Werke der Deutsch-Lugemburgischen Gesellschaft umfaßt. Außerdem besitzt diese Gesellschaft bekanntlich noch Zweigabteilungen in Differdingen und in Mülheim an der Ruhr.)

Das Geschäftsverfahren dieses "Marine-Verständigungs-Konzerns" ist höchst praktisch eingerichtet. Man "arbeitet" nach einem recht sinnreichen erbachten System. Nehmen wir an, eine Werft, vielleicht der Sultan, braucht verschiedene Schiffbaumaterialien und wendet sich an zwei, drei oder vier verschiedene Werke der betreffenden Branche mit der Anfrage, ob, wann und zu welchem Preise sie die gewünschten Materialien liefern können. Sofort füllen diese Werke einen sogenannten Anfrage-Meldezettel aus und schicken ihn nach Dortmund.

Ein solcher Meldezettel sieht, ungefähr auf ein Blatt verkleinert, wie folgt aus:

Vertraulich!

Meldezettel.

An Herrn Direktor G. Gutheil

Dortmund.

betr. Marine-Verständigung.

Anfrage-Meldung.

Anfrage der Firma:

Datum der Anfrage: Offerttermin:

Schiffnummer oder Name:

Angefragte Teile:

den 19

(Unterschrift des meldenden Werkes)

NB. Vorstehender Meldezettel ist der Geschäftsstelle als bald nach Eingang der Anfrage einzureichen und die vorgeschriebenen sowie alle andern zur Identifizierung eines Objekts dienenden Angaben zu machen, damit sie weiß, welche Werke bei dem Objekt und der vorzunehmenden Verrechnung interessiert sind.

Die Geschäftsstelle in Dortmund unterrichtet dann die betreffenden Werke, welche Meldungen eingegangen sind. Und diese Werke können nun direkt oder über die Geschäftsstelle miteinander verhandeln, wie sie ihre Offerten gestalten und welche Preisforderungen sie stellen wollen. Da jedes Werk von dem Auftrag, den es erhält, 10 Prozent abgeben muß, und zwar nicht vom Gewinn, sondern vom Fakturabettrag (Lieferungswert), so schlägt es zunächst diesen Betrag auf den Offertenpreis auf, außerdem aber, da man sich natürlich auf solche Geschäftsmittelungen nicht einlassen würde, wenn kein besonderer Nutzen dabei herauspränge, noch einen ansehnlichen Extraprofit.

Ist eine Verständigung erzielt, so reichen die betreffenden Werke ihre Offerten bei der Werft ein, und zugleich senden sie — es könnte sich inzwischen die Werft ja noch an andre Firmen gewandt haben — folgende "Offert-Meldung" an Direktor Gutheil:

Vertraulich!

Meldezettel.

An Herrn Direktor G. Gutheil

Dortmund.

Kronprinzenstr. 36

betr. Marine-Verständigung.

Offert-Meldung.

Anfrage der Firma:

Datum der Anfrage: Offerttermin:

Schiffnummer oder Name:

Wir haben die angefragten Teile wie folgt offertiert:

Stückzahl	Gegenstand	Zeichen od. Nummer	Modell- kosten	Stück- gewicht	Be- arbeitungs- Zustand	Offert- preis	Ob pro Stück oder %/kg
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
.....

(Unterschrift des meldenden Werkes)

den 19

NB. Dieses Formular ist am Tage nach der Offertabgabe an die Geschäftsstelle einzusenden.

Erhält auf seine Offerte das eine und andre der beteiligten Werke einen Auftrag, so schickt es einen dritten Meldezettel mit genauer Angabe der erhaltenen Bestellung an Direktor Gutheil in Dortmund, damit dieser die fortlaufenden Werke informieren kann:

Meldezettel.

An Herrn Direktor Gutheil

Dortmund
Kronprinzenstr. 36

betr. Marine-Verständigung.

Auftrags-Meldung.

Auftrag der Firma:

Datum des Auftrages:

beiruft Auftrag vom Offerttermin:

Schiffnummer oder Name:

Wir haben von obiger Werft nachfolgend Auftrag erhalten:

Stückzahl	Gegenstand	Zeichen od. Nummer	Modell- kosten	Stück- gewicht	Be- arbeitungs- Zustand	Vor- kaufs- preis p. 100kg	Lieferzeit	Bemerkung.
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
.....

(Unterschrift des meldenden Werkes)

NB. Dieses Formular ist sofort nach Eingang des Auftrages an die Geschäftsstelle einzusenden, damit sie die anderen Werke auf deren Anfrage hin orientieren kann.

Kommen die bestellten Schiffbaumaterialien zum Verband, so schickt wiederum das betreffende Werk eine Meldung mit Fakturenkopie an die Dortmunder Geschäftsstelle. Angehängt ist solcher Meldung ein Abrechnungsformular, das von der Geschäftsstelle ausgefüllt, gebucht und zur Kontrolle zurückgegeben wird:

Vertraulich!

Meldezettel.

An Herrn Direktor Gutheil

Dortmund.

betr. Marine-Verständigung.

Abrechnungs-Meldung

mit anliegender Fakturenkopie.

Auftrag der Firma:

Datum des Auftrages:

beiruft Auftrag vom Offerttermin:

Schiffnummer oder Name:

Gesamtgewicht des Objekts kg;

Brutto-Fakturabettrag Mk.

abzüglich Fracht Mk.

also Netto-Fakturabettrag Mk.

den 19

(Unterschrift des meldenden Werkes)

Eingegangen Dortmund, den Objekt No. Geprüft und weitergegeben, den mit dem Bemerkung, dass außer dem Auftragswerk folgende Firmen die Anfrage gemeldet haben:

Die Abgabe beträgt 10% von obigem Nettobetrag, also Mk. Davon ist zur Deckung der Unkosten zu entrichten, also Mk.

Zur Verteilung kommen somit %, Da Werke beteiligt sind, entfallen pro Werk Mk.

Die Auszahlung dieser Abgabe an die vorgenannten Werke als auch des Betrages zur Deckung der Unkosten erfolgt halbjährlich nach meiner Aufgabe.

Hochachtungsvoll

Die Geschäftsführung:

NB. Der obere Teil dieses Formulars ist bei Ausstellung der Faktura nebst Fakturenkopie der Geschäftsstelle einzurichten und am Brutto-Fakturabettrag lediglich die Fracht zu kürzen (nicht etwa Skonto, Provision, Abnahmekosten oder dergleichen).

Der untere Teil wird von der Geschäftsstelle ausgefüllt.

Internationale Baufach-Ausstellung Leipzig 1913

Die Dauerkarten berechtigen zum Eintritt schon jetzt und während der ganzen Dauer der Ausstellung von Mai bis Ende Oktober 1913. Sie sind bei dem Wirtschafts-Ausschuss der Ausstellung, Reitzenhainer Strasse, Verwaltungsgebäude rechter Anbau (Fernruf 20280-89) zu haben. Jede Dauerkarte wird mit der Photographie des Inhabers versehen. Die Photographien müssen 5 cm hoch und 4 cm breit und dürfen nicht aufgezogen sein. Die Photographien können auch im Wirtschafts-Ausschuss gegen eine Gebühr von 45 Pfg. angefertigt werden. Einer schriftlichen Bestellung muss neben der Photographie der Betrag entweder beigelegt oder per Post eingeschickt werden.

Die Preise der Dauerkarten betragen:

Eine Herrendauerkarte (Stammkarte)	Mk. 14.00	und	Mk. 2.00	Zuschlag
Eine Damendauerkarte (Stammkarte)	Mk. 10.00	und	Mk. 2.00	Zuschlag
Die erste Anschlusskarte an eine Herren- oder Damenstammkarte	Mk. 8.50	und	Mk. 1.50	Zuschlag
Die zweite und dritte Anschlusskarte je	Mk. 5.00	und	Mk. 1.00	Zuschlag
Die vierte und weitere Anschlusskarte je	Mk. 3.50	und	Mk. 0.50	Zuschlag
Anschlusskarte für Haupersonal	Mk. 3.50	und	Mk. 0.50	Zuschlag
Dauerkarte für Studierende	Mk. 10.00	und	Mk. 2.00	Zuschlag
Monatskarte für Studierende	Mk. 3.00	und	Mk. 0.30	Zuschlag

Der Zuschlag, der mit der Dauerkarte zusammen erhoben wird, berechtigt den Inhaber alle von der Ausstellungsgesellschaft errichteten Garderoben und Toiletten unentgeltlich zu benutzen.

Die Preise stellen sich beispielweise für eine Familie wie folgt:

Der Ehemann löst eine Herrenstammkarte (Mk. 16.—), die Ehefrau die erste Anschlusskarte (

Wie aus dem vorstehenden Formular ersichtlich ist, muß das Werk, das den ganzen oder einen Teil des Auftrags erhält, 10 Prozent vom Fakturawert abgeben; beträgt also der Gesamtwert der Lieferung 3 Millionen Mark, so hat es 300 000 M. an die Geschäftsstelle abzuliefern. Davon zieht die Geschäftsstelle ein Zehntel für ihre Beleihungen und Unkosten ab; die übrigen 270 000 M. werden an die Werke verteilt, die ebenfalls Offerten eingereicht haben, aber bei der Auftragerteilung leer ausgegangen sind. Haben drei solcher Werke miteinander, erhält jedes ein Schmerzensgeld von 90 000 M.

Man sieht, ein nettes Geschäft — auf Kosten des Staates und der Steuerzahler, die auf diese Art und Weise um manche schöne Million geprallt werden. Solcher Patriotismus lohnt sich. Er wirkt herkömmliche Profite ab; und es bleiben auch noch ansehnliche „Beihilfen“ übrig für vaterländische Blätter, die im Kampf für die Ehre des Deutschen Reichs tagtäglich die Kriegstrommel schlagen und schwarz auf weiß beweisen, daß Deutschland seine Flottenbauten unbedingt beschleunigen muß, will es nicht aus seiner Stellung verdrängt werden.

Und derartige „Verständigungs“-Ringe sind keine vereinzelte Erscheinung. Auch in andern Branchen gebeien sie prächtig; nur wird meist das Geheimnis so streng gehütet, daß lediglich ein Zufall die schönen Praktiken an die Öffentlichkeit bringt. Auch der Patriotismus ist in unserer glorreichen kapitalistischen Aera zur Geschäftssache geworden.

Aus dem Stadtverordnetensaal.

Sitzung vom 16. April.

Bom Rat liegt eine Mitteilung vor, daß das neue Krankenhaus St. Georg am 1. Mai d. J. eröffnet wird. Eine Besichtigung des Krankenhauses soll am 20. April stattfinden.

Eine Eingabe des Vorstandes des Verkehrvereins wünscht die Zahl der Automobil-Droschen erhöht. Obwohl die Zahl der im Betrieb befindlichen Automobil-Droschen erhöht wurde, genüge diese Zahl immer noch nicht, deshalb sei Anschaffung von 20 Phänomobil-Droschen erwünscht, die als Taxameter erster Klasse fahren sollen. Vizevorsteher Tobias macht die Eingabe zur feindigen. Der Fahrradhändler Klarner hat eine Eingabe gemacht, die das gleiche will, wie die vorhergehende Eingabe. Stadtv. Sonnenkalb nimmt sich dieser Eingabe an.

Der Verein Leipziger Droschkenbesitzer 1. Klasse wendet sich in einer Eingabe gegen die Einführung der Phänomobil-Droschen. Diese Eingabe macht Stadtv. Fröhliche zur feindigen.

Eine Eingabe des Baumwollkessell wendet sich gegen die Errichtung von Gebäuden an der Südosteite des Rennplatzes. Hierdurch würde die Aussicht auf die Rennbahn verhindert und der Wert der Grundstücke herabgemindert. Stadtv. Heinze macht die Eingabe zur feindigen.

Dem Verkauf des Flurstücks Nr. 180 in Thella von 4140 Quadratmeter Flächengehalt und von etwa 1060 Quadratmeter Land des Flurstücks Nr. 202 in Moskau um den Preis von 0,00 M. für 1 Quadratmeter stimmt das Kollegium zu.

Auch der Rückantrag des Rates wegen des Baues eines Arbeitermwohnhauses sowie Instandsetzungen und Erneuerungen im Vorwerk Neudorf mit einem Gesamtaufwand von 30 000 M. gibt das Kollegium seine Zustimmung.

Durch den vom Rat geforderten Ausbau einer Straße der Straße 28 und der Straße G in L.-Thonberg mit 97 280 M. Aufwand wurden bekanntlich die Gartenpächter auf dem Flurstück 177 an der Reichenhainer Straße beschäftigt. Am 4. April wurde

ihnen plötzlich mitgeteilt, daß sie am 17. Mai die Gärten zu räumen hätten, obwohl ihnen vorher zugesagt sei, daß die Gärten bis zum Jahre 1918 bestehen bleiben sollten. Die Gartenpächter haben sich auf diese Frist verlassen und daraufhin Neuanschaffungen gemacht. In einer Eingabe forderten nun die Gartenpächter, die Weiterführung der Straße 28 erst 1914 vorzunehmen, oder aber den Pächtern, mit Rücksicht auf die kurze Ablösungsfrist, eine angewesene Entschädigung für die Auswendungen zu zahlen.

Der Tiefbauausschuss beantragt, dem Ausbau der Straße 28 zugestimmt und den Rat zu ersuchen, den durch die Ablösung betroffenen Gartenpächtern eine angemessene Entschädigung für die Schäden zu gewähren, die sie durch die vorzeitige Ausgabe ihrer Gärten erleiden und damit die Eingabe als erledigt zu betrachten.

Das Kollegium stimmt diesen Anträgen zu.

Dem Umbau der Rossmühlschluse in L.-Möckern nebst Regen-auslauf von der Holländischen Straße bis an die Elster und dem Umbau des Regenwassers in der Eisenacher Straße mit einem Aufwand von 180 000 M. wird zugestimmt. Zu den Kosten hat die Preußische Eisenbahnbewaltung einen Beitrag von 80 625 M. gewährt. Der Rest wird vom Kollegium bewilligt.

Der Ein teilung von Boden an der Kant. Lößniger und Ritterstraße in Bauteilen sowie dem Verkauf der Bauteile Nr. 7 an der Kant. und Lößniger Straße von 630,7 Quadratmeter Flächengehalt um den Preis von 45 000 M. = rund 70,8 M. für 1 Quadratmeter wird zugestimmt.

Die Debatte stimmt das Kollegium den Ortsgesetzen über die Bebauung von L.-Möckern am Tauchaer Weg und über die Bebauung von L.-Altstadt, Neugere Silbervorstadt, sowie der Aufhebung des 1. Nachtrages zum Ortsgesetz über die Bebauung von L.-Altstadt-Innere Silbervorstadt nach den Anträgen der Ausschüsse zu.

In einer Bemerkung zum Referat über das letzte Ortsgesetz ersucht der Berichterstatter den Rat im Namen der Mehrheit des Ausschusses, noch einmal zu erwägen, ob der Name Straße des 18. Oktober nicht durch eine andere Bezeichnung ersetzt werden könnte. Einen Beschluss habe der Ausschuss aber nicht gesetzt, um nicht in die Kompetenzen des Rates einzutreten.

Die Hauptversammlung der Stadt Leipzig auf das Jahr 1911 und die damit im Zusammenhange stehenden Rechnungen über die Sportstätte, die Kanalsteinwirtschaftsverwaltung, das Stadtkreisamt, die Baupolizei, die Feuerlöschkassenbeiträge von der Mobiliarversicherung, die Straßenreinigungsbürgschaft, den Wochagitationsfonds, die städtische Grundsteuer, die Belegschaftsabgabe (Grundberwerbssteuer), die städtische Wertzuwachssteuer, die Zuwendung an die Zeit vom 1. April 1911 bis 31. März 1912, die Hundesteuern werden richtiggesprochen. Im Referat hatte der Berichterstatter einzelne Überrechnungen gerügt. Dazu bemerkte Stadtbaurat Peters, daß diese Überrechnungen darauf zurückzuführen sind, daß die Anschläge schon im Jahr vorher aufgestellt wurden. Die Anschläge hatten ferner gefordert, daß die Lieferung von Eisenfusfat ausgeschrieben werden sollte. Stadtbaurat Peters meinte, daß die Ausreibung tatsächlich vorgenommen wurde.

Auf eine weitere Bemerkung des Berichterstatters wegen zweier Darlehen an den Spar- und Bauverein schreibt Bürgermeister Roth aus, daß es sich um regelrechte mindelichere Hypotheken handle.

Stadtv. Heinze sagt, daß das aus dem Konto 45 nicht zu erscheinen sei.

Richtiggesprochen wurden die Rechnungen über die Stiftung für die Stadtbibliothek auf das Jahr 1911, die Rechnung über die Mende-Stiftung für arme Blinde auf das Jahr 1911, die Rechnung des Vieh- und Schlachthofs, der Sonns, Freibank und Schlachterversicherung auf das Jahr 1911 und der Rechnungen auf das Jahr 1911 der Thomasschule, der Altstädtische, des Schiller-Realgymnasiums, der Oberrealschule, der Gewerbeschule, der Real-Schulen, der 1. und 2. höheren Schule für Mädchen und des Lehrerinnenseminars und der Karoläschule.

Die unentgeltliche Überlassung von 2500 Quadratmeter Land an der Kronprinz- und Hodelstraße an das Kirchenlehen der Bett-

lehemkirche sowie Verkauf von 782 Quadratmeter Land um den Preis von 25 M. für 1 Quadratmeter an dasselbe und Übernahme der Ansiedlerleistungen usw. von 53 450 M. auf das Stammvermögen der Stadt wird gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Stadtverordneten beschlossen.

Die Bewilligung eines hypothekarischen Darlehns von 35 000 M. gegen 4 Prozent Zinsen und vom 1. Januar 1916 ab gegen Tilgung mit 1 Prozent an die Genossenschaft Erholungshof des Leipziger Innungsausschusses wird einstimmig beschlossen, nachdem zu dem Antrage des Finanzausschusses: „der Vorlage zugestimmt unter der Bedingung, daß die darin genannten Mittel zur Instandsetzung der Gebäude auch tatsächlich ausgewendet werden“, Stadtv. Lehmann erklärte, daß die Mittel auch zu dem angegebenen Zweck Verwendung finden.

Die Vorlage des Rates über Gasrohrverlegungen sowie Neuerichtungen und Verbesserungen der öffentlichen Beleuchtung im Abgabebiet der städtischen Gaswerke mit einem Gesamtaufwand von 522 800 M., der mit 229 050 M. aus dem Erneuerungsfondus an Stelle der im Haushaltplan 1913 mit 200 000 M. vorgesehenen Ausgabe und mit 293 750 M. aus Anleihe zu Lasten der Stamm-Anlage der Gaswerke bewilligt werden soll, stand einstimmige Annahme.

Stadtv. Möllig beschwerte sich bei dieser Gelegenheit über die ungünstige Beleuchtung des Stünzer Parks.

Es folgte eine geheime Sitzung.

Erstklassig!

**Unsere
"Marine"**

2 Pf.

CIGARETTE



**Georg A. Jasmatzi Akt. Ges.
Dresden
Grösste deutsche
Cigarettenfabrik**

Besonders billige Lebensmittel!

Kolonialwaren

Hausfrauen-Nudeln	Pfund 23,-
Bruchmakkaroni	Pfund 25,-
Linsen gut kochend	Pfund 28 28 16 11,-
Reis	Pfund 35 26 23 20,-
Getr. Pflaumen	Pfund 22,-
Prima Ringäpfel	Pfund 45,-
Gelbe Erbsen ganze	Pfund 21,-
Sauerkraut	Pfund 5,-

Gemüse und Obst

Salat-Gurken	Stück 42 und 34,-
Frischer Spinat	2 Pfund 15,-
Apfelsinen Riesen-Früchte	3 Stück 20,-
Tafeläpfel	Pfund 32 und 25,-
Zitronen goldgelb	10 Stück 48 und 38,-

Neuheit.

Keks-Torten zum Selbstbacken
Jede Hausfrau Ihr eigener Konditor!
Torte im Paket 65,-

Ein grosser Posten

Misch-Obst 30,-

Schnitt- u. Brechbohnen fadenfrei	1/4 Dose 32,-
Spargelenden	1/4 Dose 72,-
Junger Kohlrabi	1/4 Dose 30,-
Junge Erbsen	1/4 Dose 38,-
Brechspargel dünn	1/4 Dose 95,-
Bowlenwein 1/2 Fl. 80,-	Maitrank 1/2 Fl. 55,-
Bowlensekt 1/2 Fl. 1.10	Johannisbeerwein 1/2 Fl. 68,-

3000 Paar Wiener Würstchen Paar
bekannt Qualität und Grösse 9,-

Holländer

Korb-Bücklinge 10,-

Fleischwaren

Landleberwurst	Pfund 1.00
Feine Fleischsülze	Pfund 78,-
Mettwurst nach Braunschweiger Art . . .	Pfund 90,-
Feine Knackwurst	Pfund 90,-
Geschabtes Rindfleisch	1/2 Pfund 58,-

Delikatessen

Lachs in Scheiben	1/4 Pfund 30,-
Delik.-Ostseeheringe in div. Saucen	Dose 80 48,-
Appetit-Sild	Dose 52 30,-
Forellenheringe in Wein-Gelee	Dose 42,-
Blütenhonig-Ersatz	1-Pfund-Glas 48,-

Eine Extravorstellung für unsere Kundshaft **im Cirkus Henry**
Morgen Freitag, den 18. April, abends 8 Uhr

Logen — Sperrsitz Jedes Billett 95,-

II. Platz 2 Billets 95,-

Galerie: 3 Billets 95,-

Einfrittskarten nur noch solange Vorrat in unseren Geschäften Windmühlenstrasse und Johannisplatz. Es gelangt eine unverkürzte Abendvorstellung zur Aufführung.

Kaufhaus Gebr. Joske

Windmühlenstr. 4-12
u. Johannisplatz 1-2.

Fröhner & Co.

Sehenswerte Größnungs-Dekoration

Eisenbahnstrasse 35 L.-Neustadt Ecke Neustädter Str.

Das neue grosse Spezialhaus für
Herren-, Jünglings-
u. Knaben-Kleidung

Neueröffnung: Freitag, nachm. 6 Uhr

Unser Prinzip ist: Erstklassige Fabrikate bei niedrigen aber festen Preisen zum Verkauf zu bringen.

Einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:

Herrenanzüge 18.-, 28.-, 38.-, 48.-

Knabenanzüge 3.-, 5.-, 8.-, 12.-

Herren-Ulster u. Paletots

Grosse Auswahl. Billigste Preise.

Für korpulente oder extra schlanke Herren

selten grosse Auswahl tadellos passender Stücke.

Für Arbeiter:

Berufs-Schutzkleidung zu äusserst niedrigen Preisen.



Sehenswerte Größnungs-Dekoration



Zigarren-Etuis, prima 3.50 — Hosenträger — 65.
Koffer- und Lederwarenfabrik

August Kleemann Brühl 37/39

Warenverzeichnis kostentos.

Rabatier-Garderoben

welche von feinsten Herrschaften wenig getragen und kurze Zeit verliehen waren sowie neue eleg. Garderoben verkaufen wir [5288]

Sport-Ulster, Cutaways

15 Mr. 20 Mr. 25 Mr. 30 Mr. usw.

Jackett-Anzüge, Ulster

12 Mr. 16 Mr. 20 Mr. usw.

einzelne Jackettas, Hosen u. Westen, Gummimäntel, Strand- und Gesellschaftsanzüge auch leihweise.

Neu! Herren, denen ihre Garderobe zu eng oder zu weit geworden ist, wird solche gegen eleganternde in neu oder getragen umgetauscht.

Blauners Garderoben-Haus

Reichsstr. 30-32.

Von Freitag abend 6 Uhr bis Sonnabend abend 7 Uhr geschlossen. Mess-Sonntag offen.

L.O. Kaspar Nachf. Leipzig-Plagwitz

Zschochersche Str. 30, Ecke Wesselfelder Str.
Besitzer Otto Seifert [1516]

Auf 1 Pfund feinster Rheinperle-Margarine gebe ich

1 Pfund Zucker oder 1 Pfund Mehl gratis.

Arbeiterführer

für Leipzig und Umgebung

Fünfzehnter Jahrgang mit seinem reichen Inhalt. Die neue Ausgabe ist dem 50jährigen Parteijubiläum gewidmet und auf das sorgfältigste bis in Einzelheiten durchgearbeitet worden. Neu aufgenommen ist die Reichsversicherungs-Ordnung und die Reichsversicherung für Angestellte in gedrängter organischer Darstellung, eine Schilderung der Internationalen Bauausstellung. Das Adressenmaterial ist bedeutend erweitert, die Sehenswürdigkeiten sind ergänzt worden. Dem Führer ist ein Plan des Geländes der Bauausstellung mit Bezeichnung der einzelnen Gebäude, sowie vier Wegekarten für Tagespartien beigegeben.

Jeder Parteigenosse müsste im Besitz des Arbeiterführers sein.

Preis 20 Pfg. Wanderkarten für die Umgebung oder Stadtplan von Leipzig weitere 30 Pfg. — Bei gemeinsamem Bezug durch Vereine kosten 20 Exemplare 3.00 Mk., 50 Exemplare 8.— Mk., 100 Exemplare 15.— Mk.

Neu erschienen: Die

Reichsversicherungs-Ordnung

und Versicherung für Angestellte

Gemeinverständlich organisch dargestellt mit einer kritisch-geschichtlichen Einleitung .: 82 Seiten .: Preis 20 Pfennig .: Zu beziehen durch den Verlag Richard Lipinski, Leipzig, Königsstrasse 12 sowie durch die Buchhandlungen der Leipziger Volkszeitung und alle Volkszeitungs-Austräger.

Für die Maifeier empfehle ich meine politischen Künstler-Post-

karten, Mai-Röschen und Abzeichen.

Für die Sommerfeste empfehle ich Neuheiten in den verschiedensten Artikeln.

Richard Lipinski, Versandhaus, Leipzig, Königsstrasse 12

Für Händler zur Maifeier!

Vorteilhaftes Angebot f. Wiederverkäufer

Wir haben einen grösseren Posten Maifeier-Postkarten aus früheren Jahren erworben und geben dieselben, solange der Vorrat reicht, zu äusserst billigen Preisen ab.

Leipziger Buchdruckerei A.-G. (Abtl. Buchhandlung)

Tauchaer Strasse 19/21.

Zigarren Qualität vorzüglich müssen an die gut gelugert, kaufen Sie [1] Snifterate Expedition, nicht aber an die Rebaktion gerichtet werden.

Leutzsch Boke Haupt- u. Leibnizstrasse Paul Wünschmann Leutzsch.

Hermann Fontius Möbel-Ausstattungs-Haus Leipzig-Gohlis, Äußere Halle'sche Str. 106 Fernsprecher 1814 Besichtigung ohne Hauswaltung

Erste Lindenauer Handschuhfabrik Gundorfer Str. 11 O. Papesch Gundorfer Str. 11 Krawatten, Wäsche, Handschuhe. Volkszeitung liegt auf. [1538]

Achtung! Achtung!

Grüne Sohlen Marke Goliath.

1908 Leipzig 1910 Blauen 1912 Bauhen mit goldener und silberner Medaille.

Das beste Leder der Gegenwart!

Mehrfaache Haltbarkeit. Leichtes, elastisches Tragen.

Jeder fordere Grüne Sohlen Marke Goliath.

Nur echt mit goldenen Marken.

Bei folgenden Schuhmachern bekommen Sie die echten Grünen Sohlen Marke Goliath:

Reudnitz, G. Kühne, Tresdner Straße 67.

Reudnitz, D. Trapp, Mühlstraße 8b, pt.

Anger, D. Trapp, Jüdenauendorfer Straße 10.

Plagwitz, L. Vorfeld, Zschochersche Straße 22.

Lindenau, E. Thärlin, Gundorfer Straße 22.

Schleußig, D. Weinhold, Jahnstraße 9.

Connewitz, R. Höricht, Pegauer Straße 28b.

Kleinzschocher, C. Eichel, Dieskaustraße 11.

Schönefeld, R. Wilb, Leipzigische Straße 8b.

Engelsdorf, R. Sauer, Klingensteinstraße 18.

En gros! Enorm billig! En detail!

Gummiwarenhaus: Ranstädt Steinweg 33

Posten: Bothe Str. 27 u. Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 25.

Großer Posten Gummi eingetroffen: Laufbeden mit 1.60 % an, Laufbeden mit 1 Jahr Garantie von 1.50 % an, Gehirgabeln 2.50 %, Schläuche von 1.50 % an, Gummiaufsätze von 10 % an, Gartentüre, Wasser, Waschhandschuh-Registrator, Schläuche von 50 % an, Kinderwagenreifen von 50 % an, Bälle von 10 % an. Schuhmacher und Händler erhalten extra Rabatt. [1547]

Westend-Hallen

Theatervorstellungen.

Städtische Theater in Leipzig.
Neues Theater.
 Donnerstag, den 17. April: 18. Abend-Vorstellung (2. Serie, rot):
Mizaros Hochzeit.
 Deutsche Oper in 4 Akten von M. H. Weißer. Text nach Beaumarchais.
 Russische Zeitung: Operndirektor Otto Lohle.
 In Szene gesetzt von Regisseur Moritz.
 Graf Almanzo, seine Gemahlin Maggi Marz
 Susanne, ihr Name. Grete Merzen
 vermeidbare Grete Merzen
 Grete, Kommer.
 Dienst der Brüder Alfred Rafe
 Cheshire, Pate des Grafen Alfred Rafe
 Grete Glänziger
 Rosalie, Ministrantin Ph. Schön
 Marcelline, And.
 * Automobil: Eduard Schäfer
 Charlottenburg als Gast.
 Bediente, Dienst, Bäuerinnen.
 Boules nach dem 2. und 3. Akt.
 Eintritt 7, 11 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende umgekehrt 10 Uhr. **Opern-Breite.**
 Spielplan: Freitag: Oberst Thadert. Anfang 7 Uhr.

Alles Theater.

Donnerstag, den 17. April, abends 8 Uhr:
 Vereinsvorstellung. (Vereinshausverband).
 Ein Tafelüberlauf für diese Vorstellung findet nicht statt.
 Spielplan: Freitag: Zum ersten Male wiederholt: **Obelle.**
 Anfang 8 Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Donnerstag, den 17. April, abends 8 Uhr:
 Volksstücke Vorstellung.
Wiener Blut.
 Operette in 3 Akten von Victor Adam und Leo Stein. Musik von Joh. Strauß.
 Für die Bühne bearbeitet von Adolf Müller Jan.
 Russische Zeitung: Kapellmeister Gabriel.
 Inszeniert von Kapellmeister Gustav.
 Kurt Oppenheim-Göbel,
 Peter Richter, Rudolf, Gabriele
 Schanbauer, Auguste, Helene
 Klein in Wien. Ludwig Helm
 Gabriele, seine Frau Anna Untergang
 Graf Pirovsky, Arthur Weisch
 vom Admiraletor.
 Theater in Wien. Otto Schoppe
 Roger, ihr Vater, Kar
 zukowski. Rudolf Haas
 Wenzel de la P. Ang. Wöhle
 Vord. Poco. J. maten (Kar. Tsch.)
 Spielt in Wien zur Zeit des Kongresses und zwar während der Dauer eines
 Tages. Am 1. Akt bei den Demolotti. Capella in Hößing, im 2. Akt im
 Palais des Grafen Demolotti, im 3. Akt im Casino in Hößing.
 Paule nach dem 2. Akt.
 Eintritt 7, 11 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr. **Hofstätte, Breite.**
 Spielplan: Freitag: Hochzeit lange Walzer (Vereinsvorstellung).
 Anfang 8 Uhr.

Battenberg

Täglich abends 8 Uhr: Künstler-Vorstellung.
E. Merians Hund-Theater
Robins der Urkomische
 1917 **Lilli Schreiber** Rudolf Mälzer
Den Lothl Alf Heers Trio
 sowie die übrigen Spezialitäten.
 Billett-Verkauf: Pr. Stein, Markt, im Restaurant Battenberg und
 G. Hermann, Bayreuther Strasse 6.

Battenberg-Theater.
 Hente: Abends 8 1/2 Uhr: Gehorsam. Drama aus der Revolutionszeit in 3 Akten von Armin Petersen.
 Morgen: Abends 8 1/2 Uhr: Benefiz des Oberregisseurs Hr. G. Körberitz. Ein gesadelter Kaufmann. Org.-Lebensbild in 3 Akten von C. A. Gerner.

Krystall - Palast - Theater.
Hartstein mit seinem neuesten Schlager.
 Ferner: **6 Novitaten.**
 Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten 5,50.-

Pantheon Dresden Str. 20.
 Ältestes u. bestbesuchtestes Etablissement im Osten.
 Jhr. Georg Wenzel.
 Morgen Freitag, abends 8 Uhr Grosser intimer Ball bis 1 Uhr.

Feines Ballorchester. — Flotter Verkehr.
 Angenehmer Aufenthalt. — Schöne Kegelbahn.
 Im Restaurant **Poppers Welt-Piano-Kunstspiel.**

Gasthof Neustadt
 L.-Neust., Kirchstr. 99 — Tel. 5999 — Inh. M. Baer
 Morgen Freitag, abends 8 Uhr
350. Willy-Wolf-Konzert
 (Leitung: Herr Kapellmeister Willy Wolf)
 5000 und Wiener Ball.
 Feinster Freitags-Ball Leipzig.

Grüne Schänke
 LEIPZIG-ANGER :: Telephon Nr. 3945
 Morgen Freitag, von abends 8 Uhr an
Eugen-Waldow-Ensemble und Ball.
 Schneidige Ballmusik — Peiner Ballverkehr
 Grossartiger Verkehr und bekanntlich schönster Treffpunkt
 des Ostens.
 Ergebnis Fr. Schultz.

Max Haufe's Gast- und Logierhaus
 Seeburgstrasse 43
 Empf. meine freundl. Lokalitäten, gute Jaus. Übernachtung.
 f. Biers, fröhlichen Mittagstisch. Sichtungsvoll D. O. +

Plagwitz

Zschoch. Str. 41.
 Telefon 5005.

Nächsten Freitag

5005.

Nachdem:

ELITE-BALL.

Großes humoristisches Konzert

der berühmten Fritz-Fabian-Sänger.

Gut bürgerlicher Verkehr.

Beste Speisen und Getränke.

G. Büttner. [5074]

Tarif-Vereinigung selbständiger

Friseure von Leipzig und Umgegend.

Unten aufgeführte Frisier-Geschäftsinhaber empfehlen
 ihre Geschäfte dem geehrten Publikum zur gefälligen Benutzung.

Zentrum:

Max Oertel, Südstrasse 23.

Anfertigung von Haararbeiten.

Wilhelm Kllebsch, Friseur.

Körnerstrasse 18.

Emil Stammwitz, Bayersche Str. 24.

Herren- und Damen-Salon.

Oskar Arnold, Bayersche Strasse 54.

Herren-Friseur.

Erdmann Kayser, Seeburgstr. 62.

Friseur.

Georg Manthey, Emilienstrasse 44.

Perücken-Verleih-Anstalt.

Anton Lavan, Talstr. 20. Herren- u.

Dam.-Frisieren. Anf. all. Haararbeiten.

Anger-Reudnitz:

E. Gutsche, Rathausstr. 39. Damen-

und Herren-Salon. Anfertigung sämtl.

Haararbeiten. Grosses Postfräulein.

Emil Wolf, Gemeindestrasse 30.

Herrn- und Damen-Frisieren.

A. Pacher, Kreuzstrasse 35.

Amerikanische Kopfwäsche.

Simeone, Broite Strasse 12.

Anfertigung aller Haararbeiten.

Joh. Wesolowski, Dresdner Str. 58.

Anfertigung sämtlicher Haararbeiten.

Volkmarad.-Neuschönenf.

E. Flemming, Hildegardstrasse 26.

W. Martell.

Spezialität: Haar- und Bartpflege.

Oskar Ranke, Kirchstrasse 25.

Richard Exner, Konradstrasse.

Zigarren und Zigaretten.

Connewitz:

E. Franke, Ecke Zwenk. u. Stöckstrasse.

Max Schleicher, Born Str. (Südbad).

Kleinzschocher:

E. Engelhardt, Meyersche Häuser.

Anfertigung von Haararbeiten.

Grosses Lager in Zigarren u. Zigaretten.

Lössnig:

M. Liebmann, Bornaische Strasse 107.

Gleitzschocher:

H. Nitsche, Hauptstrasse 36.

Herren-Friseur.

Schönefeld:

A. Schreiner, Dimpfelstrasse 18.

Richard Wagner, Dimpfelstrasse 80.

Taucha bei Leipzig:

H. Vogt, Bismarckstrasse 10. Herren-

Damen-Frisieren. Haararbeiten.

Gasthof Engelsdorf Richter-Sänger

Morgen Freitag mit ihren neuesten Schlägern.

Villet-Borverkauf: ab 30 Pf. im Gasthof.

Ergebnis ladet ein [5072] Robert Hesse.

Goldner Helm, Eutritzschi

Morgen Freitag, den 18. April, Anfang 8 Uhr

Gr. humoristische Solree der beliebten

Lewrig - Enye - Sänger

mit ihren neuen Schlägern, u. a. Der lange

Friedrich im Goldenen Helm auf Stelen.

Hierauf: **Ball** bis 1 Uhr.

Sonnabend, den 19. April, Anfang 8 Uhr, und

Sonntag, den 20. April, Anfang 4 Uhr

Grosser Ringkampf!!!

Höhe Preise. [5090] Erstklassige Ringer.

Panorama

Welt-Restaurant

Täglich große Konzerte.

In den oberen Räumen

Erstklassiger Billardspielraum.

Ostermesse

Haases Johnstowns Untergang

[1500*]

Haases Figur-8-Bahn

[1500*]

Haases Stufenbahn

[1500*]

Haases Berg- und Talbahn

In der Stufenbahn Freitag

ab 8 Uhr

Grosser Elite-Abend

Jede Dame und jeder Herr

erhält beim Eintritt eine Überraschung.

Plagwitz

Nächsten Freitag

Telefon 5005.

Nachdem:

ELITE-BALL.

Anfang 8 Uhr.

Großes humoristisches Konzert

der berühmten Fritz-Fabian-Sänger.

Gut bürgerlicher Verkehr.

Beste Speisen und Getränke.

G. Büttner. [5074]

Theatervorstellungen.

Leipziger Schauspielhaus.

Direktion: A. Hartmanns Erben. — Künstlerischer Leiter: G. Bleiberg.

Donnerstag, den 17. April, abends 8 Uhr:

Katzenluft.

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Martin Stein und Ernst Götzgen.

Die Sage geht von Heinrich Bleiberg.

Handtmann v. Wilden O. Wertheim

Heinrich Bleiberg, Heinrich Bleiberg

Wolfgang Bleiberg, Wolfgang Bleiberg</p